

Rechtsprechung

Hacks/Wellner/Klein/Kohake

Schmerzensgeld- Beträge 2026

inkl. Online-Version mit juris-Rechtsprechung

44. Auflage



Schmerzensgeld
Online



Deutscher AnwaltVerlag

Hacks/Wellner/Klein/Kohake

SchmerzensgeldBeträge 2026

Schmerzensgeld-Beträge 2026

44. Auflage 2026

- Über 3 000 Urteile, mit den neuesten Entscheidungen deutscher Gerichte
- Bemessungsgrundlagen
- Unfallmedizinisches Wörterbuch

RAin Susanne Hacks (†),
RiBGH a.D. RA Wolfgang Wellner,
RiBGH Dr. Oliver Klein,
RA, FA für Arbeits-, Verkehrs- und Versicherungsrecht
Klaus Kohake

In Zusammenarbeit mit der
Arbeitsgemeinschaft Verkehrsrecht des
Deutschen Anwaltvereins



DeutscherAnwaltVerlag

Anregungen und Kritik zu diesem Werk senden Sie bitte an
kontakt@anwaltverlag.de
Autoren und Verlag freuen sich auf Ihre Rückmeldung.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme.

Copyright 2026 by Deutscher Anwaltverlag, Bonn
Umschlaggestaltung: gentura, Holger Neumann, Bochum
Satz: doctronic GmbH & Co.KG, Bonn
Druck: Hans Soldan Druck GmbH, Essen
ISBN 978-3-8240-1760-7

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Mit dieser 44. Auflage

führen die Autoren das Standardwerk für die Bemessung von Schmerzensgeld, die „Hacks-Schmerzensgeld-Tabelle“, mit aktueller und praxisgerechter Gestaltung fort. Autoren sind Rechtsanwalt und Richter am BGH a.D. Wolfgang Wellner, Richter am BGH Dr. Oliver Klein und Rechtsanwalt Klaus Kohake.

Der Inhalt ist mit **zahlreichen neuen Entscheidungen aktualisiert** worden. Das Werk enthält insgesamt über 3.200 Entscheidungen deutscher Gerichte zum Schmerzensgeld und viele hier erstmals veröffentlichte aktuelle Schmerzensgeld-Urteile.

Die **alphabetische Sortierung nach Verletzungsarten** hat sich bewährt. Um häufige Verletzungsarten (wie beispielsweise am Arm) übersichtlich darstellen zu können, sind diese in die einzelnen Bereiche (Ober-, Unterarm, Ellbogen) unterteilt. Lebensgefährliche Mehrfachverletzungen sind in einer eigenen Kategorie „Polytraumen“ gebündelt. Außerdem können die Urteile nach dem Kriterium „mit“ bzw. „ohne immat. Vorbehalt“ recherchiert werden. Der tabellarische Aufbau des Buches bietet Ihnen den Vorteil, durch „Querlesen“ schnell die passenden Vergleichsfälle zu finden.

Bewährt hat sich auch die am Ende des Buches befindliche **zusätzliche Übersicht, gestaffelt nach der Höhe des Schmerzensgeldes**, die mit den laufenden Nummern der Entscheidungen eine übergreifende Orientierung – insb. bei hohen Schmerzensgeldern – ermöglicht.

Ebenfalls nachgewiesen sind Entscheidungen zur **Geldentschädigung bei Verletzungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts**, zum **Hinterbliebenengeld** und zum immateriellen Schadensersatz wegen **Verstoßes gegen die DSGVO**. Diese wie der Schmerzensgeldanspruch auf Ausgleich immaterieller Beeinträchtigungen gerichteten Ansprüche werden in einem dem Entscheidungsteil vorangestellten **Allgemeinen Teil** ebenso praxisgerecht erörtert und eingeordnet wie der Schmerzensgeldanspruch selbst in seinen Voraussetzungen, Besonderheiten, Bemessungsgrundsätzen und verfahrensrechtlichen Problemen.

Mit unserer **Online-Lösung** (www.schmerzensgeld.online) steht Ihnen das gesamte Spektrum an Recherchemöglichkeiten zur Verfügung – inklusive direkter Verlinkung zu den Urteilsvolltexten in der juris-Datenbank.

Unser besonderer Dank gilt wieder all denen, die durch die Einsendung interessanter Urteile zu der Aktualität dieser 44. Auflage beigetragen haben. Weil die Rechtsprechung der deutschen Gerichte in ständiger Entwicklung ist, wiederholen wir an dieser Stelle unsere Bitte an alle Kolleginnen und Kollegen aus der Justiz, der Rechtsanwaltschaft und den sonstigen mit Schmerzensgeldern befassten Institutionen, den Autoren interessante neue (rechtskräftige) Urteile zu übersenden:

Rechtsanwalt und Richter am BGH a.D. Wolfgang Wellner
c/o Bundesgerichtshof
Herrenstr. 45 a
76133 Karlsruhe
E-Mail: wolfgang.wellner@hotmail.de

Richter am BGH Dr. Oliver Klein
c/o Bundesgerichtshof
Herrenstr. 45 a
76133 Karlsruhe

Rechtsanwalt Klaus Kohake
Dr. Sandhaus und Kollegen GbR
Konrad-Adenauer-Ring 24
49074 Osnabrück
E-Mail: k.kohake@dr-sandhaus-kollegen.de

Gerne können Sie Urteile, Anregungen oder Kritikpunkte auch direkt an den Verlag unter schmerzensgeld@anwaltverlag.de richten.

Wir werden uns auch in Zukunft bemühen, das Werk weiter zu perfektionieren. Dabei sind wir nicht nur für Anregungen und Kritik, sondern auch für ein positives Feedback dankbar.

Bitte unterstützen Sie uns weiter in diesem Bemühen, Ihnen mit jeder „Hacks-Tabelle“ eine zuverlässige und aktuelle Arbeitshilfe zur Verfügung zu stellen. Vielen Dank!

Wolfgang Wellner
Dr. Oliver Klein
Klaus Kohake

Deutscher Anwaltverlag

Die Autoren

Susanne Hacks (†)

Susanne Hacks, Volljuristin, ist die Begründerin der „SchmerzensgeldBeträge“. Sie war von 1958 bis 1974 in der Juristischen Zentrale des ADAC tätig und setzte sich engagiert für eine höhere Bemessung der Schmerzensgelder, insbesondere für schwere Verletzungen, durch deutsche Gerichte ein.

Wolfgang Wellner

Wolfgang Wellner ist Rechtsanwalt und Richter am BGH a.D. und war rund 20 Jahre Mitglied des für das Schadensersatzrecht (insb. betreffend Verkehrsunfälle, Arzthaftung und Persönlichkeitsrechtsverletzungen) zuständigen VI. Zivilsenats des BGH. Er ist erfahrener Dozent und Autor im Bereich des Schadensrechts, Mitherausgeber des „Freymann/Wellner, juris PraxisKommentars Straßenverkehrsrecht“, Mitherausgeber der Neuen Zeitschrift für Verkehrsrecht (NZV), Autor der im Deutschen Anwaltverlag erschienenen Titel „BGH-Rechtsprechung zum Kfz-Sachschaden“ und „BGH-Rechtsprechung zum Personenschaden“, Mitherausgeber des „Geigel, Der Haftpflichtprozess“, Dozent der DeutschenAnwaltAkademie und er leitete verschiedene Arbeitskreise beim Deutschen Verkehrsgerichtstag in Goslar.

Dr. Oliver Klein

Oliver Klein ist seit dem Jahr 2016 Richter am Bundesgerichtshof. Er ist dort Mitglied des für das Schadensersatzrecht (insb. betreffend Verkehrsunfälle, Arzthaftung, Persönlichkeitsrechtsverletzungen und Ansprüche aus der DSGVO) zuständigen VI. Zivilsenats, zudem des Notarsenats. Dem Verkehrsrecht ist Dr. Klein auch als Mitherausgeber der Neuen Zeitschrift für Verkehrsrecht (NZV) und über Fachvorträge verbunden; beim Deutschen Verkehrsgerichtstag hat er wiederholt Arbeitskreise geleitet. Dr. Klein stammt aus der baden-württembergischen Justiz, neben Abordnungen an das Bundesverfassungsgericht und an das Bundeskanzleramt war er dort vor seiner Ernennung zum Richter am Bundesgerichtshof als Staatsanwalt und als Richter am Amts-, Land- und Oberlandesgericht tätig.

Klaus Kohake

Klaus Kohake ist als Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeits-, Verkehrs- und Versicherungsrecht sowie als ADAC Anwalt tätig und hat seinen Schwerpunkt u.a. in der außergerichtlichen und gerichtlichen Regulierung von Ansprüchen Unfallgeschädigter im Sach- und im Personenbereich. Im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit vertritt er bei der Durchsetzung von Ansprüchen Unfallgeschädigter sowohl die Aktiv- als auch die Passivseite. Herr Kohake wurde vom Deutschen Anwaltsverein in den Beirat eines Reha-Managementunternehmens entsandt. So begleitet er nicht nur als Anwalt, sondern auch durch diese Beiratstätigkeit intensiv den Prozess der Abwicklung von Ansprüchen schwergeschädigter Unfallopfer. Im Rahmen von Fortbildungsveranstaltungen ist er zudem für unterschiedliche Bildungsträger als Dozent für Rechtsanwälte tätig.

Benutzer-Hinweise

A. Buch

Mit der 44. Auflage erhalten Sie über 3.200 Urteile deutscher Gerichte, die **nach Verletzungsarten in einer übersichtlichen Tabelle** aufgeschlüsselt nach Betrag, Verletzung, Behandlung, Verletzten, Dauerschaden, besonderen Umständen sowie Urteil mit Aktenzeichen aufbereitet wurden. In der Einführung, dem **Allgemeinen Teil**, werden die Grundsätze für die Bemessung von Schmerzensgeld, materiell-rechtliche Besonderheiten des Schmerzensgeldanspruchs und Verfahrensfragen erläutert. In einer separaten Übersicht finden Sie zum einen eine Zusammenstellung der Urteile, die eine **Schmerzensgeldrente** ausurteilen sowie eine Auflistung der Urteile, die einen **immateriellen Vorbehalt** (= Feststellung) zusprechen. Abschließend vermittelt Ihnen das unfallmedizinische Wörterbuch das notwendige Know-how, um die medizinischen Fachbegriffe in den richtigen Kontext einordnen zu können.

Technische Notwendigkeiten haben dazu geführt, dass wir ab der 41. Auflage alle Urteile mit einer Festnummerierung versehen. Dies bedeutet, dass sich die Urteilsnummerierung ab der 41. Auflage nicht mehr von Auflage zu Auflage ändert wird. Ein neues Verzeichnis unmittelbar vor dem Urteilsteil ermöglicht zudem, die jeweilige Seitenzahl zu den Urteilsnummern nachzuschlagen.

B. www.schmerzensgeld.online

Nutzen Sie auch unsere ständig optimierte Online-Lösung (www.schmerzensgeld.online) der SchmerzensgeldBeträge! Mit dieser Weblösung verschaffen Sie sich von überall und jederzeit einen Zugriff auf die Schmerzensgeldtabelle!

In unserer Online-Lösung (www.schmerzensgeld.online) erhalten Sie noch mehr Urteile!

Urteile, die nicht mehr im Buch abgedruckt sind, finden Sie in unserer neuen Online-Lösung – hier haben wir **mehr als 5.000 Urteile für Sie aufbereitet**.

Nutzen Sie die Möglichkeit durch Verknüpfung unterschiedlicher Suchfunktionen die Suche Ihren spezifischen Bedürfnissen anzupassen. Mit der Suchfunktion haben Sie insbesondere auch hier die Möglichkeit, Schmerzensgeldbeträge nach multiplen Verletzungsarten aufzufinden und sich einen Überblick bzgl. der Bezifferung des Schmerzensgelds zu verschaffen. Oder lassen Sie sich alle Urteile eines bestimmten Spruchkörpers zu einer Verletzungsfolge anzeigen – das alles ist mit der intelligenten Suchfunktion möglich. Auch besteht die Möglichkeit, nach Urteilen mit bzw. ohne immateriellen Vorbehalt zu suchen. Durch die Verlinkung mit der juris-Rechtsprechungsdatenbank haben Sie überdies direkten Zugriff auf die dort vorhandenen Volltexte der Urteile.

Alles, was Sie hierfür tun müssen: Registrieren Sie sich mit Ihrer E-Mailadresse und einem selbst gewählten Passwort unter www.schmerzensgeld.online/registrierung. Nachdem Sie die Registrierung bestätigt haben, können Sie sich unter www.schmerzensgeld.online einloggen und mit dem im Buch enthaltenen Freischaltcode für Schmerzensgeld Online freischalten. Ab Freischaltung können Sie Schmerzensgeld Online 365 Tage nutzen.

Bearbeitungsstand dieser Auflage ist Ende August 2025.

Inhalt

Literaturverzeichnis	9	bb) Schmerzensgeldrente	25
Abkürzungsverzeichnis	9	cc) Erfasste Verletzungsfolgen	25
A. Allgemeiner Teil	11	dd) Teilklage	25
I. Schmerzensgeldanspruch	11	ee) Feststellungsantrag	25
1. Begriff	11	b) Grundurteil; Rechtskraft bei Endurteil	25
2. Funktion	11	c) Adhäsionsverfahren	25
a) Der Beschluss des Großen Senats für Zivilsachen vom 6.7.1955 – GSZ 1/55	11	d) Berufung und Revision	26
b) Der Beschluss der Vereinigten Großen Senate vom 16.9.2016 – VGS 1/16	11	e) Streitwert	26
3. Gesetzliche Regelungen	11	f) (Prozess- und Verzugs-)Zinsen	26
4. Voraussetzungen	12	g) Abfindungsvergleich	26
a) Geschützte Rechtsgüter	12	II. Entschädigung für immaterielle Schäden außerhalb des Schmerzensgeldes	27
aa) Körper und Gesundheit	12	1. Überblick	27
bb) Freiheit	12	2. Geldentschädigung wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	27
cc) Sexuelle Selbstbestimmung	13	a) Rechtsgrundlagen	27
b) Schaden	13	b) Funktion	28
aa) Allgemeines	13	c) Voraussetzungen	28
bb) Schockschaden	13	d) Höhe	28
cc) Primär- und Sekundärschaden	13	e) Sonstiges	29
dd) Weiterleben als Schaden	13	f) Sonderfall: Geldentschädigung wegen Verletzung des Selbstbestimmungsrechts?	29
c) Voraussetzungen der Haftungsnorm	14	3. Hinterbliebenengeld	29
5. Materiell-rechtliche Besonderheiten des Schmerzensgeldanspruchs	14	a) Grundsätzliches	29
a) Übertragbarkeit und Vererblichkeit	14	b) Voraussetzungen	30
b) Ausschluss und Minderung des Anspruchs	14	c) Höhe	30
aa) Mitverschulden	14	d) Verhältnis zu anderen Vorschriften	30
bb) Betriebsgefahr, Tiergefahr	15	aa) Verhältnis zum Schockschaden	30
cc) Schadensanlage und Zurechnungszusammenhang	15	bb) Haftungsbeschränkung im Unfallversicherungsrecht	31
dd) Arbeitsunfälle (§§ 104 ff. SGB VII)	15	4. Schadensersatz wegen Verstoßes gegen die DSGVO	31
ee) Schmerzensgeld gegenüber dem Ehepartner oder sonstigen Familienangehörigen	16	a) Grundsätzliches	31
c) Verjährungsfragen	16	b) Voraussetzungen	31
d) Verkehrspferhilfe (§ 12 PflVG)	16	aa) Verstoß gegen die DSGVO	31
6. Bemessung des Schmerzensgeldes	17	bb) Schaden	32
a) Grundsätzliches	17	cc) Kausalzusammenhang	32
b) Das „taggenaue Schmerzensgeld“	18	c) Höhe	32
c) Vergleichentscheidungen und Zeitablauf	18	B. Entscheidungen deutscher Gerichte	35
aa) Allgemeine Geldentwertung	18	Verzeichnis der Urteile	37
bb) Sonstiges	19	I. Zusammenstellung nach Art der Verletzungen	49
d) Bemessungsfaktoren im Einzelnen	19	II. Häufige Verletzungsarten	586
aa) Ausgleichsfunktion	19	III. Besondere Verletzungsarten, Verletzungsursachen und Verletzungsfolgen	593
bb) Genugtuungsfunktion	21	IV. Kapitalabfindung mit Schmerzensgeldrente	991
e) Ausschluss des Schmerzensgeldanspruchs bei geringfügigen Verletzungen	22	V. Kapitalabfindung mit immateriellem Vorbehalt	995
f) Kapitalabfindung oder Rente?	22	VI. Zusammenstellung nach der Höhe des Schmerzensgeldes	1005
7. Besteuerung des Schmerzensgeldes	23	C. Unfallmedizinisches Wörterbuch	1007
8. Anrechenbarkeit des Schmerzensgeldes	23		
a) Sozialrecht	23		
b) Bürgerliches Recht	23		
c) Sonstiges	24		
9. Verfahrensfragen	24		
a) Klageantrag	24		
aa) Unbestimmter Leistungsantrag	24		

Literaturverzeichnis

Bücher

- Ahrens/Spickhoff**, Deliktsrecht, 2022, C.H. Beck Verlag
- Bieritz-Harder/Conradis/Thie**, Sozialgesetzbuch XII, 13. Auflage 2024, Nomos Verlag
- Cantzler**, Asylbewerberleistungsgesetz, 2019, Nomos Verlag
- Geigel**, Der Haftpflichtprozess, 29. Auflage 2024, C.H. Beck Verlag
- Grüneberg (vormals Palandt)**, Bürgerliches Gesetzbuch, 84. Auflage 2025, C.H. Beck Verlag
- Gsell/Krüger/Lorenz/Reymann**, beck-online-Großkommentar zum Zivilrecht (BeckOGK), 2025, C.H. Beck Verlag
- Rolfs/Giesen/Meßling/Udsching**, BeckOK Sozialrecht, 2025, C.H. Beck Verlag
- Säcker/Rixecker/Oetker/Limperg/Schubert**, Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 9./10. Auflage 2021 ff., C.H. Beck Verlag
- Schwintowski/C. Schah Sedi/M. Schah Sedi**, Handbuch Schmerzensgeld, 2. Auflage 2020, Reguvis Verlag
- Vorwerk/Wolf**, BeckOK-ZPO, 2025, C.H. Beck Verlag

Zeitschriften

- Almeroth**, Abfindung von Personenschäden nach Verkehrsunfällen und anderen Schadensereignissen, NJW 2024, 1457
- Berger**, Tendenzen bei der Bemessung des Schmerzensgeldes, VersR 1977, 877
- von Gerlach**, Die prozessuale Behandlung von Schmerzensgeldansprüchen, VersR 2000, 525

- Gietl/Amberger**, Menschenrechtliche Herausforderungen für das deutsche Staatshaftungsrecht, NJW 2023, 3468
- Götting**, Die „Kohl-Protokolle“ – Eine Abrechnung, GRUR 2022, 369
- Gsell**, Anmerkung zu BGH, Teilur. v. 29.11.2021 – VI ZR 258/18, NJW 2022, 871
- Hager**, Postmortales Persönlichkeitsrecht, JA 2022, 338
- Huber**, Das „neue“ Hinterbliebenengeld und sein Verhältnis zum Schockschaden, SVR 2025, 4
- Jaeger**, Einfluss der Niedrigzinsphase auf die Bemessung des Schmerzensgeldes, VersR 2019, 577
- Jansen**, Das Hinterbliebenengeld als kleines Schmerzensgeld?, JZ 2024, 64
- Lang/Bucka**, Das neue Hinterbliebenengeld – Erste Praxiserfahrungen und gerichtliche Entscheidungen, DAR 2020, 445
- Lang/Nugel**, Sechs Jahre Hinterbliebenengeld – ein erstes Fazit aus der Praxis, VersR 2023, 1416
- Müller**, Der Anspruch auf Hinterbliebenengeld, VersR 2017, 321
- Quaisser**, Hinterbliebenengeld und Schockschaden, NZV 2025, 8
- Staudinger**, Gedankensplitter zu § 844 Abs. 3 BGB, DAR 2019, 601
- Wellner**, Anmerkung zu OLG Brandenburg, Urt. v. 16.4.2019 – 3 U 8/18, DAR 2020, 26
- Wagner**, Hinterbliebenengeld – Eine Bilanz nach sieben Jahren, r+s 2025, 241

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht	Beschl.	Beschluss
a.a.O.	am angegebenen Ort	BFH	Bundesfinanzhof
ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme	BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
Abs.	Absatz	BGBI	Bundesgesetzbuch
a.E.	am Ende	BGH	Bundesgerichtshof
a.F.	alte Fassung	BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
AG	Amtsgericht	BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz	BMF	Bundesministerium der Finanzen
a.M.	anderer Meinung	BMJ	Bundesministerium der Justiz
AMG	Arzneimittelgesetz	BR-Drucks	Bundesratsdrucksache
Anm.	Anmerkung	BSHG	Bundessozialhilfegesetz
AsylblG	Asylbewerberleistungsgesetz	Bspr	Besprechung
AtomG	Atomgesetz	BStBl	Bundessteuerblatt
AU	Arbeitsunfähigkeit	BT-Drucks	Bundestagsdrucksache
Aufl.	Auflage	BVerfG	Bundesverfassungsgericht
Az.	Aktenzeichen	BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz	BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BAföGVwV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundesausbildungsförderungsgesetz	BW	Brustwirbel
BAG	Bundesarbeitsgericht	BWK	Brustwirbelkörper
BAK	Blutalkoholkonzentration	BWS	Brustwirbelsäule
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof	bzw.	beziehungsweise
BB	Betriebsberater	cm	Zentimeter
BeamtVG	Beamtenversorgungsgesetz		

DAR	Deutsches Autorecht	NJWE-VHR	Entscheidungsdienst Versicherungs-/Haftungsrecht
dB	Dezibel	NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungsreport
DEVK	Deutsche Eisenbahnversicherungskasse	Nr.	Nummer
DM	Deutsche Mark	NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
DSGVO	Datenschutz-Grundverordnung	NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
Ed.	Edition	NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht – Rechtsprechungsreport
EEG	Elektroenzephalogramm	NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch	OLG	Oberlandesgericht
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte	OP	Operation
EKG	Elektrokardiogramm	OSG	Oberes Sprunggelenk
EMG	Elektromyographie	PflichtversG	Pflichtversicherungsgesetz
ErwG	Erwägungsgrund	PKH	Prozesskostenhilfe
EStG	Einkommensteuergesetz	ProdHaftG	Produkthaftungsgesetz
etc.	et cetera	r+s	Recht und Schaden
EuGH	Europäischer Gerichtshof	RefE	Referentenentwurf
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht	RG	Rahmengesetz Reichsgericht Reichsgesetz
f., ff.	folgende, fortfolgende	RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht	Rn	Randnummer
FGO	Finanzgerichtsordnung	RVO	Reichsversicherungsordnung
GdB	Grad der Behinderung	S.	Satz
GenTG	Gentechnikgesetz	SGB	Sozialgesetzbuch
GG	Grundgesetz	SGG	Sozialgerichtsgesetz
ggf.	gegebenenfalls	SHT	Sozialhilfeträger
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)	sog.	sogenanntes
GSZ	Großer Senat für Zivilsachen beim Bundesgerichtshof	SP	Schaden-Praxis (Zeitschrift)
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz	StGB	Strafgesetzbuch
HaftPflG	Haftpflichtgesetz	StPO	Strafprozessordnung
HDI	Haftpflichtverband der Deutschen Industrie	StrEG	Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen
HW	Halswirbel	StVG	Straßenverkehrsgesetz
HWK	Halswirbelkörper	SVR	Straßenverkehrsrecht – Zeitschrift für die Praxis des Verkehrsjuristen
HWS	Halswirbelsäule	SZ	Süddeutsche Zeitung
insb.	insbesondere	UmweltHG	Umwelthaftungsgesetz
i.S.	im Sinne	UrhG	Urheberrechtsgesetz
i.V.m.	in Verbindung mit	Urt.	Urteil
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)	v.	vom
JZ	Juristenzeitung	VerkMitt	Verkehrsrechtliche Mitteilungen
Kap.	Kapitel	VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
KG	Kammergericht Berlin	vgl.	vergleiche
Kl.	Kläger/Klägerin	VO	Verordnung
KunstUrhG	Kunsturhebergesetz	VRS	Verkehrsrechtsammlung
KVR	Kraftverkehrsrecht von A–Z	VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
LAG	Landesarbeitsgericht	VVG	Versicherungsvertragsgesetz
Ifd.	laufende	VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
LG	Landgericht	WK	Wirbelkörper
LuftVG	Luftverkehrsgesetz	WoGG	Wohngeldgesetz
LW	Lendenwirbel	WS	Wirbelsäule
LWK	Lendenwirbelkörper	zfs	Zeitschrift für Schadensrecht
LWS	Lendenwirbelsäule	ZfV	Zeitschrift für Versicherungswesen
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen	ZPO	Zivilprozessordnung
MdE	Minderung der Erwerbsfähigkeit	z.V.b.	zur Veröffentlichung bestimmt
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht	z.Z., zzt.	zurzeit
n.F.	neue Fassung		
NJW	Neue Juristische Wochenschrift		

A. Allgemeiner Teil

I. Schmerzensgeldanspruch

1. Begriff

Nicht nur umgangssprachlich wird häufig jede Art des materiellen Ausgleichs immaterieller Beeinträchtigungen als Schmerzensgeld bezeichnet. Besonders glücklich ist das nicht. Denn ein derartiges Verständnis des Begriffs des Schmerzensgeldes verdeckt, dass sich die einzelnen Ansprüche auf Ersatz immaterieller Beeinträchtigungen zum Teil nicht unerheblich von einander unterscheiden. Der unscharfe Blick vermittelt mitunter den Eindruck von Gerechtigkeitsdefiziten, der sich bei genauerem Hinsehen oft nicht bestätigt. Erinnert sei an dieser Stelle an die immer wieder zu hörende Klage, in Deutschland sei das Schmerzensgeld für Körper- und Gesundheitsschäden im Vergleich zum „Schmerzensgeld“ für Persönlichkeitsrechtsverletzungen unangemessen niedrig.

Im Folgenden soll der Begriff des Schmerzensgeldes deshalb nur für die (**Geld-)Leistung** verwendet werden, für die der Gesetzgeber den Begriff in der gesetzlichen Überschrift zu **§ 847 BGB a.F.**¹ einst selbst gebraucht hat, nämlich für den heute insb. in **§ 253 Abs. 2 BGB** und parallel hierzu in zahlreichen **Spezialgesetzen** (vgl. nachfolgend unter 3.) geregelten Ersatz von immateriellen Schäden in den Fällen der **Verletzung des Körpers, der Gesundheit, der Freiheit oder der sexuellen Selbstbestimmung**. Andere Fälle des Ausgleichs immaterieller Beeinträchtigungen (hierzu nachfolgend unter II.), allen voran die **Entschädigung bei schweren Persönlichkeitsrechtsverletzungen** oder das sog. **Hinterbliebenengeld** nach § 844 Abs. 3 BGB, haben mit dem Schmerzensgeld in diesem Sinne unmittelbar nichts (mehr) zu tun.

2. Funktion

Die Frage nach der Funktion des Schmerzensgeldes führt direkt zu den beiden großen **Leitentscheidungen** des BGH aus diesem Bereich: dem Beschluss des Großen Senats für Zivilsachen vom 6.7.1955² und dem Beschluss der Vereinigten Großen Senate des BGH vom 16.9.2016.³

a) Der Beschluss des Großen Senats für Zivilsachen vom 6.7.1955 – GSZ 1/55

Im Jahr 1955 hatte der VI. Zivilsenat des BGH dem Großen Senat für Zivilsachen die Frage vorgelegt, ob bei der **Bemessung der Höhe einer billigen Entschädigung in Geld** nach § 847 BGB a.F. „alle Umstände, also auch die Vermögensverhältnisse und der Grad des Verschuldens des Verpflichteten“ zu berücksichtigen seien. Der Große Senat für Zivilsachen hat dies mit folgendem Tenor bejaht: „Bei der Bemessung einer billigen Entschädigung in Geld nach § 847 BGB können alle Umstände des Falles berücksichtigt werden, darunter auch der Grad des Verschuldens des Verpflichteten und die wirtschaftlichen Verhältnisse beider Teile. Dabei ist auch zu berücksichtigen, inwieweit der Verpflichtete durch eine Haftpflichtversicherung oder einen Ausgleichsanspruch Ersatz seiner Leistung findet.“

Für die Funktion des Schmerzensgeldes interessanter als der Tenor ist allerdings der vom Großen Senat für Zivilsachen for-

mulierte **erste Leitsatz** zu dieser Entscheidung. Er lautet: „Der Anspruch auf Schmerzensgeld nach § 847 BGB ist kein gewöhnlicher Schadensersatzanspruch, sondern ein Anspruch einer Art mit einer doppelten Funktion: Er soll dem Geschädigten einen angemessenen Ausgleich für diejenigen Schäden bieten, die nicht vermögensrechtlicher Art sind, und zugleich dem Gedanken Rechnung tragen, dass der Schädiger dem Geschädigten Genugtuung schuldet für das, was er ihm angetan hat.“

Das Schmerzensgeld hat demnach eine **Doppelfunktion**: Zum einen dient es – und zwar in erster Linie⁴ – der Entschädigung des Verletzten, also dem **Ausgleich** der vom Verletzten erlittenen Beeinträchtigung. Weil der Schädiger dem Geschädigten das Leben schwer gemacht hat, soll er durch seine Leistung dazu beitragen, es ihm im Rahmen des Möglichen wieder leichter zu machen.⁵ Zum anderen soll das Schmerzensgeld aber auch dem Gedanken Rechnung tragen, dass der Schädiger dem Geschädigten für das, was er ihm angetan hat, **Genugtuung** oder – auch diesen Begriff verwendet der Große Senat für Zivilsachen im Jahr 1955⁶ – „Buße“ schuldet. Begründet wird dies mit den **rechtsgeschichtlichen Wurzeln des Schmerzensgeldes** im Strafrecht, auch wenn den modernen schadensrechtlichen Ansprüchen aus unerlaubter Handlung ein unmittelbarer Strafcharakter natürlich nicht mehr zukommt. Die Doppelfunktion des Schmerzensgeldes ist – auch das wird im Beschluss des Großen Senats für Zivilsachen deutlich⁷ – nicht nur dogmatische Spielerei: Sie hat ganz konkrete Auswirkungen auf die bei der Schmerzensgeldbemessung im Einzelfall maßgeblichen Faktoren (siehe hierzu nachfolgend unter 6.).

b) Der Beschluss der Vereinigten Großen Senate vom 16.9.2016 – VGS 1/16

Mit ihrer Entscheidung vom 16.9.2016⁸ haben die Vereinigten Großen Senate des BGH diese Grundsätze bestätigt. Angerufen worden waren sie vom 2. Strafsenat, der sich in zwei strafrechtlichen Revisionsverfahren mit Adhäsionsentscheidungen konfrontiert sah und der Auffassung war, es komme bei der Schmerzensgeldbemessung entgegen der bisherigen höchstrichterlichen Rechtsprechung weder auf die Vermögensverhältnisse des Geschädigten an, noch dürften die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schädigers berücksichtigt werden. Die von ihm deshalb – u.a. – gestellte Vorlagefrage „Dürfen bei der Bemessung der billigen Entschädigung in Geld (§ 253 Abs. 2 BGB) die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schädigers und des Geschädigten berücksichtigt werden?“ haben die Vereinigten Großen Senate wie folgt beantwortet: „Bei der Bemessung einer billigen Entschädigung in Geld nach § 253 Abs. 2 BGB (§ 847 BGB a.F.) können alle Umstände des Falles berücksichtigt werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schädigers und des Geschädigten können dabei nicht von vornherein ausgeschlossen werden.“

Zur Begründung haben sich die Vereinigten Großen Senate auch auf die oben dargestellte **Doppelfunktion** des Schmerzensgeldes gestützt.

3. Gesetzliche Regelungen

Mehr als 100 Jahre war das Schmerzensgeld in § 847 BGB a.F. geregelt. Mit dem Inkrafttreten des **2. Schadensrechtsan-**

¹ In der vom 1.1.2002 bis zum 31.7.2002 geltenden Fassung.

² GSZ 1/55, BGHZ 18, 149.

³ VGS 1/16, BGHZ 212, 48.

⁴ BGH, Beschl. d. Großen Senats für Zivilsachen v. 6.7.1955 – GSZ 1/55, BGHZ 18, 149 (154).

⁵ So BGH, a.a.O.

⁶ BGH, a.a.O. (155).

⁷ BGH, a.a.O. (154 ff.).

⁸ BGHZ 212, 48.

derungsgesetzes⁹ zum 1.8.2002 hat sich das geändert. Nun mehr ist § 253 Abs. 2 BGB die zentrale Norm. Zudem finden sich in vielen **Spezialgesetzen** entsprechende Vorschriften, etwa in § 11 S. 2 StVG, § 6 S. 2 HaftPfIG, § 36 S. 2 LuftVG, § 32 Abs. 5 S. 2 GenTG, § 8 S. 2 ProdHaftG, § 13 S. 2 UmweltHG oder § 29 Abs. 2 AtomG. Konkrete Folge dieser Gesetzesänderung ist eine nicht unerhebliche Ausdehnung des Anwendungsbereichs des Schmerzensgeldes: Schmerzensgeld gibt es nicht mehr nur im Falle – regelmäßig **schuldhafter – unerlaubter Handlungen** i.S.d. §§ 823 ff. BGB, sondern auch im Falle von **Vertragsverletzungen** und im Rahmen der **Gefährdungshaftung**. Besondere praktische Auswirkungen hat dies natürlich für den Bereich des **Verkehrshaftpflichtrechts** (§ 11 S. 2 StVG). Aber etwa auch im **Arzthaftungsrecht** sind die Konsequenzen der Neuregelung spürbar: Für einen Schmerzensgeldanspruch des Patienten gegen den Krankenhausträger kommt es nun nicht mehr darauf an, dass der schuldhaft handelnde Arzt Organ bzw. Repräsentant des Krankenhausträgers i.S.d. § 31 BGB ist oder jedenfalls die Voraussetzungen des § 831 BGB gegeben sind; der Krankenhausträger haftet dem Patienten nun schon aus §§ 280, 630a ff. BGB auf Schmerzensgeld, wobei ihm das Verschulden des für ihn tätigen Arztes ohne Weiteres gem. § 278 BGB zuzurechnen ist. Im Jahr 2017 hat die Rechtsprechung den Schmerzensgeldanspruch im Rahmen der **Staatshaftung** ausgedehnt und darauf erkannt, dass der **allgemeine Aufopferungsanspruch** wegen eines hoheitlichen Eingriffs in die körperliche Unversehrtheit nicht auf den Ersatz materieller Schäden begrenzt ist, sondern auch nichtvermögensrechtliche Nachteile des Betroffenen umfasst.¹⁰

4. Voraussetzungen

a) Geschützte Rechtsgüter

Nach § 253 Abs. 2 BGB kann Schmerzensgeld (nur) wegen einer Verletzung des Körpers, der Gesundheit, der Freiheit oder der sexuellen Selbstbestimmung gefordert werden.

aa) Körper und Gesundheit

In erster Linie wird die körperliche Unversehrtheit gegen jede unangemessene Einwirkung oder Behandlung geschützt, die zu einer nicht völlig unerheblichen Verletzung führt. Der Begriff der **Körperverletzung** ist dabei weit auszulegen. Er umfasst jeden unbefugten, nicht von einer Einwilligung des Rechtsträgers gedeckten Eingriff in die Integrität der körperlichen Befindlichkeit.¹¹

Geschützt wird weiter vor **Gesundheitsbeschädigungen**. Daraunter fällt jedes Hervorrufen oder Steigern eines von den normalen körperlichen Funktionen nachteilig abweichenden, wenn auch nur vorübergehenden Zustands.¹² Eine Gesundheitsbeschädigung in diesem Sinne kann auch ohne unmittelbare körperliche Misshandlung **mittelbar**, z.B. durch Ansteckung mit einer Geschlechtskrankheit, als Unfallschock in Form einer posttraumatischen Belastungsstörung oder einer anderen psychischen Störung von Krankheitswert¹³ wie auch als (pathologische) psychische Beeinträchtigung wegen des Unfalltodes oder schwerster Verletzungen nächster Angehöriger (sog. **Schock-**

schaden)¹⁴ eintreten. Die zum Schockschaden entwickelten Grundsätze sind dabei nach Auffassung des BGH auch in dem Fall anzuwenden, in dem das haftungsbegründende Ereignis kein Unfallereignis im eigentlichen Sinne, sondern eine fehlerhafte ärztliche Behandlung des Angehörigen¹⁵ oder etwa die Kenntnisserlangung vom sexuellen Missbrauch des eigenen Kindes durch einen Dritten¹⁶ ist.¹⁷

Auch der Verlust einer zur Aufbewahrung übergebenen Zahnteile kann mittelbar eine Gesundheitsbeschädigung bzw. Körperverletzung zur Folge haben und deshalb einen Schmerzensgeldanspruch begründen, wenn der Verlust zu gesundheitlichen Folgen wie etwa zu Einschränkungen und Schmerzen bei der Nahrungsaufnahme führt oder eine erneute zahnärztliche Behandlung notwendig macht.¹⁸

bb) Freiheit

Freiheit meint allein die **körperliche Bewegungsfreiheit**. Zu beachten ist, dass § 253 Abs. 2 BGB – anders als früher § 847 BGB a.F. – für den Schmerzensgeldanspruch keine Freiheitsentziehung mehr verlangt, sondern auch unterhalb dieser Schwelle liegende Beeinträchtigungen der körperlichen Bewegungsfreiheit ausreichen lässt.¹⁹

Eine im Rahmen des § 253 Abs. 2 BGB **relevante Freiheitsbeeinträchtigung** kann sich etwa aus einer rechtswidrigen Inhaftierung,²⁰ behördlichen²¹ oder sonstigen Unterbringung²² oder einer zu Unrecht erfolgenden – auch kurzfristigen – Ingewahrsamnahme²³ ergeben. Dabei kann es ausreichen, dass sich die Inhaftierung/Unterbringung/Ingewahrsamnahme nur formell als rechtswidrig darstellt.²⁴ Auch Fixierungen – etwa eines Patienten am Krankenbett – stellen Beeinträchtigungen der Freiheit i.S.d. § 253 Abs. 2 BGB dar; auch sie können deshalb zu Schmerzensgeldansprüchen führen.²⁵ Wer vom Kaufhausdetektiv zu Unrecht des Diebstahls verdächtigt und deshalb – wenn auch nur kurz²⁶ – am Weggehen gehindert wird, wird in seiner Freiheit i.S.d. § 253 Abs. 2 BGB ebenfalls beeinträchtigt.²⁷ Auch Verkehrsblockaden wurden im Einzelfall schon als schmerzensgeldbegründende Freiheitsbeschränkungen gewertet.²⁸

Häufig wird die Freiheitsbeeinträchtigung von der Verletzung anderer von § 253 BGB erfasster Rechtsgüter begleitet, etwa im Falle von Sexualdelikten.

⁹ BGBI I 2002, 2674.

¹⁰ BGH, Urt. v. 7.9.2017 – III ZR 71/17, BGHZ 215, 335.

¹¹ BGH, Urt. v. 17.9.2013 – VI ZR 95/13, VersR 2013, 1406 Rn 12, m.w.N.

¹² Vgl. nur BGH, Urt. v. 14.6.2005 – VI ZR 179/04, VersR 2005, 1238, juris Rn 9; v. 21.6.1960 – 1 StR 186/60, NJW 1960, 2253.

¹³ Vgl. nur BGH, Urt. v. 8.12.2020 – VI ZR 19/20, VersR 2021, 328 Rn 8, m.w.N.

¹⁴ AG Nürnberg, Urt. v. 23.6.2021 – 19 C 867/21, juris Rn 33.

¹⁵ BeckOGK BGB/Brand, 1.3.2024, § 253 Rn 38.

¹⁶ Vgl. OLG Hamm, Beschl. v. 16.12.2020 – 11 W 67/20, NJW-RR 2021, 535.

¹⁷ Vgl. OLG Karlsruhe, Urt. v. 12.11.2015 – 9 U 78/11, VersR 2016, 254 (255 ff.).

¹⁸ Vgl. OLG Hamm, Urt. v. 9.1.2001 – 29 U 56/00, FamRZ 2001, 861 (863).

¹⁹ Vgl. OLG Koblenz, Beschl. v. 7.3.2018 – 1 U 1025/17, juris.

²⁰ BGH, Beschl. v. 1.8.2007 – III ZR 284/06, juris Rn 4 f.; OLG Bremen, Urt. v. 18.8.2006 – 1 U 34/06, juris Rn 13 ff.

²¹ Vgl. OLG Frankfurt, Urt. v. 16.7.2018 – 8 U 59/18, juris, insb. Rn 85 ff.

²² Sehr weitgehend AG Regensburg, Urt. v. 5.2.1999 – 9 C 2783/98, NJW-RR 1999, 1402.

²³ AG Regensburg, Urt. v. 5.2.1999 – 9 C 2783/98, NJW-RR 1999, 1402; AG Osnabrück, Urt. v. 21.11.1988 – 40 C 269/88, NJW-RR 1989, 476.

²⁴ LG Frankfurt/M., Urt. v. 17.9.1984 – 2/24 S 362/82, NJW 1985, 201.

cc) Sexuelle Selbstbestimmung

Schließlich kommt nach § 253 Abs. 2 BGB auch bei der Verletzung der **sexuellen Selbstbestimmung** ein Schmerzensgeldanspruch in Betracht. Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung gewährleistet das Recht jedes Einzelnen, frei über seine Sexualität zu bestimmen.²⁹ Dementsprechend kann ein Schmerzensgeldanspruch insb. in den Fällen der §§ 174 ff. StGB (einschließlich des sog. „Stealthing“)³⁰ oder des § 825 BGB gegeben sein. In jüngerer Zeit sind in diesem Zusammenhang insbesondere auch Fälle des sexuellen Missbrauchs durch Priester der katholischen Kirche in den Fokus der Öffentlichkeit geraten, wobei neben Ansprüchen gegen die Täter selbst auch Ansprüche gegen die Kirche bzw. das zuständige Bistum – etwa unter dem Gesichtspunkt des Organisationsverschuldens und des Unterlassens – in Betracht kommen.³¹

Keine Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung liegt vor, wenn allein die tatsächliche Möglichkeit, die eigene Sexualität auszuleben, beschränkt wird; so hat etwa eine Frau im Falle einer zur Impotenz führenden Verletzung ihres Ehemannes unter dem Gesichtspunkt der Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung keinen eigenen Schmerzensgeldanspruch gegen den Schädiger ihres Ehemannes.³²

b) Schaden

aa) Allgemeines

Auch das Schmerzensgeld dient dem Ersatz eines – wenn auch immateriellen – Schadens. Voraussetzung ist deshalb auch hier das Vorliegen eines solchen Schadens. In aller Regel ist das völlig unproblematisch: Geht es dem Verletzten infolge des Verhaltens des Schädigers etwa aufgrund von **Schmerzen oder psychischen Beeinträchtigungen** – wenn auch nur vorübergehend – schlechter, als es ihm ohne dieses Verhalten gegangen wäre, liegt ein solcher (immaterieller) Schaden ohne Weiteres vor.

bb) Schockschaden

Physische und psychische Schäden sind schadensrechtlich grds. gleichwertig.³³ Besonderheiten galten früher beim sog. **Schockschaden**. Nach der langjährigen Rechtsprechung des BGH sollte die seelische Erschütterung durch das Miterleben oder die Nachricht vom tödlichen oder mit schweren Verletzungen verbundenen Unfall eines Angehörigen einen Schadensersatzanspruch gegen den Unfallverursacher nicht begründen, wenn sie zwar medizinisch fassbare Auswirkungen hatte, diese aber nicht über die gesundheitlichen Beeinträchtigungen hinausgingen, denen nahe Angehörige bei entsprechenden Nachrichten erfahrungsgemäß ausgesetzt sind.³⁴ Diese Rechtsprechung hat der VI. Zivilsenat des BGH im Sinne einer konsequenten Gleichstellung von physischen und psychischen Beeinträchtigungen im Jahr 2022 aufgegeben. Ist die psychische Beeinträchtigung **pathologisch fassbar**, hat sie also Krank-

heitswert, ist für die Bejahung einer Gesundheitsverletzung daher nicht mehr erforderlich, dass die Störung über die gesundheitlichen Beeinträchtigungen hinausgeht, denen Betroffene bei der Verletzung eines Rechtsgutes eines nahen Angehörigen in der Regel ausgesetzt sind.³⁵ Damit hat der BGH zugleich die mittelbare Beeinträchtigung des Schockschadens der unmittelbaren Beeinträchtigung³⁶ gleichgestellt. Dem berechtigten Anliegen der bisherigen Rechtsprechung, die Haftung für lediglich mittelbar verursachte psychische Beeinträchtigungen nicht ins Uferlose auszuweiten, ist nunmehr durch eine sorgfältige Prüfung der sonstigen haftungsbegründenden Merkmale Rechnung zu tragen, insbesondere der Merkmale der Gesundheitsverletzung (beim Schockschaden in der Regel Primärschaden, § 286 ZPO) sowie des Zurechnungszusammenhangs (s. dazu unten I.5.b.cc).³⁷

cc) Primär- und Sekundärschaden

Wie bei physischen Schäden ist auch bei psychischen Schäden sorgfältig zwischen **Primär- und Sekundärschäden** zu unterscheiden. Wird die psychische Beeinträchtigung als Folge einer physischen (oder einer anderen psychischen) Verletzung geltend gemacht, steht ein Sekundärschaden im Raum, bei dem das **Beweismaß** des § 287 ZPO gilt. Beim Primärschaden geht es hingegen um die Rechtsgutsverletzung, die zum haftungsbegründenden Tatbestand gehört. Handelt es sich bei den psychischen Beeinträchtigungen somit nicht um Folgen einer anderen Verletzung, sondern treten sie – wie bei den sog. Schockschäden regelmäßig und bei Unfallneurosen häufig – unabhängig von einer anderen, insb. physischen Verletzung auf, so kommt eine Haftung für den psychischen (Primär-)Schaden nur in Betracht, wenn sämtliche Voraussetzungen der Haftungsnorm, insb. des § 823 Abs. 1 BGB oder der §§ 7, 18 StVG, erfüllt sind.³⁸ Damit müssen die psychischen Beeinträchtigungen selbst Krankheitswert besitzen, also eine Gesundheitsbeschädigung darstellen, und ursächlich auf das schädigende Ereignis zurückzuführen sein. Der (angeblich) geschädigte Anspruchsteller trägt hier die volle Darlegungs- und Beweislast; es gilt das Beweismaß des § 286 ZPO.

dd) Weiterleben als Schaden

Eine im Wortsinn existentielle Schadensproblematik kann sich am Ende des (leidensbehafteten) Lebens im Spannungsfeld von (behauptetem) Sterbewunsch und lebenserhaltenden medizinischen Zwangsmaßnahmen stellen. Nach der Rechtsprechung des BGH³⁹ kommt ein Schmerzensgeld i.S.d. § 253 Abs. 2 BGB mangels Schadens nicht in Betracht, wenn die angebliche Schädigungshandlung die Fortführung lebenserhaltender Maßnahmen darstellen und der (immaterielle) Schaden darin liegen soll, dass der Verletzte, anstatt sofort sterben zu dürfen, (auch mit Schmerzen) **weiterleben** muss. Allerdings hat der BGH in der genannten Entscheidung – was häufig übersehen wird – einen Geldentschädigungsanspruch des Patienten wegen **Verletzung seines Selbstbestimmungsrechts** nicht ausgeschlossen; ein solcher Anspruch setzt freilich die

²⁹ Vgl. OLG Köln, Urt. v. 22.12.2015 – 5 U 135/15, VersR 2016, 796 (797).

³⁰ Vgl. BGH, Beschl. v. 13.12.2022 – 3 StR 372/22, NJW 2023, 701: Gegen den erkennbaren Willen des Sexualpartners heimlich ohne Kondom ausgeführter Geschlechtsverkehr.

³¹ LG Köln, Urt. v. 13.6.2023 – 5 O 197/22, NJW 2023, 2496: Schmerzensgeld von 300.000 € für jahrelangen schweren Missbrauch eines Messdieners.

³² Vgl. OLG Köln, Urt. v. 22.12.2015 – 5 U 135/15, VersR 2016, 796 (797).

³³ Vgl. nur BGH, Urt. v. 8.12.2020 – VI ZR 19/20, VersR 2021, 328 Rn 8 ff., insb. Rn 17.

³⁴ BGH, Urt. v. 21.5.2019 – VI ZR 299/17, BGHZ 222, 125 Rn 7; v. 10.2.2015 – VI ZR 8/14, VersR 2015, 590 Rn 9; v. 27.1.2015 – VI ZR 548/12, VersR 2015, 501 Rn 7.

³⁵ BGH, Urt. v. 6.12.2022 – VI ZR 168/21, NJW 2023, 983.

³⁶ Vgl. hierzu BGH, Urt. v. 8.12.2020 – VI ZR 19/20, VersR 2021, 328 Rn 8.

³⁷ BGH, Urt. v. 6.12.2022 – VI ZR 168/21, NJW 2023, 983 Rn 17, 24 ff.

³⁸ Vgl. auch hierzu und zu den sich daraus ergebenden Haftungshürden bei psychischen Beeinträchtigungen BGH, Urt. v. 8.12.2020 – VI ZR 19/20, VersR 2021, 328 Rn 20 ff.

³⁹ BGH, Urt. v. 2.4.2019 – VI ZR 13/18, BGHZ 221, 352; Verfassungsbeschwerde des unterlegenen Klägers nicht zur Entscheidung angenommen durch BVerfG, Beschl. v. 7.4.2022 – 1 BvR 1187/19, NJW 2023, 356.

positive Feststellung eines gegen die lebensverlängernden Maßnahmen gerichteten Willens des Patienten voraus.⁴⁰

c) Voraussetzungen der Haftungsnorm

Schon aus dem Wortlaut der Vorschrift („*Ist wegen [...] Schadensersatz zu leisten, kann auch [...]“) ergibt sich, dass § 253 Abs. 2 BGB **keine eigenständige Anspruchsgrundlage** darstellt. Vielmehr bestimmt sie – ebenso wie ihre „kleinen Schwestern“ in den Spezialgesetzen – allein den Umfang des bei gegebener Schadensersatzpflicht zu ersetzenden Schadens. Vor die Prüfung der Voraussetzungen des § 253 Abs. 2 BGB hat der Gesetzgeber somit die Prüfung und Bejahung der Voraussetzungen einer Anspruchsgrundlage gesetzt. Folglich schlagen Beschränkungen und Besonderheiten der jeweiligen Anspruchsgrundlage voll auf den Schmerzensgeldanspruch durch. Im für das Schmerzensgeld besonders relevanten Bereich des Straßenverkehrsrechts bedeutet dies etwa:*

- Gegenüber verletzten Personen, die nicht nach dem Straßenverkehrsrecht haften (etwa Fußgänger und Radfahrer), kommt ein – auch den Schmerzensgeldanspruch erfassender – **Haftungsausschluss** für Halter und Haftpflichtversicherer eines Kraftfahrzeugs oder eines Anhängers nur dann in Betracht, wenn der Unfall durch „höhere Gewalt“ verursacht worden ist (§ 7 Abs. 2 StVG).
- Haften sowohl Schädiger und Geschädigter für die **Betriebsgefahr** der beteiligten Kraftfahrzeuge (oder Anhänger), scheiden Schmerzensgeldansprüche grds. gegenüber demjenigen aus, für den sich der Unfall als unabwendbares Ereignis darstellt (§§ 17 Abs. 3, 19 Abs. 3 StVG).
- Nach § 828 Abs. 2 S. 1 BGB sind Kinder bis zum vollendeten zehnten Lebensjahr bei einem Unfall mit einem Kraftfahrzeug **haftungsprivilegiert**. Werden sie bei einem solchen Unfall verletzt, haben sie sich auch bei der Schmerzensgeldbemessung kein Mitverschulden anrechnen zu lassen. Der sich aus § 828 Abs. 2 S. 1 BGB ergebende Schutz des verunfallten Kindes entfällt allerdings nach höchstrichterlicher Rechtsprechung, wenn der andere Unfallbeteiligte darlegt und gegebenenfalls beweist, dass sich im Unfall keine typische Überforderungssituation des Kindes durch die spezifischen Gefahren des motorisierten Verkehrs realisiert hat.⁴¹

5. Materiell-rechtliche Besonderheiten des Schmerzensgeldanspruchs

a) Übertragbarkeit und Vererblichkeit

Der Schmerzensgeldanspruch kann **frei übertragen** (und damit gepfändet, § 851 Abs. 1 ZPO) werden und ist **uneingeschränkt vererblich**. Es ist nicht erforderlich, dass der Erblasser noch zu seinen Lebzeiten seinen Willen bekundet hat, Schmerzensgeld zu fordern. § 847 Abs. 1 S. 2 BGB a.F., der Übertragbarkeit und Vererblichkeit ausschloss, ist bereits mit Wirkung zum 1.7.1990 und damit lange vor Erlass des 2. Schadensrechtsänderungsgesetzes im Jahr 2002⁴² aufgehoben worden.⁴³

b) Ausschluss und Minderung des Anspruchs

aa) Mitverschulden

Der Verletzte muss sich auch auf seinen Schmerzensgeldanspruch ein etwaiges **Mitverschulden** i.S.v. § 254 BGB **anrechnen** lassen. Wie der Anspruch auf den Ersatz materieller Schä-

den wurde hierfür zunächst auch der Schmerzensgeldanspruch um die Quote des Mitverschuldens des Verletzten gekürzt. Gegen diese Verfahrensweise wurde eingewandt, sie passe nicht zur im Rahmen der Schmerzensgeldbemessung grds. angezeigten **Gesamtbetrachtung**. Der BGH teilt diese Einschätzung.⁴⁴

Jedenfalls im **theoretischen Ansatz** wird deshalb heutzutage im Falle mitwirkenden Verschuldens des Verletzten nicht etwa ein angemessenes Schmerzensgeld ohne Mitverschulden, das dann um die Mitverschuldensquote gekürzt wird, bestimmt. Vielmehr ist von vornherein ein Schmerzensgeld zuzubilligen, das unter Berücksichtigung des Mithaftungsanteils angemessen ist. Das Verschulden ist also nur ein Bemessungsfaktor von vielen, der – und das ist der entscheidende Unterschied – von Fall zu Fall im **Verhältnis zu den anderen Bemessungskriterien unterschiedliches Gewicht** besitzen kann.⁴⁵ Die tatsächliche **Praxis** sieht im Ergebnis allerdings anders aus. Hier schlägt die Mithaftungsquote in aller Regel voll auf den Schmerzensgeldanspruch durch.

Als Folge der im dogmatischen Ansatz unterschiedlichen Behandlung des Mitverschuldens beim materiellen Schadensersatz einerseits und beim Schmerzensgeld andererseits stellt sich die Frage, ob die **Haftungsquote** auch beim Schmerzensgeld schon Bestandteil eines Feststellungsausspruchs und eines Grundurteils i.S.v. § 304 Abs. 1 ZPO sein kann oder ob sie erst im Rahmen der **Leistungsklage bzw. im Betragsverfahren** eine Rolle spielt.

Ersteres ist der Fall: **Feststellungsausspruch** und **Grundurteil** können – müssen aber nicht in jedem Fall⁴⁶ – auch bezüglich des Schmerzensgeldanspruchs eine Haftungsquote bestimmen, die dann einem künftigen Streit entzogen ist.⁴⁷ Im Rahmen der Leistungsklage bzw. des Betragsverfahrens ist die festgelegte Quote dann als ein Bemessungsfaktor neben anderen zu berücksichtigen.

Da der Schmerzensgeldanspruch ein echter Schadensersatzanspruch ist, trifft den Geschädigten dem Schädiger gegenüber gem. § 254 Abs. 2 S. 1 BGB die Obliegenheit, den Schaden mit **zumutbaren Maßnahmen** zu mindern.⁴⁸ Insbesondere wird vom Verletzten verlangt, dass er, soweit er dazu imstande ist, zur Heilung oder Besserung seiner Krankheit oder Schädigung die nach dem Stand der ärztlichen Wissenschaft sich darbietenden Mittel anwendet; er darf in der Regel nicht anders handeln, als ein verständiger Mensch, der die Nachteile ersatzlos hinzunehmen hat, es bei gleicher Gesundheitsstörung tun würde.⁴⁹ Voraussetzung für die Annahme eines Mitverschuldens in Form eines Verstoßes gegen diese **Schadensminderungsobligogenheit** ist allerdings stets, dass dem Geschädigten die Behandlung zumutbar ist.⁵⁰ Einer ärztlichen Behandlung braucht sich der Geschädigte nur dann zu unterziehen, wenn sie ein-

⁴⁰ BGH, Beschl. v. 21.8.2002 – VI ZR 291/02, BGHSt 47, 378 (381); Urt. v. 21.4.1970 – VI ZR 13/69, VersR 1970, 624 (625).

⁴¹ BGH, Beschl. v. 16.1.2024 – VI ZB 45/23, NJW-RR 2024, 474 Rn 13 f.; Urt. v. 21.4.1970 – VI ZR 13/69, VersR 1970, 624 (625).

⁴² Vgl. dazu BGH, Urt. v. 19.6.2001 – VI ZR 286/00, NJW 2001, 2794, juris Rn 6; v. 15.5.1979 – VI ZR 70/77, NJW 1979, 1933 (1935).

⁴³ BGH, Beschl. v. 16.1.2024 – VI ZB 45/23, NJW-RR 2024, 474; Urt. v. 28.3.2006 – VI ZR 50/05, VersR 2006, 944 Rn 10 f.; OLG Köln, Urt. v. 26.10.1988 – 13 U 123/88, VersR 1989, 206 (207); v. 7.8.1974 – 6 U 137/73, VersR 1975, 543 (544); OLG Düsseldorf, Urt. v. 10.2.1969 – 12 U 229/67, VersR 1969, 643 (644); OLG Celle, Urt. v. 20.5.1968 – 5 U 187/67, NJW 1968, 1785 f.

⁴⁴ BGH, Urt. v. 10.2.2015 – VI ZR 8/14, VersR 2015, 590 Rn 12; v. 10.3.1970 – VI ZR 145/68, VersR 1970, 443 (444).

⁴⁵ BGH, Urt. v. 10.2.2015 – VI ZR 8/14, VersR 2015, 590 Rn 15.

⁴⁶ Vgl. BGH, Urt. v. 10.2.2015 – VI ZR 8/14, VersR 2015, 590 Rn 15, m.w.N.

fach und gefahrlos ist, wenn sie nicht mit besonderen Schmerzen verbunden ist und wenn sie die sichere Aussicht auf Heilung oder wesentliche Besserung bietet.⁵¹

bb) Betriebsgefahr, Tiergefahr

Auch die eigene, mitursächliche **Betriebsgefahr** muss sich der verletzte Kraftfahrer auf seinen Schmerzensgeldanspruch anrechnen lassen.⁵² Ist der verletzte Kraftfahrer nicht der Halter, ist dies nur dann der Fall, wenn er seinerseits für Verschulden (§ 823 BGB) oder vermutetes Verschulden (§ 18 StVG) haftet.⁵³ Entsprechendes gilt, wenn sich bei der Schadensentstehung eine dem Verletzten zurechenbare **Tiergefahr** verwirklicht hat;⁵⁴ trifft den Verletzten allerdings nur die Tiergefahr und den Schädiger (auch) ein Verschulden, so fällt die Tiergefahr entsprechend dem Rechtsgedanken des § 840 Abs. 3 BGB auch beim Schmerzensgeld nicht ins Gewicht.⁵⁵

cc) Schadensanlage und Zurechnungszusammenhang

Der Schädiger hat keinen Anspruch darauf, einen Gesunden zu treffen; allein eine spezielle **Schadensanlage** (Schadensneigung/Prädisposition) des Geschädigten steht der Haftung des Schädigers dem Grunde nach folglich nicht entgegen.⁵⁶ Wegen der Gleichstellung von physischen und psychischen Schäden hat der Schädiger somit auch für eine **psychische Fehlverarbeitung** des Unfallgeschehens einzustehen, wenn hinreichende Gewissheit besteht, dass die konkrete Folge ohne den Unfall nicht eingetreten wäre.⁵⁷

Eine Berücksichtigung solcher psychischen Folgen scheidet nur **ausnahmsweise** unter dem Gesichtspunkt des (fehlenden/unterbrochenen) **Zurechnungszusammenhangs** aus. Dies kann etwa dann der Fall sein, wenn das schädigende Ereignis ganz geringfügig ist, nicht gerade auf eine spezielle Schadensanlage des Geschädigten trifft und deshalb dessen psychische Reaktion in einem groben Missverhältnis zu dem Anlass steht und schlechterdings nicht mehr verständlich ist (**Bagatelle**).⁵⁸ Dies kann ferner der Fall sein, wenn der Geschädigte den Unfall in neurotischem Streben nach Versorgung und Sicherheit lediglich zum Anlass nimmt, den Schwierigkeiten und Belastungen des Erwerbslebens auszuweichen (sog. **Begehrungsneurose**).⁵⁹ Und dies kann schließlich dann der Fall sein, wenn das Vorhandensein der Schadensanlage auch ohne schädigendes Ereignis zum gleichen Schaden geführt hätte, wenn auch zu einem späteren Zeitpunkt (**Reserveursache**/überholende Kausalität). In diesem Fall ist die Schadensersatzpflicht auf die Nachteile beschränkt, die durch den früheren Schadenseintritt bedingt sind.⁶⁰

Am notwendigen inneren Zusammenhang zwischen dem Schutzzweck der verletzten Norm und dem eingetretenen psy-

chischen Schaden soll es nach der Rechtsprechung des BGH ferner fehlen, wenn ein bloß äußerer, gewissermaßen zufälliger Zusammenhang besteht, wie dies etwa dann der Fall sei, wenn der psychische Schaden auf eine Situation zurückgehe, die der Geschädigte in seinem Leben auch sonst üblicher Weise zu gewärtigen habe (**allgemeines Lebensrisiko**).⁶¹ Dies mag für den bloßen Erhalt schlechter Nachrichten aus der Nachbarschaft oder dem Bekanntenkreis ohne Weiteres zutreffen. Ob aber auch die Haftung für eine psychische Gesundheitsbeeinträchtigung nach dem Miterleben eines schweren Unfalls (etwa Flammentod von Pkw-Insassen), ohne dass der Geschädigte an dem Unfall selbst beteiligt war, als Realisierung eines allgemeinen Lebens- oder Berufsrisikos regelmäßig am fehlenden Zurechnungszusammenhang scheitert,⁶² dürfte im Hinblick auf die beabsichtigte Gleichstellung von psychischen und physischen Schäden fraglich geworden sein.⁶³ Denn wäre der zufällige Passant von einem umherfliegenden Glassplitter verletzt worden, stünde eine Haftung des Unfallverursachers wohl außer Frage. Letztlich wird dies aber von einer wertenden Beurteilung des Einzelfalls abhängen.⁶⁴

dd) Arbeitsunfälle (§§ 104 ff. SGB VII)

Ist die Haftung des Schädigers bei Arbeitsunfällen gem. §§ 104 ff. SGB VII ausgeschlossen, so kommt auch ein Anspruch auf Schmerzensgeld nicht in Betracht. Da das Recht der gesetzlichen Unfallversicherung einen Anspruch auf Ersatz immaterieller Schäden nicht kennt, bleiben die immateriellen Einbußen des Verletzten in einem solchen Fall unausgeglichen. Der Ausschluss (auch) von Schmerzensgeldansprüchen ist dennoch verfassungsgemäß.⁶⁵ Wegen der Verschiedenheit der beiden Ordnungssysteme ist es nicht erforderlich, dass der Geschädigte im konkreten Einzelfall tatsächlich Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung erhält.⁶⁶

Das gilt grds. auch für Verkehrsunfälle, die sich als Arbeitsunfälle darstellen. Die in § 636 RVO a.F. vorgesehene Ausnahme von der Haftungsbeschränkung für Arbeitsunfälle bei der „**Teilnahme am allgemeinen Verkehr**“ wurde so nicht in das SGB VII übernommen. Ausgenommen von der Haftungsbeschränkung sind gem. §§ 104 Abs. 1 S. 1, 105 Abs. 1 S. 1 SGB VII allerdings Wegeunfälle i.S.d. § 8 Abs. 2 Nr. 1–4 SGB VII, die keine Arbeitsunfälle i.S.v. § 8 Abs. 1 SGB VII, also keine sog. Betriebswegeunfälle, sind. Die Abgrenzung von **Wegeunfällen**, bei denen Schadensersatz- und damit auch Schmerzensgeldansprüche bestehen (können), und **Betriebswegeunfällen**, bei denen solche Ansprüche ausgeschlossen sind, ist schwierig. Zurückgegriffen werden kann allerdings auf die Kriterien, die die Rechtsprechung zur „Teilnahme am allgemeinen Verkehr“ i.S.d. § 636 RVO a.F. entwickelt hat.⁶⁷ Danach ist von einem Betriebswegeunfall nur dann auszugehen, wenn die gemeinsame Fahrt der Arbeitskollegen selbst als Teil des innerbetrieblichen Organisations- und Funktionsbereichs erscheint, somit durch die Organisation (Werkverkehr, Einsatz eines betriebseigenen Fahrzeugs, Fahrt auf dem Werksge-

⁵¹ BGH, Urt. v. 15.3.1994 – VI ZR 44/93, NJW 1994, 1592 (1593); für psychiatrische Behandlungen vgl. auch BGH, Urt. v. 21.9.2021 – VI ZR 91/19, VersR 2021, 1583 Rn 12.

⁵² BGH, Urt. v. 13.4.1956 – VI ZR 347/54, BGHZ 20, 259 (260 ff.).

⁵³ BGH, Urt. v. 17.11.2009 – VI ZR 64/08, VersR 2010, 268 Rn 13, m.w.N.

⁵⁴ Vgl. BGH, Urt. v. 31.5.2016 – VI ZR 465/15, NJW 2016, 2737 Rn 9; v. 27.10.2015 – VI ZR 23/15, VersR 2016, 60 Rn 26.

⁵⁵ BGH, Urt. v. 31.5.2016 – VI ZR 465/15, NJW 2016, 2737 Rn 13; v. 27.10.2015 – VI ZR 23/15, VersR 2016, 60 Rn 26.

⁵⁶ Zur Berücksichtigungsfähigkeit bei der Bemessung der Höhe s.u. I.6.d.aa.(3).

⁵⁷ BGH, Urt. v. 10.7.2012 – VI ZR 127/11, NJW 2012, 2964 Rn 8; v. 11.11.1997 – VI ZR 376/96, BGHZ 137, 142, juris Rn 15.

⁵⁸ BGH, Urt. v. 26.7.2022 – VI ZR 58/21, NJW 2022, 3509 Rn 25; v. 10.7.2012 – VI ZR 127/11, NJW 2012, 2964 Rn 9.

⁵⁹ BGH, Urt. v. 26.7.2022 – VI ZR 58/21, NJW 2022, 3509 Rn 24; v. 10.7.2012 – VI ZR 127/11, NJW 2012, 2964 Rn 10.

⁶⁰ BGH, Beschl. v. 31.5.2016 – VI ZR 305/15, NJW 2016, 3785 Rn 9.

⁶¹ BGH, Urt. v. 26.7.2022 – VI ZR 58/21, NJW 2022, 3509 Rn 22.

⁶² So BGH, Urt. v. 22.5.2007 – VI ZR 17/06, BGHZ 172, 263 Rn 14.

⁶³ Vgl. in diese Richtung zum Berufsrisiko im Ergebnis großzügiger BGH, Urt. v. 17.4.2018 – VI ZR 237/17, BGHZ 218, 220 Rn 12 ff.

⁶⁴ BGH, Urt. v. 26.7.2022 – VI ZR 58/21, NJW 2022, 3509 Rn 22.

⁶⁵ Vgl. zu den Vorgängervorschriften der §§ 636, 637 RVO: BVerfG, Beschl. v. 7.11.2011 – 1 BvL 4 u. 17/71, 1 BvR 355/71, NJW 1973, 502; ferner (zu § 46 Abs. 2 BeamVG) BVerfG, Beschl. v. 8.1.1992 – 2 BvL 9/88, BVerfGE 85, 176.

⁶⁶ BGH, Urt. v. 8.2.2022 – VI ZR 3/21, NJW 2022, 1526 Rn 31.

⁶⁷ Vgl. etwa BGH, Urt. v. 15.7.2008 – VI ZR 212/07, VersR 2008, 1407 Rn 16; v. 12.10.2000 – III ZR 39/00, VersR 2001, 335 (336); Geigel/Wellner, Haftpflichtprozess, Kap. 31 Rn 89.

lände) als innerbetrieblicher oder innerdienstlicher Vorgang gekennzeichnet oder durch Anordnung des Dienstherrn zur innerbetrieblichen bzw. innerdienstlichen Aufgabe erklärt worden ist.⁶⁸

Besteht zwischen mehreren Schädigern ein (**fiktives**) **Gesamtschuldverhältnis**, so können Ansprüche des Geschädigten gegen einen selbst nicht sozialversicherungsrechtlich haftungsprivilegierten Gesamtschuldner (Zweitschädiger) auf den Betrag beschränkt sein, der auf diesen im Innenverhältnis zu dem anderen Gesamtschuldner (Erstschaädiger) endgültig entfiele, wenn die Schadensverteilung nach § 426 BGB nicht durch eine sozialversicherungsrechtliche Haftungsprivilegierung des Erstschaädigers gestört wäre (**sog. gestörte Gesamtschuld**).⁶⁹ Das gilt auch hinsichtlich des Schmerzensgeldes.

ee) Schmerzensgeld gegenüber dem Ehepartner oder sonstigen Familienangehörigen

Natürlich können auch zwischen Familienangehörigen Schmerzensgeldansprüche bestehen. Zu beachten ist dabei, dass der **Haftungsmaßstab** abgemildert sein kann, insb. gem. § 1359 BGB oder § 1664 BGB. Die genannten Vorschriften werden allerdings, insb. bei Unfällen im (Straßen-)Verkehr, teleologisch reduziert.⁷⁰

Die familienrechtlichen Beziehungen sind bei der **Bemessung** des Schmerzensgeldes zu berücksichtigen. So wäre etwa ein Schmerzensgeld, das mit der Minderung des angemessenen Familienunterhalts erkauft wäre und aus diesem Grund vom Verletzten möglicherweise der Familie wieder zur Verfügung gestellt werden müsste, nicht angemessen und könnte seinen Zweck nicht erfüllen.

Beim Übergang von Ansprüchen zwischen Familienangehörigen und Partnern einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft auf einen Versicherer ist an **§ 86 Abs. 3 VVG** zu denken. Eine entsprechende Regelung für den Anspruchsübergang insb. auf Sozialversicherungsträger und die Bundesagentur für Arbeit findet sich in der – zum 1.1.2021 neu gefassten – Regelung des § 116 Abs. 6 SGB X; für den Schmerzensgeldanspruch spielt sie aber grds. keine Rolle, weil ein Übergang des Schmerzensgeldanspruchs auf Sozialversicherungsträger etc. gem. § 116 Abs. 1 SGB X mangels kongruenter Sozialversicherungsleistung regelmäßig ausscheidet.

c) Verjährungsfragen

Mit dem Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts vom 26.11.2001⁷¹ wurde die nach § 852 BGB a.F. für deliktische Ansprüche geltende Sonderregelung zum 1.1.2002 aufgehoben und die Verjährung deliktischer Ansprüche den – allerdings auch geänderten und der bisherigen deliktsrechtlichen Regelung angenäherten – **allgemeinen Regeln** unterworfen. Darauf gilt nun:

- Gemäß § 195 BGB gilt für den Anspruch auf Schmerzensgeld die **regelmäßige Verjährungsfrist von drei Jahren**. Sie beginnt nach § 199 Abs. 1 BGB mit dem Schluss des Jahres zu laufen, in dem der Anspruch entstanden ist und der Gläubiger von den den Anspruch begründenden Umständen und der Person des Schuldners Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müsste.

- Soweit Ansprüche auf der Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder der Freiheit beruhen, verjähren sie nach § 199 Abs. 2 BGB ohne Rücksicht auf ihre Entstehung und die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis **spätestens in 30 Jahren** von der Begehung der Handlung, der Pflichtverletzung oder dem sonstigen, den Schaden auslösenden Ereignis an.
- Nach § 208 BGB ist die Verjährung von Ansprüchen wegen **Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres** des Gläubigers **gehemmt**; lebt der Gläubiger mit dem Schuldner in häuslicher Gemeinschaft, sogar darüber hinaus bis zur Beendigung der häuslichen Gemeinschaft.
- Schweben zwischen dem Schuldner und dem Gläubiger **Verhandlungen** über den Anspruch oder die den Anspruch begründenden Umstände, so ist die Verjährung nach § 203 S. 1 BGB gehemmt, bis der eine oder der andere Teil die Fortsetzung der Verhandlungen verweigert. Eine Verweigerung der Fortsetzung in diesem Sinne setzt voraus, dass ein Abbruch der Verhandlungen klar und deutlich zum Ausdruck gebracht wird.⁷² Nach § 203 S. 2 BGB tritt die Verjährung frühestens drei Monate nach dem Ende der Hemmung ein.
- Ebenso gehemmt ist gem. § 207 BGB die Verjährung von (hier: Schmerzensgeld-)Ansprüchen **zwischen Ehegatten**, so lange die Ehe besteht, **zwischen Lebenspartnern**, so lange die Lebenspartnerschaft besteht, **zwischen Kind und Eltern** oder dem Ehegatten eines Elternteils bis zur Vollenlung des 21. Lebensjahres des Kindes, **zwischen Vormund und Mündel** während der Dauer der Vormundschaft, **zwischen Betreutem und Betreuer** während der Dauer des Betreuungsverhältnisses und **zwischen Pflegling und Pfleger** während der Dauer der Pflegschaft.
- Macht der Anspruchsteller den **Direktanspruch** gegen den Haftpflichtversicherer des Ersatzpflichtigen aus § 115 Abs. 1 VVG geltend, so ist die Verjährung gem. § 115 Abs. 2 S. 3 VVG bis zum Zugang der Entscheidung des Versicherers in Textform gehemmt. Die Verjährung gegenüber dem Versicherer beginnt mit dem Zeitpunkt, zu dem die Verjährung des Schadensersatzanspruchs gegen den ersatzpflichtigen Versicherungsnehmer beginnt; sie endet jedoch spätestens in zehn Jahren von dem Eintritt des Schadens an (§ 115 Abs. 2 S. 2 VVG).

Bei Altfällen ist die Übergangsvorschrift in Art. 229 § 6 EGBGB zu beachten. Zur Problematik der Verjährung nur vorbehaltener Ansprüche in Abfindungsvergleichen (vgl. unten 9.g).

d) Verkehrsopferhilfe (§ 12 PfIVG)

Der durch den Gebrauch eines Kraftfahrzeugs oder eines Anhängers Geschädigte kann nach § 12 PfIVG unter gewissen Voraussetzungen seine Ansprüche wegen dieses Schadens gegen den „**Entschädigungsfonds** für Schäden aus Kraftfahrzeugunfällen“ geltend machen. Die praktisch wichtigsten Anwendungsfälle sind die Fälle des fehlenden Haftpflichtversicherungsschutzes (§ 12 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 PfIVG) und der Verkehrsunfallflucht (§ 12 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 PfIVG) des Schädigers. Der Anspruch umfasst grds. auch das Schmerzensgeld.

In Fällen der **Verkehrsunfallflucht** sieht § 12 Abs. 2 S. 1 PfIVG hinsichtlich des Schmerzensgeldes allerdings eine Beschränkung vor: Schmerzensgeld kann hier gegen den Entschädigungsfonds nur geltend gemacht werden, wenn und soweit die Leistung einer Entschädigung wegen der besonderen Schwere der Verletzung zur Vermeidung einer groben Unbilligkeit erforderlich ist. Die – nur spärlich vorhandene – (Instanz-)Rechtsprechung nimmt dies an, wenn die gesundheitlichen Folgen des Unfalls deutlich und drastisch über das hinausgehen, was

⁶⁸ Geigel/Wellner, Haftpflichtprozess, Kap. 31 Rn 89.

⁶⁹ BGH, Urt. v. 18.11.2014 – VI ZR 47/13, VersR 2015, 189; Geigel/Wellner, Haftpflichtprozess, Kap. 31 Rn 92 ff.

⁷⁰ Vgl. zu § 1359 BGB etwa BGH, Urt. v. 24.3.2009 – VI ZR 79/08, VersR 2009, 840 (gemeinsames Wasserskifahren); v. 12.12.1991 – III ZR 10/91, VersR 1992, 823 (824); v. 10.7.1974 – IV ZR 212/72, NJW 1974, 2124 (2126); v. 18.6.1973 – III ZR 207/71, VersR 1973, 941 (942) (jeweils Personen- oder Eigentumsschäden im Straßenverkehr).

⁷¹ BGBl I 2001, 3138.

⁷² BGH, Urt. v. 30.6.1998 – VI ZR 260/97, VersR 1998, 1295.

bei täglichen Unfällen im Straßenverkehr auftritt.⁷³ Erforderlich ist danach ein Verletzungsbild, das in seiner Schwere einer Querschnittslähmung, dem Verlust von Gliedmaßen oder Sinnesorganen oder entstellenden Gesichtsnarben gleichkommt, insb. also eine der in § 226 StGB genannten schweren Folgen.⁷⁴

Dass mit dem Schmerzensgeld des Entschädigungsfonds in Fällen der Verkehrsunfallflucht nur unbillige Härten kompensiert werden sollen, zeigt sich in der Praxis auch daran, dass das Schmerzensgeld in diesen Fällen in der Höhe deutlich beschränkt wird. So wird davon ausgegangen, dass vom Entschädigungsfonds nur ungefähr ein Drittel des sonst üblichen Schmerzensgeldes zu zahlen ist.⁷⁵ Andere sind – nach Auffassung der Autoren der „SchmerzensgeldBeträge“ zutreffend – der Meinung, es komme auch insoweit auf die Umstände des Einzelfalles an.⁷⁶

Träger des Entschädigungsfonds ist gem. § 1 der Verordnung über den Entschädigungsfonds für Schäden aus Kraftfahrzeugunfällen vom 14.12.1965⁷⁷ der Verein „Verkehrssopferhilfe“. Er ist erreichbar unter der Postanschrift

Verkehrssopferhilfe,
Wilhelmstraße 43/43 G,
10117 Berlin

und der E-Mail-Adresse

voh@verkehrssopferhilfe.de

Die Internetpräsenz findet sich unter www.verkehrssopferhilfe.de.

6. Bemessung des Schmerzensgeldes

a) Grundsätzliches

§ 253 Abs. 2 BGB und die entsprechenden spezialgesetzlichen Vorschriften sprechen von einer „**billigen Entschädigung in Geld**“. Maßgebliche Billigkeitskriterien sind nach der Rechtsprechung des BGH im Wesentlichen die Schwere der Verletzungen, das durch diese bedingte Leiden, dessen Dauer, das Ausmaß der Wahrnehmung der Beeinträchtigung durch den Verletzten und der Grad des Verschuldens des Schädigers. Dabei geht es dem BGH nicht um eine isolierte Schau auf einzelne Umstände des Falles, sondern um eine **Gesamtbetrachtung aller Umstände** des Einzelfalls. Diese hat der Tatrichter zunächst sämtlich in den Blick zu nehmen, dann die fallprägenden Umstände zu bestimmen und diese im Verhältnis zueinander zu gewichten. Dabei ist in erster Linie die **Höhe und das Maß der entstandenen Lebensbeeinträchtigung** zu berücksichtigen. Auf der Grundlage dieser Gesamtbetrachtung ist eine einheitliche Entschädigung für das sich insgesamt darbietende Schadensbild festzusetzen⁷⁸ (Grundsatz der **Einheitlichkeit des Schmerzensgeldes**⁷⁹).

Die Bestimmung eines Geldbetrags, der nach den für die Schmerzensgeldbemessung geltenden Grundsätzen dem als ausgleichungsbedürftig festgestellten immateriellen Schaden

⁷³ LG Gießen, Urt. v. 4.9.2013 – 5 O 206/13, VersR 2014, 1319 (1320); LG Hamburg, Urt. v. 24.1.1977 – 77 O 63/76, VersR 1977, 674; v. 4.8.1976 – 77 O 64/76, VersR 1977, 581.

⁷⁴ LG Gießen, Urt. v. 4.9.2013 – 5 O 206/13, VersR 2014, 1319 (1320); LG Verden, Urt. v. 10.4.2001 – 4 O 530/00, VersR 2001, 1152 (1153).

⁷⁵ LG Lüneburg, Urt. v. 10.11.2000 – 3 S 38/00, VersR 1152.

⁷⁶ LG Itzehoe, Urt. v. 28.6.1979 – 6 O 273/78, nicht veröffentlicht.

⁷⁷ BGB I 1965, 2093, zuletzt geändert durch VO v. 31.8.2015, BGBI 2015, 1474.

⁷⁸ BGH, Urt. v. 15.2.2022 – VI ZR 937/20, NJW 2022, 1953 Rn 13.

⁷⁹ BGH, Beschl. v. 27.3.2024 – VI ZB 50/22 Rn 12 m.w.N.

entspricht, ist letztlich Sache des **tatrichterlichen Schmerzensgeldbemessens (§ 287 ZPO)**. Diesem Ermessen sind freilich Grenzen gesetzt. Der Tatrichter darf das Schmerzensgeld nicht willkürlich festsetzen, sondern muss zu erkennen geben, dass er sich um eine dem Schadensfall gerecht werdende Entschädigung bemüht hat. Er muss alle genannten Umstände des Einzelfalles vollständig berücksichtigen und darf bei seiner Abwägung nicht gegen Rechtssätze, Denkgesetze und Erfahrungssätze verstößen.

Um dabei auch dem Gleichbehandlungsgrundsatz gerecht zu werden, hat sich der Tatrichter grds. an zu vergleichbaren Fällen ergangenen gerichtlichen Entscheidungen zu orientieren. Genau dies macht **Schmerzensgeldtabelle** wie die nachfolgende zu einem **unverzichtbaren Hilfsmittel im Personenschadensrecht**. Eine schematische Bindung an **Vorentscheidungen** bedeutet dies freilich nicht. Der Tatrichter ist nicht daran gehindert, die von der Rechtsprechung in vergleichbaren Fällen bisher gewährten Beträge in einem vertretbaren Rahmen zu unterschreiten oder über sie hinauszugehen, wenn ihm dies nach Lage des Falles – vor allem in Anbetracht der wirtschaftlichen Entwicklung oder veränderter allgemeiner Wertvorstellungen – geboten erscheint; doch muss er dies dann begründen. In der Rechtsprechung ist eine **Tendenz zu höheren Schmerzensgeldern**, die angesichts der revisionsrechtlich nur eingeschränkten Überprüfbarkeit der tatrichterlichen Schmerzensgeldbemessung (vgl. nachfolgend unter 9. d) von den Tatgerichten ausgehen muss und nicht vom BGH erwartet werden kann, erkennbar. Im Falle schwerster und dauerhafter Schädigungen, die der Geschädigte in jungen Jahren bewusst erlebt und von denen anzunehmen ist, dass sie ihn lebenslang in der Lebensführung beeinträchtigen werden, kann ein Schmerzensgeld von € 800 000 angemessen sein.⁸⁰ Das Landgericht Limburg an der Lahn hat mit Urteil vom 28.6.2021⁸¹ gar ein Schmerzensgeld von € 1 000 000 ausgesprochen: Ein Pflegefehler im Krankenhaus hatte bei dem rund 15 Monate alten Kläger zu einem hypoxischen Hirnschaden mit schwersten Folgen geführt.

Stellt sich in der praktischen Arbeit am Einzelfall die Frage nach dem angemessenen Schmerzensgeld, so empfiehlt sich die Nutzung einer Checkliste, die wie folgt aussehen kann:

Checkliste

1. Verletzung: []
2. Behandlung
 - a) Dauer der Behandlung []
 - b) Umfang der Behandlung []
 - c) Arbeitsunfähigkeit []
3. Person des Verletzten []
4. Dauerschaden []
5. Besondere Umstände des Einzelfalls
 - a) (Medizinische) Schmerzsymptomatik []
 - b) Auswirkungen auf die berufliche, soziale und häusliche Situation []
 - c) Auswirkungen auf Freizeit, Sport und Hobby []
 - d) Psychische Folgen []
 - e) Evtl. physische und psychische Prädispositionen (Vorschäden) []
 - f) Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beim Schädiger []
- g) Mitverschulden des Geschädigten []

⁸⁰ OLG Oldenburg, Urt. v. 18.3.2020 – 5 U 196/18, VersR 2020, 1468.

⁸¹ 1 O 45/15, BeckRS 2021, 16550; siehe Urteil 1220 dieser Ausgabe.

- h) (Vorwerfbare) Verzögerung der Schadensregulierung
- i) Besondere wirtschaftliche Verhältnisse der Beteiligten, ggf. Vorhandensein eines einstandspflichtigen Haftpflichtversicherers

b) Das „taggenaue Schmerzensgeld“

Der 22. Zivilsenat des OLG Frankfurt hat im Jahr 2018 einer in der Literatur⁸² erdachten Idee folgend den Versuch unternommen, das Schmerzensgeld – zunächst lediglich im Rahmen einer sog. Plausibilitätskontrolle, später auch tragend – „taggenau“ zu berechnen,⁸³ also nach bestimmten Tagessätzen. So sollte auf einer ersten Berechnungsstufe ein Betrag von € 150/Tag für den Aufenthalt auf der Intensivstation, € 100/Tag auf der Normalstation, € 60/Tag in der Rehabilitationsklinik und € 40/Tag bei einem GdB von 100 % in Ansatz gebracht und der errechnete Gesamtbetrag sodann auf einer zweiten Stufe – je nach den konkreten Umständen des Streitfalles – um individuelle Zu- und Abschläge korrigiert werden.⁸⁴ Diese Methode ist in der obergerichtlichen Rechtsprechung⁸⁵ auf breite Ablehnung gestoßen, sogar beim OLG Frankfurt selbst.⁸⁶ Auch nach Auffassung der Autoren der „SchmerzensgeldBeträge“ lässt sich dieser **schematisierende Ansatz** mit dem stark **einzelfallbezogenen Ansatz** der Bemessung des Schmerzensgeldes durch den BGH **nicht vereinbaren**.⁸⁷ Wenig überraschend hat der BGH die Methode des „taggenau berechneten Schmerzensgeldes“ deshalb auch verworfen.⁸⁸

c) Vergleichsentscheidungen und Zeitablauf

Bei der gebotenen Heranziehung von gerichtlich entschiedenen Vergleichsfällen als Orientierungshilfe ist – unter mehreren Gesichtspunkten – der seit der jeweiligen Entscheidung eingetretene Zeitablauf zu berücksichtigen.

aa) Allgemeine Geldentwertung

(Umgerechnet) € 10 000 im Jahr 1991 sind deutlich mehr wert als € 10 000 im Jahr 2026. Der in der Vergleichsentscheidung ausgeworfene Schmerzensgeldbetrag ist deshalb auf das aktuelle Preisniveau hochzurechnen. Die „SchmerzensgeldBeträge“ nehmen diese Hochrechnung mithilfe des Verbraucherpreisindexes⁸⁹ vor. Dabei gilt folgende **Formel**:

$$(\text{Geldbetrag alt} \times \text{neuer Indexstand}) / \text{alter Indexstand} = \text{Gesamtbetrag neu}$$

⁸² Schwintowski/C. Schah Sedi/M. Schah Sedi, Handbuch Schmerzensgeld, 1. Aufl. 2013, 2. Aufl. 2020.

⁸³ OLG Frankfurt, Urt. v. 18.10.2018 – 5 U 196/18, VersR 2019, 435 (439 ff.); ebenso in den Urteilen v. 4.6.2020 – 22 U 244/19, VersR 2021, 127 (128 ff.); – 22 U 34/19, zfs 2020, 617 Rn 42 ff.

⁸⁴ OLG Frankfurt, Urt. v. 4.6.2020 – 244/19, VersR 2021, 127 (130); – 22 U 34/19, zfs 2020, 617 Rn 60.

⁸⁵ OLG Oldenburg, Urt. v. 18.3.2020 – 5 U 196/18, VersR 2020, 1468 (1469); OLG München, Urt. v. 25.10.2019 – 10 U 3171/18, zfs 2020, 200 Rn 75 ff.; KG Berlin, Urt. v. 22.5.2019 – 25 U 118/18, Nichtzulassungsbeschwerde zurückgewiesen durch BGH, Beschl. v. 14.7.2020 – VI ZR 249/19, nicht veröffentlicht.

⁸⁶ OLG Frankfurt, Beschl. v. 14.4.2020 – 15 W 18/20, juris Rn 17 f.

⁸⁷ Vgl. auch Wellner, DAR 2020, 26.

⁸⁸ BGH, Urt. v. 15.2.2022 – VI ZR 937/20, NJW 2022, 1953 Rn 12 ff.; v. 22.3.2022 – VI ZR 16/21, NJW 2022, 1957 Rn 11.

⁸⁹ Aktuelle und historische Indexzahlen lassen sich auf der Website des Statistischen Bundesamtes (<https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online>) finden. Bis einschließlich 2018 sind sie auch im bis 2019 herausgegebenen statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland (www.destatis.de/jahrbuch) abgedruckt.

Verbraucherpreisindex für Deutschland bei Bezugsgröße 2020 = 100

Urteile aus den Jahren	Berechnungsfaktor
1991	61,9
1992	65,0
1993	67,9
1994	69,7
1995	71,0
1996	72,0
1997	73,4
1998	74,0
1999	74,5
2000	75,5
2001	77,0
2002	78,1
2003	78,9
2004	80,2
2005	81,5
2006	82,8
2007	84,7
2008	86,9
2009	87,2
2010	88,1
2011	90,0
2012	91,7
2013	93,1
2014	94,0
2015	94,5
2016	95,0
2017	96,4
2018	98,1
2019	99,5
2020	100,0
2021	103,1
2022	110,2
2023	116,7
2024	119,3
2025 (vorläufig, Stand April 2025)	121,7

Berechnungsbeispiel:

Ein durch Urteil aus dem Jahr 2002 ausgeworfener Schmerzensgeldbetrag von € 15 000 entspricht im Jahr 2024 einem Betrag von € 22.413,57.

Formel:

(Geldbetrag alt \times neuer Indexstand) / alter Indexstand = Geldbetrag neu

Berechnung:

$$\frac{(\text{€ } 15\,000 \times 119,3)}{78,1} = \text{€ } 22\,912,93$$

Kaum erörtert und nicht abschließend geklärt ist, welches Zieldatum für die Hochrechnung maßgeblich ist. Ist (nur) auf den Zeitpunkt der Anspruchsentstehung oder aber auf den Schluss der mündlichen Verhandlung in der letzten Tatsacheninstanz

hochzurechnen? Beide Zeitpunkte können mitunter weit auseinanderliegen. Die allgemeinen Grundsätze des Schadensersatzrechts sprechen auf den ersten Blick für Letzteres. Denn danach ist für die Schadensbemessung materiell-rechtlich der **Zeitpunkt des vollen Schadensausgleichs** oder – sollte ein solcher nicht erfolgt sein – prozessual der **Schluss der mündlichen Verhandlung** in der letzten Tatsacheninstanz maßgeblich.⁹⁰ Auch die zur Indexierung bislang veröffentlichten Urteile legen ein solches Vorgehen nahe.⁹¹ Überzeugender erscheint den Autoren der „SchmerzensgeldBeträge“ aber eine Indexierung nur bis zur Entstehung des Anspruchs, somit bis zum Eintritt des Primärschadens. Denn die Geldentwertung nach Anspruchsentstehung wird über Zinsansprüche aufgefangen, die allerdings besondere Voraussetzungen haben. Eine Hochrechnung über den Zeitpunkt der Anspruchsentstehung hinaus hieße, die Geldentwertung beim Schmerzensgeld doppelt zu berücksichtigen.

bb) Sonstiges

Der Zeitablauf kann bei der Bewertung der Bedeutung älterer Entscheidungen aber auch unter **anderen Gesichtspunkten** eine Rolle spielen. So ist zugunsten der Geschädigten etwa die in der Rechtsprechung zu beobachtende Tendenz zu berücksichtigen, bei gravierenden Verletzungen großzügiger als früher zu verfahren. Auch können sich veränderte medizinische Behandlungsmöglichkeiten auf die Höhe des Schmerzensgeldes auswirken. So kommt es heute gegenüber früheren Behandlungsmethoden seltener zu stationären Aufenthalten; von operativen Eingriffen wird heute häufiger abgesehen. In älteren Entscheidungen herangezogene Krankenhausaufenthalte können deshalb heute anders zu gewichten sein.⁹² Auch ein verändertes allgemeines Zinsniveau soll nach Auffassung mancher bei der Heranziehung älterer Entscheidungen zu berücksichtigen sein; danach soll ein niedrigeres Zinsniveau höhere Schmerzensgelder rechtfertigen.⁹³

d) Bemessungsfaktoren im Einzelnen

aa) Ausgleichsfunktion

(1) Dauerschaden

Vorliegen und Umfang eines Dauerschadens gehören zu den wichtigsten Faktoren bei der Bemessung des Schmerzensgeldes. Im Gegensatz zu der abstrakt berechneten Erwerbsminderung in der Unfallversicherung kommt es hier auf die **persönlichen Verhältnisse** des konkreten Verletzten an.⁹⁴ So sind etwa auch Beruf und persönliche Neigungen des Verletzten sowie die Auswirkungen des Dauerschadens hierauf zu berücksichtigen.

(2) Spätfolgen

Da es sich beim Anspruch auf Schmerzensgeld materiell-rechtlich um einen das gesamte Schadensbild erfassenden einheitlichen Anspruch, der aufgrund einer Gesamtbetrachtung aller Umstände des Einzelfalles zu bemessen ist, handelt (**Einheit-**

lichkeit des Schmerzensgeldes), sind auch alle **vorhersehbaren künftigen Folgen der Rechtsgutsverletzung** in die Bemessung einzubeziehen. Ausgeschlossen sind nur solche Umstände, mit denen nicht oder nicht ernstlich zu rechnen ist.⁹⁵ Besondere Bedeutung hat dies für die in erster Linie prozessrechtliche Frage, ob und unter welchen Bedingungen nach einem rechtskräftig zuerkannten Schmerzensgeld noch ein „Nachschlag“ verlangt werden kann (vgl. hierzu nachfolgend unter 9. b).

(3) Schadensanlage

Wie ausgeführt (oben I.5.b.cc) schützt die bloße Schadensanfälligkeit des Geschädigten den Schädiger grundsätzlich nicht vor einer Haftung dem Grunde nach. Sie kann jedoch bei der Bemessung der **Höhe** eines der Billigkeit entsprechenden Schmerzensgeldes Berücksichtigung finden.⁹⁶

(4) Soziale Belastungen

Bei der Bemessung des Schmerzensgeldes können auch die aus der Rechtsgutsverletzung resultierenden sozialen Belastungen, wie z.B. Störungen in der Ausbildung oder in der beruflichen Tätigkeit, verminderte Heiratsaussichten, Beeinträchtigungen im gesellschaftlichen Leben oder die Aufgabe eines Sports zu berücksichtigen sein.⁹⁷

(5) Alter des Verletzten

Das Alter des Verletzten kann im Rahmen der Ausgleichsfunktion des Schmerzensgeldes ebenfalls zu berücksichtigen sein. Die Rechtsprechung ist sich darin einig, dass ein **jünger Mensch**, der einen schweren Dauerschaden erlitten hat, mehr Schmerzensgeld bekommen muss, weil er noch lange an den Verletzungsfolgen zu tragen hat.⁹⁸

Die Berücksichtigung des Lebensalters bei **älteren Menschen** variiert. Einige Gerichte vertreten die Auffassung, dass sich ein schwerer Dauerschaden bei einem höheren Lebensalter wegen der geringeren Lebenserwartung weniger auf die Höhe des Schmerzensgeldes auswirkt,⁹⁹ und können sich dabei auf ein Urteil des BGH aus dem Jahr 1991 stützen.¹⁰⁰ Berger¹⁰¹ hat die Erwägung, dass der alte Mensch Dauerschäden nicht mehr lange zu ertragen braucht, in einem häufig zitierten Beitrag schon im Jahr 1977 als „makabre Erwägung und Begründung“ bezeichnet. Vielleicht auch vor dem Hintergrund des darin zum Ausdruck kommenden Störgefühls gehen andere Gerichte davon aus, dass sich gerade im höheren Lebensalter die Verletzung und ihre Folgen besonders schwerwiegend auswirken, weil das fortgeschrittene Lebensalter den Heilungsverlauf erschwert und sich ein jüngerer Mensch eher an neue Gegeben-

⁹⁵ Vgl. nur BGH, Urt. v. 20.1.2015 – VI ZR 27/14, VersR 2015, 772 Rn 8.

⁹⁶ BGH, Urt. v. 6.12.2022 – VI ZR 168/21, BGHZ 235, 239 Rn 33; v. 11.11.1997 – VI ZR 376/96, BGHZ 137, 142, juris Rn 26.

⁹⁷ Vgl. nur BGH, Urt. v. 15.2.2022 – VI ZR 937/20, NJW 2022, 1953 Rn 20; OLG Celle, Urt. v. 28.5.2014 – 14 U 165/13, juris Rn 24; LG Kiel, Urt. v. 29.10.2019 – 8 O 254/16, juris Rn 41; LG Offenburg, Urt. v. 30.7.2019 – 3 O 311/15, juris Rn 40.

⁹⁸ OLG Oldenburg, Urt. v. 18.3.2020 – 5 U 196/18, VersR 2020, 1468 (1470); OLG Düsseldorf, Urt. v. 25.10.2016 – 1 U 20/16, juris Rn 33; OLG Celle, Urt. v. 28.5.2014 – 14 U 165/13, juris Rn 24; LG Kiel, Urt. v. 29.10.2019 – 8 O 254/16, juris Rn 41; LG Offenburg, Urt. v. 30.7.2019 – 3 O 311/15, juris Rn 40.

⁹⁹ OLG Düsseldorf, Urt. v. 6.4.2021 – 1 U 62/20, juris Rn 57; OLG Naumburg, Urt. v. 10.7.2014 – 2 U 101/13, VersR 2015, 505 (507).

¹⁰⁰ BGH, Urt. v. 15.1.1991 – VI ZR 163/90, VersR 1991, 350 (351).

¹⁰¹ Berger, VersR 1977, 877 (880).

heiten anpasst als ein älterer.¹⁰² Letztlich dürften beide Aspekte, die sich im Übrigen gar nicht gegenseitig ausschließen, nicht von vornherein von der Hand zu weisen sein. Welchen Einfluss sie auf die Bemessung des konkreten Schmerzensgeldes im Einzelfall haben, wird sich nur anhand der besonderen Umstände des jeweiligen Einzelfalls beurteilen lassen.¹⁰³

(6) Verlust der subjektiven Empfindungsmöglichkeit

Gerade bei sehr schweren Verletzungen kann sich der Geschädigte in einem Zustand befinden, in dem alle Wahrnehmungsfunktionen so weit erloschen sind, dass er die Vorteile eines Schmerzensgeldes nicht mehr genießen kann. Seit seiner Grundsatzentscheidung vom 13.10.1992¹⁰⁴ geht der BGH davon aus, dass auch in solchen Fällen der **Ausgleich** für diese immateriellen Einbußen nicht in der Weise vorzunehmen ist, dass der weitgehende Wegfall der Empfindungsfähigkeit des Verletzten schmerzensgeldmindernd zu berücksichtigen ist. Vielmehr ist im Rahmen der vorzunehmenden Gesamtwürdigung in einem solchen Fall in den Blick zu nehmen, dass die Zerstörung von Persönlichkeit und Empfindungsfähigkeit des Verletzten im Mittelpunkt des Schadensbildes steht, das es auszugleichen gilt. Für eine lediglich symbolhafte Wiedergutmachung, wie sie der BGH vor 1992 in solchen Fällen für richtig hielt,¹⁰⁵ ist mithin kein Platz. Keine Rolle spielt in solchen Fällen freilich die **Genugtuungsfunktion**, fehlt dem Verletzten doch gerade die Fähigkeit, ein Empfinden der Genugtuung durch eine Schmerzensgeldzahlung zu empfinden.¹⁰⁶

(7) Schmerzensgeld in Todesfällen

Weder der Tod noch die Verkürzung der Lebenserwartung an sich rechtfertigen nach der Wertung des Gesetzgebers ein Schmerzensgeld. Maßgeblich ist die tatsächliche Lebensdauer des Verletzten, nicht die normalerweise zu erwartende. Die Bemessung des Schmerzensgeldes für eine Körperverletzung, an deren Folgen der Verletzte alsbald verstirbt, erfordert nach der Rechtsprechung des BGH¹⁰⁷ eine **Gesamtbetrachtung der immateriellen Beeinträchtigung unter besonderer Berücksichtigung von Art und Schwere der Verletzungen**, des hierdurch bewirkten Leidens und dessen Wahrnehmung durch den Verletzten, **wie auch des Zeitraums zwischen Verletzung und Eintritt des Todes**. Ein Anspruch auf Schmerzensgeld kann danach zu verneinen sein, wenn die Körperverletzung nach den Umständen des Falles gegenüber dem alsbald eintretenden Tod keine abgrenzbare immaterielle Beeinträchtigung darstellt, sondern vielmehr ein notwendiges Durchgangsstadium ist, das aus Billigkeitsgründen einen Ausgleich in Geld nicht erforderlich macht. Nach in der obergerichtlichen Rechtsprechung vertretener Auffassung¹⁰⁸ kann im Rahmen der auch

insoweit erforderlichen Betrachtung der besonderen Umstände des Einzelfalls insb. bei vorsätzlichen Taten mit Todesfolge aber die Genugtuungsfunktion besondere Bedeutung gewinnen und ein Schmerzensgeld rechtfertigen.

Das Schmerzensgeld ist nicht deshalb geringer zu bemessen, weil es nicht dem Verletzten, sondern nach dessen Tod seinen Erben zukommt.¹⁰⁹

Folgende Beispiele sollen die – durchaus uneinheitliche – Handhabung von Schmerzensgeldern bei zum Tode führenden Verletzungen illustrieren:

- **€ 200 000** (Jahr der Entscheidung: 2005) für schwerste Verletzungen, insb. Hirnverletzungen mit der Folge eines apallischen Syndroms, **Tod nach 2 ¾ Jahren**.¹¹⁰
- **€ 150 000** (2012) für apallisches Syndrom nach Verkehrsunfall mit Hirnblutung, **Tod nach ca. einem Jahr**.¹¹¹
- **€ 100 000** (2007) für groben ärztlichen Behandlungsfehler, wodurch ein bösartiges Karzinom in der Brust einer Frau nicht erkannt wurde, **Tod nach vier Jahren**.¹¹²
- **€ 100 000** (2008) für Herzinfarkt mit nachfolgendem hypoxischen Hirnschaden, **Tod nach 3 ½ Jahren**.¹¹³
- **€ 75 000** (2019) für Koma nach Hirnschädigung bei Verkehrsunfall, Mitverschulden 1/3, **Tod nach 22 Monaten**.¹¹⁴
- **€ 75 000** (DM 150 000, 1997) für multiple Frakturen, Lungenkontusion, Gehirnverletzungen mit weitgehender Einbuße der Persönlichkeit; es bestand eine gewisse Erlebnis- und Empfindungsfähigkeit bis zum **Tod nach 21 Monaten**.¹¹⁵
- **€ 67 500** (DM 135 000, 1997) für komatösen Zustand nach Verabreichung einer Injektion, **Tod nach fünf Wochen**.¹¹⁶
- **€ 50 000** (2012) für vorsätzlich begangene Körperverletzung, **Tod nach ca. 30 Minuten**.¹¹⁷
- **€ 40 000** (2013) für Locked-in-Syndrom nach ärztlichem Behandlungsfehler (Befunderhebungsfehler), **Tod nach ca. neun Monaten**.¹¹⁸
- **€ 40 000** (2002) für Tod aufgrund Leberzirrhose nach grob fehlerhaft ärztlicher Behandlung.¹¹⁹
- **€ 25 000** (DM 50 000, 1996) für schwere Gehirnschäden i.S.e. apallischen Syndroms mit Bewegungsunfähigkeit, **Tod nach 5 ½ Monaten**.¹²⁰
- **€ 25 000** (DM 50 000, 1995) für Koma mit Schmerzempfindung, **Tod nach fast zehn Monaten**.¹²¹
- **€ 20 000** (2005) für brutale Misshandlungen, **Tod nach 36 Stunden**.¹²²

¹⁰² Vgl. etwa OLG Köln, Urt. v. 29.9.2006 – 19 U 193/05, VersR 2007, 259 (260); AG Hanau, Urt. v. 30.9.2005 – 37 C 584/05, SP 2006, 7.

¹⁰³ Vgl. etwa auch OLG Koblenz, Urt. v. 17.3.2021 – 5 U 1651/19, juris Rn 86, das die einem Geschädigten mit geringer restlicher Lebenserwartung durch einen ärztlichen Fehler genommene Möglichkeit, seine Angelegenheiten vor seinem Tod im Angesicht der Grunderkrankung selbstbestimmt zu regeln, als „schmerzensgeldbestimmend“ würdigt.

¹⁰⁴ BGH, Urt. v. 13.10.1992 – VI ZR 201/91, BGHZ 120, 1 (4 ff.).

¹⁰⁵ Vgl. nur BGH, Urt. v. 22.6.1982 – VI ZR 247/80, VersR 1982, 880 f.

¹⁰⁶ BGH, Urt. v. 13.10.1992 – VI ZR 201/91, VersR 1993, 327 (330), insoweit nicht abgedr. in BGHZ 120, 1.

¹⁰⁷ BGH, Urt. v. 12.5.1998 – VI ZR 182/97, BGHZ 138, 388 (391 ff.); v. 8.2.2022 – VI ZR 409/19, NJW 2022, 1443 Rn 21; ferner OLG Düsseldorf, Urt. v. 20.8.2018 – 22 U 224/17, juris Rn 65 ff.

¹⁰⁸ OLG Düsseldorf, Urt. v. 20.8.2018 – 22 U 224/17, juris Rn 68 ff.; OLG Bremen, Beschl. v. 16.3.2012 – 3 U 6/12, VersR 2012, 1046.

¹⁰⁹ OLG Düsseldorf, Urt. v. 20.8.2018 – 22 U 224/17, juris Rn 70; OLG Saarbrücken, Urt. v. 30.7.1993 – 3 U 43/93–9, nicht veröffentlicht; KG, Urt. v. 26.2.1973 – 12 U 1193/72, VersR 1974, 249 (250).

¹¹⁰ LG Trier, Urt. v. 20.7.2005 – 5 O 61/04, nicht veröffentlicht.

¹¹¹ OLG München, Beschl. v. 3.8.2012 und 25.9.2012 – 10 U 2195/11, nicht veröffentlicht.

¹¹² OLG Jena, Urt. v. 23.5.2007 – 4 U 437/04, VersR 2008, 401.

¹¹³ OLG Hamm, Urt. v. 1.9.2008 – 3 U 245/07, juris.

¹¹⁴ OLG München, Urt. v. 6.12.2019 – 10 U 2848/19, NJW 2020, 1685.

¹¹⁵ OLG Karlsruhe, Urt. v. 11.7.1997 – 10 U 15/97, VersR 1998, 1256.

¹¹⁶ OLG Düsseldorf, Urt. v. 24.4.1997 – 8 U 173/96, MDR 1998, 470.

¹¹⁷ OLG Bremen, Beschl. v. 16.3.2012 – 3 U 6/12, VersR 2012, 1046.

¹¹⁸ OLG Hamm, Urt. v. 12.8.2013 – 3 U 122/12, GesR 2013, 728.

¹¹⁹ OLG Hamm, Urt. v. 6.11.2002 – 3 U 50/02, VersR 2004, 1321.

¹²⁰ OLG München, Urt. v. 3.5.1996 – 10 U 6205/95, VersR 1998, 644.

¹²¹ OLG Celle, Beschl. v. 19.6.1995 – 9 U 11/95, OLGR Celle 1995, 211.

¹²² OLG Naumburg, Beschl. v. 7.3.2005 – 12 W 118/04, NJW-RR 2005, 900.

- € 17 500 (DM 35 000, 1995) für dauerndes Koma, **Tod nach 3 ½ Monaten**.¹²³
- € 15 000 (2011) für erhebliche Beschwerden nach einer fehlerhaften Operation, **Tod nach drei Wochen**.¹²⁴
- € 15 000 (DM 30 000, 2011) für apallisches Syndrom eines 5 ½-jährigen Jungen, **Tod nach 1 ¼ Jahren**.¹²⁵
- € 15 000 (DM 30 000, 2000) für Schädel-Hirn-Trauma und schwere innere Verletzungen eines 16-jährigen Jungen, wobei der Junge zwischenzeitlich zum Teil bei Bewusstsein und ansprechbar war und Reaktionen und Schmerzreize zeigte, **Tod nach acht Tagen**.¹²⁶
- € 14 000 (DM 28 000, 1997) für schwerste Verletzungen, aufgrund derer der Verletzte eine halbe Stunde nach dem Unfall in ein bis zum Tod andauerndes künstliches Koma versetzt wurde, **Tod nach zehn Tagen**.¹²⁷
- € 10 000 (2018) für Todesangst (und Schmerzen) im Rahmen eines mehraktigen Tötungsgeschehens, **Tod (wohl) innerhalb von Minuten**.¹²⁸
- € 10 000 (2006) für die psychische Gesundheitsschädigung aufgrund Todesangst während der Absturzphase eines Privatflugzeugs, **Tod nach zehn Sekunden**.¹²⁹
- € 10 000 (2006) für schwerste Verletzungen beim Sturz von einem Berg, Bewusstlosigkeit bis zum **Tod nach 25 Tagen**.¹³⁰
- € 7 500 (2019) für 16-jähriges Kind, das kurzzeitig bei Bewusstsein unter einem Lkw eingeklemmt, dann bis zum **Tod nach zwei Stunden** bewusstlos war.¹³¹
- € 6 000 (DM 12 000, 2000) für schwerste Verletzungen, die unmittelbar nach dem Unfall zum Verlust des Bewusstseins führten, **Tod nach acht Tagen**.¹³²
- € 6 000 (2009) für schwerste Verletzungen mit starken Schmerzen, „nicht gleich bewusstlos“, **Tod nach zwei Stunden**.¹³³
- € 5 000 (DM 10 000, 2002) für schweren Volumenmangelschock bei Säugling, **Tod drei Tage nach Geburt**.¹³⁴
- € 5 000 (DM 10 000, 1998) für **Tod** durch Ertrinken **nach 35 Stunden** ohne Erlangung des Bewusstseins.¹³⁵
- € 5 000 (2014) für schwerste Hirnschädigung nach Hypoxie mit Bewusstlosigkeit bis zum **Tod nach neun Stunden**.¹³⁶
- € 5 000 (2007) für bewusstes Erleben des Todeskampfes nach Herzinfarkt, **Tod nach 15–30 Sekunden**.¹³⁷
- € 5 000 (2009) für schweres Schädel-Hirn-Trauma mit Erleben von erheblichen Schmerzen, **Tod nach zwei Stunden**.¹³⁸

¹²³ OLG Oldenburg, Urt. v. 27.6.1995 – 5 U 30/95, VersR 1996, 726.

¹²⁴ LG Mönchengladbach, Urt. v. 14.9.2011 – 6 O 171/09, nicht veröffentlicht.

¹²⁵ OLG Köln, Urt. v. 2.6.1993 – 13 U 18/93, VersR 1994, 1082.

¹²⁶ OLG Hamm, Urt. v. 9.8.2000 – 13 U 58/00, DAR 2000, 570.

¹²⁷ OLG Hamm, Urt. v. 21.1.1997 – 9 U 161/96, NZV 1997, 233.

¹²⁸ OLG Düsseldorf, Urt. v. 20.8.2018 – 22 U 224/17, juris.

¹²⁹ OLG Düsseldorf, Urt. v. 12.10.2011 – 18 U 216/10, juris.

¹³⁰ OLG Stuttgart, Urt. v. 26.7.2006 – 3 U 65/06, NJW 2007, 1367.

¹³¹ LG Leipzig, Urt. v. 8.11.2019 – 5 O 758/19, DAR 2021, 95.

¹³² OLG Koblenz, Urt. v. 18.11.2002 – 12 U 566/01, zfs 2003, 73.

¹³³ OLG Frankfurt, Urt. v. 14.9.2009 – 1 U 309/08, BeckRS 2009, 25516.

¹³⁴ OLG Bremen, Urt. v. 26.3.2002 – 3 U 84/01, VersR 2003, 779.

¹³⁵ KG Berlin, Urt. v. 20.11.1998 – 25 U 8244/97, VersR 2000, 734.

¹³⁶ OLG Karlsruhe, Urt. v. 26.2.2014 – 7 U 30/11, juris.

¹³⁷ LG Siegen, Urt. v. 10.7.2007 – 2 O 307/05, nicht veröffentlicht.

¹³⁸ LG Karlsruhe, Urt. v. 23.1.2009 – 3 O 172/08, VersR 2009, 1397.

- € 4 000 (2007) für schwerste Verletzungen mit starken Schmerzen bei vollem Bewusstsein, **Tod nach drei Stunden**.¹³⁹
- € 2 500 (DM 5 000, 2001) für Schädelverletzungen, HWS-Fraktur und Oberschenkelfraktur mit Bewusstlosigkeit bis zum **Tod nach 30 Minuten** bei Mithaftung von 1/3.¹⁴⁰
- € 2 500 (DM 5 000, 1997) für lebensgefährliche Verletzungen mit Bewusstlosigkeit bis zum **Tod nach einer Stunde**.¹⁴¹

bb) Genugtuungsfunktion

(1) Verschulden des Schädigers

Mit Blick auf die **Genugtuungsfunktion** des Schmerzensgeldes sind auch die Art und der Grad des Verschuldens des Schädigers bei der Bemessung des Schmerzensgeldes zu berücksichtigen. Das Tatgericht hat vor diesem Hintergrund die Möglichkeit, das Schmerzensgeld im Falle vorsätzlicher Verletzungen, insb. im Falle vorsätzlicher Straftaten, aber auch im Falle grob fahrlässigen Verhaltens des Schädigers höher zu bemessen als im Falle einfach fahrlässigen oder – falls für eine Haftung des Grunde nach überhaupt ausreichend – schuldlosen Verhaltens.¹⁴² Dies gilt auch für Arzthaftungssachen, wobei zu beachten ist, dass der dort vor allem für die Frage der Beweislast in Bezug auf die haftungsbegründende Kausalität relevante Begriff des (objektiv) groben Behandlungsfehlers nicht mit der für die Genugtuungsfunktion relevanten groben Fahrlässigkeit gleichgesetzt werden darf.¹⁴³ Erwähnenswert erscheint in diesem Zusammenhang schließlich ein Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt vom 29.8.2005,¹⁴⁴ dem sich entnehmen lässt, dass der dortige Senat das bei alleinigem Abstellen auf die Ausgleichsfunktion angemessene Schmerzensgeld (nahezu) verdoppelt hat, weil der Unfall von einem erheblich alkoholisierten Geisterfahrer grob fahrlässig herbeigeführt worden war. Im Falle einfachen Verschuldens oder bloßer Gefährdungshaftung tritt der Genugtuungsgedanke in den Hintergrund.

Da auch einer **strafrechtlichen Verurteilung** eine Genugtuungsfunktion zukommt, stellt sich die Frage, ob eine solche Verurteilung des Schädigers schmerzensgeldmindernd zu berücksichtigen ist. Der BGH hat dies verneint.¹⁴⁵

(2) Anlass des Unfalls oder der Verletzungshandlung

Auch auf den Anlass des Unfalls oder der Verletzung kann es unter Umständen ankommen. So können Handlungen nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung¹⁴⁶ auch bei gleichem Verschuldensgrad ein ganz unterschiedliches Gepräge haben, je nachdem, ob sie etwa bei der Befriedigung eines **Vergnügens** oder im Zusammenhang mit Berufsausübung, Nothilfeleistung oder einer sonstigen **notwendigen Betätigung** erfolgen. Dies gilt ganz besonders, wenn es zur unerlaubten Handlung im Rahmen einer Tätigkeit kommt, die der Schädiger aus Entge-

¹³⁹ LG Limburg, Urt. v. 16.5.2007 – 2 O 368/06, SP 2007, 389.

¹⁴⁰ OLG Hamm, Urt. v. 22.2.2001 – 6 U 29/00, NZV 2002, 234.

¹⁴¹ OLG Hamm, Urt. v. 21.1.1997 – 9 U 161/96, NZV 1997, 233.

¹⁴² Vgl. BGH, Beschl. d. Vereinigten Großen Senate v. 16.9.2016 – VGS 1/16, BGHZ 212, 48 Rn 55; BGH, Beschl. d. Großen Senats für Zivilsachen v. 6.7.1955 – GSZ 1/55, BGHZ 18, 149 (155); OLG Saarbrücken, Urt. v. 26.2.2015 – 4 U 26/14, NJW-RR 2015, 1119 Rn 44 ff.

¹⁴³ BGH, Urt. v. 8.2.2022 – VI ZR 409/19, NJW 2022, 1443 Rn 13 ff.

¹⁴⁴ OLG Frankfurt, Urt. v. 29.8.2005 – 12 U 190/04, zfs 2005, 597.

¹⁴⁵ BGH, Urt. v. 16.1.1996 – VI ZR 109/95, VersR 1996, 382 f.

¹⁴⁶ BGH, Beschl. d. Großen Senats für Zivilsachen v. 6.7.1955 – GSZ 1/55, BGHZ 18, 149 (158 f.).

genkommen gegenüber dem Verletzten ausübt, etwa bei einer **Gefälligkeitsfahrt**.¹⁴⁷

(3) Wirtschaftliche Verhältnisse des Geschädigten und des Schädigers und Bestehen einer Versicherung

Dass bei der Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles im Rahmen des § 253 Abs. 2 BGB auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Beteiligten und das Bestehen einer Haftpflichtversicherung eine Rolle spielen können, ist für die Rechtsprechung mit den Beschlüssen des Großen Senats für Zivilsachen des BGH vom 6.7.1955¹⁴⁸ und der Vereinigten Großen Senate des BGH vom 16.9.2016¹⁴⁹ geklärt. In der **Regel** steht allerdings die infolge der Schädigung erlittene Lebenshemmung im Vordergrund. **Feststellungen zu den wirtschaftlichen Verhältnissen** von Schädiger und Geschädigtem sowie Ausführungen zu deren Einfluss auf die Bemessung der billigen Entschädigung sind daher – auch im Strafurteil, wenn es um einen Adhäsionsantrag geht – nur dann geboten, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse dem Einzelfall ein besonderes Gepräge geben und deshalb bei der Entscheidung ausnahmsweise von Bedeutung sind.¹⁵⁰

(4) Zögerliches Regulierungsverhalten

In der Rechtsprechung ist anerkannt, dass sich ein zögerliches Regulierungsverhalten des Schädigers bzw. seines Haftpflichtversicherers schmerzensgelderhörend auswirken kann.¹⁵¹ Der „**Verzögerungszuschlag**“ setzt allerdings voraus, dass sich der leistungsfähige Schuldner einem **erkennbar begründeten Anspruch** ohne schutzwürdiges Interesse widersetzt. Die Erhöhung des Schmerzensgeldes hat dabei – mag die instanzgerichtliche Praxis mitunter auch einen anderen Eindruck vermitteln – keinen Sanktionscharakter. Sie ist nur dann gerechtfertigt, wenn die verzögerte Zahlung das von § 253 BGB geschützte Interesse des Gläubigers beeinträchtigt. Davon ist etwa dann auszugehen, wenn der Geschädigte unter der langen Dauer der Schadensregulierung leidet oder er den Schadensersatz dazu verwenden könnte, die Auswirkungen seiner gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu lindern.¹⁵² Erforderlich ist ein entsprechender Prozessvortrag des Anspruchstellers, der – falls wirksam bestritten – von ihm zu beweisen ist.

¹⁴⁷ Vgl. auch OLG Koblenz, Urt. v. 10.3.1997 – 12 U 576/96, Ifd. Nummer 1260 der Schmerzensgeldtabelle; a.M. OLG Hamm, Urt. v. 3.3.1998 – 27 U 185/97, NJW-RR 1998, 1179 (1180 f.) mit wenig überzeugender Begründung; für den konkreten Fall (keine Bedeutung der Gefälligkeitsfahrt bei alkoholbedingter Fahruntüchtigkeit des Schädigers) überzeugender: OLG Saarbrücken, Urt. v. 9.3.1973 – 3 U 2/72, VersR 1975, 430 (431).

¹⁴⁸ GSZ 1/55, BGHZ 18, 149.

¹⁴⁹ VGS 1/16, BGHZ 212, 48.

¹⁵⁰ BGH, Beschl. d. Vereinigten Großen Senate v. 16.9.2016 – VGS 1/16, BGHZ 212, 48 Rn 72.

¹⁵¹ BGH, Urt. v. 2.12.1966 – VI ZR 88/66, VersR 1967, 256, juris Rn 21; OLG Zweibrücken, Urt. v. 23.6.2021 – 1 U 20/20, juris Rn 36; OLG München, Urt. v. 2.6.2021 – 10 U 7288/20, juris Rn 38 ff.; OLG Hamm, Urt. v. 5.3.2021, juris Rn 23; OLG Karlsruhe, Urt. v. 16.7.2019 – 14 U 60/16, juris Rn 57; OLG Hamm, Urt. v. 15.2.2019 – 11 U 136/16, juris Rn 71 ff. Soweit der BGH die Frage in einer späteren Entscheidung (Urt. v. 12.7.2005 – VI ZR 83/04, VersR 2005, 1559, juris Rn 41, nicht abgedr. in BGHZ 163, 351) offengelassen hat, bezog sich dies auf einen schon dem Grunde nach und im Tatsächlichen streitigen Anspruch.

¹⁵² OLG Saarbrücken, Urt. v. 27.7.2010 – 4 U 585/09, NJW 2011, 933 (936); LG Hamburg, Urt. v. 7.9.2018 – 302 O 206/16, juris Rn 19.

Ausdrücklich benannt wurden **Erhöhungsbeträge** für die Verzögerung der Schadensregulierung etwa in Entscheidungen des OLG Hamm,¹⁵³ des OLG Frankfurt,¹⁵⁴ des OLG Naumburg,¹⁵⁵ des OLG München¹⁵⁶ und des LG Frankfurt/Oder.¹⁵⁷ Auch wenn dies methodisch angesichts der stets vorzunehmenden Gesamtwürdigung nicht in jeder Hinsicht zu überzeugen vermag, sollen die Ergebnisse nicht vorenthalten werden: Die Schmerzensgelder wurden wegen des zögerlichen Regulierungsverhaltens des jeweils beklagten Versicherers **um € 30 000** (von € 400 000 auf € 430 000, OLG Hamm vom 15.2.2019), **um DM 30 000** (von DM 370 000 auf DM 400 000, OLG Frankfurt), **um DM 25 000** (von DM 225 000 auf DM 250 000, OLG Hamm vom 13.2.1997), **um € 10 000** (von € 250 000 auf € 260 000, LG Frankfurt/Oder) und **um € 2000** (von € 80 000 auf € 82 000, OLG Naumburg, bzw. von € 110 000 auf € 112 000, OLG München) erhöht.

e) Ausschluss des Schmerzensgeldanspruchs bei geringfügigen Verletzungen

Der Regierungsentwurf zu § 253 Abs. 2 BGB n.F.¹⁵⁸ sah ein Schmerzensgeld nur vor, wenn die Verletzung der von der Vorschrift geschützten Rechtsgüter entweder vorsätzlich herbeigeführt wird oder der Schaden unter Berücksichtigung seiner Art und Dauer nicht unerheblich ist. Diese Beschränkung wurde auf die entsprechende Empfehlung des Rechtsausschusses des Bundestages¹⁵⁹ gestrichen. Begründet wurde dies mit der Erwagung, die Festschreibung einer Bagatellschwelle sei nicht erforderlich, weil die Rechtsprechung bisher auch ohne eine solche Regelung zu angemessenen Ergebnissen gelange. Der Rechtsprechung solle die Möglichkeit eingeräumt werden, die – von ihr bereits geschaffene – **Bagatellgrenze** selbst fortzuentwickeln. Der Gesetzgeber geht somit von einer auch ohne ausdrückliche Regelung bestehenden Bagatellgrenze aus. Dementsprechend hält sich das Tatgericht im Rahmen seines ihm eingeräumten Ermessens, wenn es bei geringfügigen Verletzungen ohne wesentliche Beeinträchtigungen der Lebensführung und ohne Dauerfolgen prüft, ob es sich – wie etwa Kopfschmerzen und Schleimhautreizungen – nur um vorübergehende, im Alltagsleben typische und häufig auch aus anderen Gründen als einem besonderen Schadensfall entstehende Beeinträchtigungen des körperlichen und seelischen Wohlbefindens handelt, die im Einzelfall weder unter dem Gesichtspunkt der Ausgleichs- noch der Genugtuungsfunktion ein Schmerzensgeld als billig erscheinen lassen.¹⁶⁰

f) Kapitalabfindung oder Rente?

Regelmäßig wird das Schmerzensgeld in Form einer Kapitalabfindung gewährt. In besonderen Fällen¹⁶¹ kommt aber jedenfalls

¹⁵³ OLG Hamm, Urt. v. 15.2.2019 – 11 U 136/16, juris; v. 13.2.1997 – 27 U 133/96, Ifd. Nr. 2960 der Schmerzensgeldtabelle.

¹⁵⁴ OLG Frankfurt, Urt. v. 22.9.1993 – 9 U 75/92, DAR 1994, 21.

¹⁵⁵ OLG Naumburg, Urt. v. 21.8.2017 – 1 U 58/17, DAR 2018, 631 (634).

¹⁵⁶ OLG München, Urt. v. 24.7.2015 – 10 3313/13, SP 2016, 9.

¹⁵⁷ LG Frankfurt/O., Urt. v. 19.10.2004 – 12 O 404/02, SP 2005, 376.

¹⁵⁸ BT-Drucks 14/7752, 6.

¹⁵⁹ BT-Drucks 14/8780.

¹⁶⁰ BGH, Urt. v. 6.12.2022 – VI ZR 168/21, NJW 2023, 983 Rn 18; v. 26.6.2022 – VI ZR 58/21, NJW 2022, 3509 Rn 27; v.

¹⁶¹ 14.1.1992 – VI ZR 120/91, VersR 1992, 504 (505); OLG Stuttgart, Urt. v. 14.10.2008 – 1 U 82/07, juris Rn 29.

¹⁶¹ Vgl. BGH, Urt. v. 8.6.1976 – VI ZR 216/75, juris Rn 15: Allgemeine, vom Fall unabhängige Erwägungen genügen grds. nicht.

auf ein entsprechendes Begehr des Klägers¹⁶² – neben dem Kapitalbetrag oder statt seiner – auch die Zulässigkeit einer Schmerzensgeldrente in Betracht. Grundsätzlich erforderlich ist hierfür ein **schwerer Dauerschaden**.¹⁶³ Nach der Entscheidung des Großen Senats für Zivilsachen vom 6.7.1955 kann bei einer Entscheidung für eine Rente aber auch der Gedanke eine Rolle spielen, dass bei ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen des Schädigers auf diese Weise am besten gesichert werden kann, dass der Geschädigte ein dem Ausgleichszweck gerecht werdendes Schmerzensgeld erhält.¹⁶⁴

Dass bei einer **Gesamtentschädigung** aus Schmerzensgeldkapital und Schmerzensgeldrente der Gesamtbetrag, also Kapital und kapitalisierte Rente, der Billigkeit entsprechen muss, liegt auf der Hand.¹⁶⁵

Bei einer wesentlichen Veränderung der Verhältnisse kann eine Schmerzensgeldrente gem. **§ 323 ZPO** angepasst werden.¹⁶⁶ Dies gilt auch bei einer wesentlichen Steigerung des Lebenshaltungskostenindex, wenn eine Abwägung aller Umstände des Einzelfalls ergibt, dass die bisher gezahlte Rente ihre Funktion eines billigen Schadensausgleichs nicht mehr erfüllt; eine unterhalb von 25 % liegende Steigerung des Lebenshaltungskostenindex reicht hierfür in der Regel nicht.¹⁶⁷

7. Besteuerung des Schmerzensgeldes

Schmerzensgeld ist nicht zu versteuern – so einfach ist das. Insbesondere unterfällt es nicht der Einkommenssteuer. Denn es wird von keiner der Einkommensarten des § 2 Abs. 1 S. 1 EStG erfasst. Das gilt nicht nur für die Kapitalabfindung, sondern – jedenfalls nach neuerer Auffassung – auch für die Schmerzensgeldrente.¹⁶⁸

Aus der Anlage des Schmerzensgeldbetrags erzielte Kapitalerträge sind aber natürlich Einkünfte aus Kapitalvermögen i.S.v. §§ 2 Abs. 1 S. 1 Nr. 5, 20 EStG und als solche zu versteuern. Die fehlende Steuerbarkeit der Hauptleistung erstreckt sich nicht auf etwaige Zinserträge.¹⁶⁹

8. Anrechenbarkeit des Schmerzensgeldes

Die Frage nach der Anrechenbarkeit von Schmerzensgeld kann sich in verschiedener Hinsicht stellen.

a) Sozialrecht

Setzt ein sozialrechtlicher Anspruch die Bedürftigkeit des Befreiteten voraus, so bleiben bei der diesbezüglichen Beurteilung Schmerzensgelder grds. außer Betracht. Dies gilt unabhängig davon, ob sie als Einmalbetrag oder Schmerzensgeldrente gezahlt wurden bzw. werden. Anderes gilt allerdings für

¹⁶² Vgl. BGH, Urt. v. 21.7.1998 – VI ZR 276/97, VersR 1998, 1565 (1566); vgl. auch nachfolgend unter 9. a) bb).

¹⁶³ BGH, Urt. v. 15.3.1994 – VI ZR 44/93, NJW 1994, 1592 (1594); v. 8.6.1976 – VI ZR 216/74, juris Rn 15.

¹⁶⁴ BGH, Beschl. d. Großen Senats für Zivilsachen v. 6.7.1955 – GSZ 1/55, BGHZ 18, 149 (167).

¹⁶⁵ Vgl. auch BGH, Urt. v. 15.5.2007 – VI ZR 150/06, VersR 2007, 961 Rn 15.

¹⁶⁶ BGH, Urt. v. 15.5.2007 – VI ZR 150/06, VersR 2007, 961 Rn 6.

¹⁶⁷ BGH, Urt. v. 15.5.2007 – VI ZR 150/06, VersR 2007, 961 Rn 7 ff.

¹⁶⁸ BMF-Schreiben v. 15.7.2009 – IV C 3 – S 2255/08/10012, BStBl I 2009, 836; BVerwG, Urt. v. 9.2.2012 – 5 C 10/11, NJW 2012, 1305 Rn 16; für Mehrbedarfsrenten vgl. BFH, Urt. v. 25.10.1994 – VIII R 79/91, NJW 1995, 1238; ferner BFH, Urt. v. 8.7.2020 – X R 6/19, juris Rn 19.

¹⁶⁹ BVerwG, Urt. v. 9.2.2012 – 5 C 10/11, NJW 2012, 1305 Rn 16 ff.

aus angelegtem Schmerzensgeld erzielte Kapitalerträge. Im Einzelnen:

- Im Rahmen der **Grundsicherung für Arbeitssuchende** (Bürgergeld, früher Arbeitslosengeld II bzw. Hartz IV) stellt Schmerzensgeld unabhängig davon, ob es als einmaliger Kapitalbetrag oder als Schmerzensgeldrente gezahlt wird, gem. § 11a Abs. 2 SGB II **kein anrechenbares Einkommen** dar. Darüberhinausgehend ist es mit Blick auf seine (doppelte) Funktion unter dem Gesichtspunkt des Härtefalls (§ 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 7 SGB II) auch **kein zu berücksichtigendes Vermögen** i.S.v. § 12 SGB II.¹⁷⁰ Nicht privilegiert sind allerdings Zinseinnahmen aus angelegtem Schmerzensgeld.¹⁷¹
- Entsprechendes gilt für die **Sozialhilfe**. Nach § 83 Abs. 2 SGB XII ist das Schmerzensgeld auch hier nicht als Einkommen des Bedürftigen zu berücksichtigen. Nach der allgemeinen Härteklausel des § 90 Abs. 3 S. 1 SGB XII stellt es auch **kein zu berücksichtigendes Vermögen** dar.¹⁷² Dies gilt aber natürlich auch hier nicht für Kapitalerträge, die aus dem (angelegten) Schmerzensgeld erzielt werden.
- Auch in Bezug auf **Ansprüche nach dem Asylbewerberleistungsgesetz** ist Schmerzensgeld weder als Einkommen noch als Vermögen zu berücksichtigen. Hinsichtlich des Einkommens folgt dies unmittelbar aus § 7 Abs. 2 Nr. 4 AsylbLG, hinsichtlich des Vermögens wohl daraus, dass eine unterschiedliche Behandlung des Schmerzensgeldes bei der Sozialhilfe einerseits und bei Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz andererseits dem Gleichheitsgebot des Art. 3 Abs. 1 GG nicht standhält.¹⁷³ Dass das Asylbewerberleistungsgesetz anders als das Sozialhilferecht keine Härtefallklausel in Bezug auf das Vermögen kennt, ist dabei unerheblich. Zu berücksichtigen sind allerdings auch insoweit Kapitalerträge für angelegtes Schmerzensgeld.
- Auch auf das **Wohngeld** haben Schmerzensgelder – mit Ausnahme aus der Anlage des Schmerzensgeldes erzielter Kapitalerträge – keinen Einfluss.¹⁷⁴
- Für **BAföG-Ansprüche** folgt dasselbe aus § 21 Abs. 4 Nr. 4 BAföG (mit Ausnahme der Kapitalerträge¹⁷⁵ aus angelegtem Schmerzensgeld **kein Einkommen**) bzw. § 29 Abs. 3 BAföG (**kein anrechenbares Vermögen**).¹⁷⁶

b) Bürgerliches Recht

Im Bürgerlichen Recht ist die Rechtslage differenzierter:

- Bei der Berechnung des nachehelichen **Zugewinnausgleichs** ist das einem Ehegatten zustehende Schmerzensgeld nach – allerdings nicht unbestritten¹⁷⁷ – Auffassung der Rechtsprechung zu berücksichtigen; eine analoge Anwendung der Vorschrift des § 1374 Abs. 2 BGB, die bestimmten Vermögenserwerb (z.B. Erbschaften und Schenkungen) technisch dem Anfangsvermögen zuordnet und damit in der Sache von der Ausgleichspflicht ausnimmt, kommt danach

¹⁷⁰ Vgl. BSG, Urt. v. 22.8.2012 – B 14 AS 103/11 R, juris Rn 20.

¹⁷¹ BSG, Urt. v. 22.8.2012 – B 14 AS 103/11 R, juris Rn 21 ff.

¹⁷² Bieritz-Harder/Conradis/Thie, SGB XII/Geiger, SGB XII § 90 Rn 95; vgl. auch BVerfG, Beschl. v. 11.7.2006 – 1 BvR 293/05, BVerfGE 116, 229 (233).

¹⁷³ BVerfG, Beschl. v. 11.7.2006 – 1 BvR 293/05, BVerfGE 116, 229 (237 ff.); Cantzler, AsylbLG, § 7 Rn 93.

¹⁷⁴ BVerwG, Urt. v. 9.2.2012 – 5 C 10.11, NJW 2012, 1305 Rn 9 ff.; BeckOK SozR/Winkler, 1.3.2025, WoGG § 14 Rn 59.

¹⁷⁵ BayVGH, Beschl. v. 5.2.2015 – 12 B 12.2333, juris Rn 31.

¹⁷⁶ BayVGH, Beschl. v. 5.2.2015 – 12 B 12.2333, juris Rn 24 ff.; s. auch Nr. 29.3.2 f BAföGvW.

¹⁷⁷ Vgl. MüKoBGB/Koch, BGB § 1374 Rn 22, m.w.N.

nicht in Betracht.¹⁷⁸ Ob dies der Funktion des Schmerzensgeldes gerecht wird, erscheint durchaus zweifelhaft. Mit der Behandlung des Schmerzensgeldes in anderen Bereichen, insb. im Sozial-, Prozesskostenhilfe- und Unterhaltsrecht, lässt sich dies nach Auffassung der Autoren der „SchmerzensgeldBeträge“ nur schwer vereinbaren.

- Die Frage, ob – ggf. auch in Rentenform – erhaltenes Schmerzensgeld bei der Prüfung und Berechnung von **Unterhaltsansprüchen** zu berücksichtigen ist, stellt sich in mehrfacher Hinsicht, beim Unterhaltsgläubiger insb. hinsichtlich seiner Bedürftigkeit (§§ 1577, 1602 BGB), beim Unterhaltsschuldner insb. hinsichtlich seiner Leistungsfähigkeit (§§ 1581, 1603 BGB): Das an den Unterhaltsberechtigten gezahlte Schmerzensgeld dient nicht der Entlastung des Unterhaltsverpflichteten. Folglich hat es auf die **Bedürftigkeit** des Unterhaltsberechtigten grds. keinen Einfluss.¹⁷⁹ In sog. Mangelfällen mag im Einzelfall gem. § 242 BGB anderes gelten und das Schmerzensgeld bedarfsmindernd wirken. Grundsätzlich berücksichtigungsfähig sind allerdings Kapitalerträge, die aus der Anlage des Schmerzensgeldes erzielt werden; sie verringern die Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten.¹⁸⁰ Für die **Leistungsfähigkeit** des Unterhaltsverpflichteten ist die Rechtslage weniger eindeutig. Hier soll es auf eine „Gesamtabwägung nach Treu und Glauben unter Berücksichtigung des Zweckes des Schmerzensgeldes“¹⁸¹ ankommen. Folge dürfte eine Berücksichtigungsfähigkeit des Schmerzensgeldes insb. in Fällen des Unterhalts der Eltern gegenüber einem minderjährigen unverheirateten Kind sein (§ 1603 Abs. 2 BGB).¹⁸²

c) Sonstiges

- Schmerzensgeld – auch in Form der Schmerzensgeldrente – gehört regelmäßig weder zum im Rahmen der **Prozesskostenhilfe** einzusetzenden Einkommen i.S.d. § 115 Abs. 1 ZPO¹⁸³ noch zum insoweit einzusetzenden Vermögen i.S.d. § 115 Abs. 3 ZPO.¹⁸⁴
- Hat eine Person, deren Haftung nach den §§ 104–107 SGB VII beschränkt ist, den Versicherungsfall vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt, so haftet sie den Sozialversicherungsträgern nach **§ 110 SGB VII** für die infolge des Versicherungsfalls entstandenen Aufwendungen bis zur Höhe des (fiktiven) zivilrechtlichen Schadensersatzanspruchs. Zu diesem fiktiven Schadensersatzanspruch zählt nach höchstrichterlicher Rechtsprechung¹⁸⁵ auch ein fiktiver Schmerzensgeldanspruch.

9. Verfahrensfragen

a) Klageantrag

aa) Unbestimmter Leistungsantrag

Werden Ansprüche auf Zahlung von Schmerzensgeld gerichtlich geltend gemacht, kann der Zahlungsantrag unbeziffert gestellt werden. Dadurch wird die Bemessung der begehrten Leistung in das Ermessen des Gerichts gestellt. Die Stellung eines unbezifferten Leistungsantrags vermeidet die mit dem tatgerichtlichen Spielraum bei der Bemessung des Schmerzensgeldes verbundenen **Unsicherheiten** für den Kläger: Sie reduziert auf der einen Seite sein für den Fall einer Zuvielforderung gegebenes Kostenrisiko und auf der anderen Seite sein Risiko, bei einer Zuwenigforderung einen Teil des ihm zustehenden Schmerzensgeldes nicht zu realisieren. Sie sorgt zudem dafür, dass der Anspruch auf das gesamte vom Tatgericht letztlich für angemessen erachtete Schmerzensgeld rechtshängig wird – mit allen daraus abzuleitenden Folgerungen, etwa mit Blick auf die Hemmung der Verjährung und (Prozess-)Verzinsung des letztlich zugesprochenen Betrags. Als Klageantrag wird empfohlen:

Formulierungsbeispiel:

„Der Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin ein angemessenes Schmerzensgeld zu zahlen.“

Fraglich ist, ob bei Stellung eines solchen Klageantrags in der Klagebegründung die **Größenordnung** des geltend gemachten Betrags angegeben werden muss, um dem Bestimmtheitsgebot des § 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO zu genügen. Die Strafsenate des BGH bejahen ein entsprechendes Erfordernis für das Adhäsionsverfahren unter Berufung auf § 404 Abs. 1 S. 2 StPO, § 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO nach wie vor; danach kann über einen unbestimmten Schmerzensgeldantrag im Adhäsionsverfahren nur entschieden werden, wenn der Kläger die Größenordnung des von ihm verlangten Schmerzensgeldes – und sei es auch nur durch die Hinnahme einer gerichtlichen Streitwertangabe – angegeben hat.¹⁸⁶ Die Rechtsprechung der Zivilsenate ist insoweit weniger klar. Ursprünglich wurde auch hier unter dem Gesichtspunkt des § 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO für die Zulässigkeit der Klage jedenfalls die Angabe einer gewissen Größenordnung verlangt.¹⁸⁷ In seiner Entscheidung vom 30.4.1996¹⁸⁸ hat der VI. Zivilsenat diese Auffassung zwar nicht ausdrücklich aufgegeben, bringt in ihr aber zum Ausdruck, dass die Angabe einer Mindestsumme oder Größenordnung beim unbezifferten Zahlungsantrag das Gericht im Rahmen von § 308 Abs. 1 ZPO nach oben nicht bindet, die Angabe vielmehr nur Bedeutung für die Rechtsmittelbeschwer und den Streitwert hat. Von Gerlach, seinerzeit Mitglied des VI. Zivilsenats, hat aus dieser Entscheidung geschlossen, die bisherige Auffassung, die Zulässigkeit eines unbezifferten Antrags erfordere die Angabe der Größenordnung, könne nicht mehr aufrechterhalten werden.¹⁸⁹ Ungeachtet dessen erscheint es freilich schon aufgrund der Bedeutung einer solchen **Angabe für die (Rechtsmittel)**

¹⁷⁸ BGH, Urt. v. 27.5.1981 – IVb ZR 577/80, NJW 1981, 1836 (1837); hinsichtlich § 1381 BGB differenzierend AG Hersbruck, Urt. v. 23.1.2002 – 2 F 1081/01, juris Rn 16 ff.

¹⁷⁹ BGH, Urt. v. 13.7.1988 – IVb ZR 39/87, NJW-RR 1988, 1093 (1095); BeckOGK BGB/Schlünder, 1.8.2024, § 1577 Rn 92; BeckOGK BGB/Selg, 1.2.2025, § 1602 Rn 100.

¹⁸⁰ BGH, Urt. v. 13.7.1988 – IVb ZR 39/87, NJW-RR 1988, 1093 (1095); BeckOGK BGB/Selg, 1.2.2025, BGB § 1602 Rn 100.

¹⁸¹ So BeckOGK BGB/Haidl, 1.2.2025, § 1603 Rn 40, m.w.N.

¹⁸² Vgl. BGH, Urt. v. 2.11.1988 – IVb ZR 7/88, NJW 1989, 524 (526).

¹⁸³ BeckOK ZPO/Reichling, 1.3.2025, § 115 Rn 8, 83.5 unter Verweis auf § 83 Abs. 2 SGB XII.

¹⁸⁴ BVerwG, Beschl. v. 26.5.2011 – 5 B 26/11, zfs 2011, 584 Rn 5 ff.

¹⁸⁵ BGH, Urt. v. 27.6.2006 – VI ZR 143/05, VersR 2006, 1429 Rn 6 ff.

¹⁸⁶ Vgl. nur BGH, Beschl. v. 9.3.2022 – 1 StR 409/21, juris Rn 3; v. 12.3.2019 – 2 StR 595/18, NStZ 2020, 310 Rn 6 ff.; v. 6.12.2018 – 4 StR 484/18, juris Rn 15 f.; v. 20.9.2018 – 3 StR 618/17, juris Rn 11 f.

¹⁸⁷ BGH, Urt. v. 24.9.1991 – VI ZR 60/91, VersR 1992, 374, m.w.N.

¹⁸⁸ BGH, Urt. v. 30.4.1996 – VI ZR 55/95, BGHZ 132, 341 (350 ff.).

¹⁸⁹ Von Gerlach, VersR 2000, 525 (527).

Beschwer¹⁹⁰ auch aus Sicht des Klägers sinnvoll, die Größenordnung des erstrebten Schmerzensgeldes, idealerweise durch Angabe eines Mindestbetrags, in der Klagebegründung zu konkretisieren.¹⁹¹

bb) Schmerzensgeldrente

Ist aus dem Klageantrag oder der Klagebegründung ersichtlich, dass der Kläger (ausschließlich) die Zahlung eines Kapitalbetrags begehrte, so ist das Gericht nach Auffassung des BGH¹⁹² durch § 308 Abs. 1 ZPO daran gehindert, ihm (auch) eine Schmerzensgeldrente zuzusprechen. Ob, wie der BGH in der genannten Entscheidung ebenfalls andeutet,¹⁹³ die Zuerkennung einer Rente stets eines dahingehenden **Antrags** des Klägers bedarf oder das Tatgericht bei einem unbezifferten Leistungsantrag ohne nähere Spezifizierung im Rahmen des ihm durch § 287 ZPO eröffneten Ermessens selbstständig (auch) eine Schmerzensgeldrente zusprechen darf, ist höchststrichterlich noch nicht abschließend geklärt. Aus Sicht der Autoren der „SchmerzensgeldBeträge“ muss Letzteres gelten.

cc) Erfasste Verletzungsfolgen

Verlangt der Verletzte mit seinem Antrag uneingeschränkt ein Schmerzensgeld, so werden dem Grundsatz der Einheitlichkeit des Schmerzensgeldes folgend durch den Klageantrag **alle Schadensfolgen** erfasst, die entweder bereits eingetreten und objektiv erkennbar sind oder deren Eintritt jedenfalls vorhergesehen und bei der Entscheidung berücksichtigt werden kann.¹⁹⁴ Diese muss das Tatgericht – soweit vorgetragen und ggf. nach dem Beweismaß des § 287 ZPO bewiesen – in die Bemessung des Schmerzensgeldes einstellen. Dem Gericht ist es verwehrt, von sich aus, also ohne entsprechende Antragsbeschränkung durch den Kläger, den Leistungsausspruch auf die bereits eingetretenen Folgen zu beschränken und die künftigen Folgen dem Feststellungsausspruch zuzuordnen; ein solches Vorgehen wäre mit der Pflicht des Gerichts, den Klageantrag erschöpfend zu behandeln, nicht vereinbar.¹⁹⁵

dd) Teilklage

Dem Kläger ist es demgegenüber auch beim Schmerzensgeld nicht verwehrt, eine offene, hinreichend individualisierte Teilklage zu erheben. So kann er nur einen Teilbetrag des gesamten Schmerzensgeldes verlangen und sich dabei auf die Berücksichtigung der Verletzungsfolgen, die im Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung bereits eingetreten sind, beschränken.¹⁹⁶

ee) Feststellungsantrag

Die vom Leistungsantrag nicht erfassten Teile des Schmerzensgeldanspruchs können mit einem Feststellungsantrag abgedeckt werden. Bei einem unbeschränkten Leistungsantrag sind dies solche Verletzungsfolgen, die zum Beurteilungszeitpunkt noch nicht eingetreten sind und deren Eintritt auch nicht

objektiv vorhersehbar ist, mit denen nicht oder nicht ernstlich gerechnet werden muss und die deshalb zwangsläufig bei der Bemessung des Schmerzensgeldes unberücksichtigt bleiben müssen.¹⁹⁷ Die bloße Möglichkeit entsprechender Verletzungsfolgen reicht dabei für die Bejahung eines Feststellungsinteresses i.S.d. § 256 Abs. 1 ZPO aus.¹⁹⁸ Bei einer auf die bereits eingetretenen Verletzungsfolgen beschränkten Teilklage (vgl. oben unter dd) können sämtliche künftigen immateriellen Schäden – ob vorhersehbar oder nicht – Gegenstand des Feststellungsantrags sein.¹⁹⁹

b) Grundurteil; Rechtskraft bei Endurteil

Grundsätzlich darf über einen – bezifferten oder unbezifferten – Antrag auf Zahlung von Schmerzensgeld durch **Grundurteil** entschieden werden, die Bemessung der Anspruchshöhe bleibt dann dem Betragsverfahren vorbehalten.²⁰⁰

Durch den auf einen unbeschränkten Schmerzensgeldantrag hin durch **Endurteil** zuerkannten Betrag werden alle diejenigen Schadensfolgen abgegolten, die am Schluss der mündlichen Verhandlung entweder bereits eingetreten und objektiv erkennbar waren oder deren Eintritt jedenfalls vorhergesehen und bei der Entscheidung berücksichtigt werden konnte. Das heißt im Klartext: Durch den rechtskräftig zuerkannten Betrag werden bei unbeschränktem Klageantrag **Nachforderungen** grds. ausgeschlossen! Lediglich solche Verletzungsfolgen, die zum Beurteilungszeitpunkt noch nicht eingetreten waren und deren Eintritt objektiv nicht vorhersehbar war, mit denen folglich nicht oder nicht ernstlich gerechnet werden musste und die deshalb zwangsläufig bei der Bemessung des Schmerzensgeldes unberücksichtigt bleiben mussten, werden vom rechtskräftig zugesprochenen Schmerzensgeldbetrag nicht erfasst und können deshalb Grundlage für einen Anspruch auf weiteres Schmerzensgeld sein.²⁰¹ Vor diesem Hintergrund sollte die Erhebung einer offenen Teilklage (vgl. oben unter dd) jedenfalls dann erwogen werden, wenn weitere schwere Verletzungsfolgen zu befürchten, aber noch nicht hinreichend klar abzusehen sind. Denn es lässt sich nie mit Sicherheit beurteilen, welche Verletzungsfolgen im Falle einer Nachforderung vom dann zuständigen Gericht als am Schluss der mündlichen Verhandlung des Erstverfahrens objektiv hinreichend vorhersehbar beurteilt werden.

c) Adhäsionsverfahren

Hier ist **Vorsicht** geboten: Die im Adhäsionsverfahren organisierte Entscheidung steht nach § 406 Abs. 3 S. 1 StPO einem im bürgerlichen Rechtsstreit ergangenen Urteil gleich. Die vorstehenden Wirkungen einer auf einen unbeschränkten Schmerzensgeldantrag hin erfolgten Zuerkennung eines Schmerzensgeldes treten damit auch hier ein. Die Folge ist: Auch ein zu geringes Schmerzensgeld des – schadensrechtlich nicht immer erfahrenen – Strafrichters kann Nachforderungen ausschließen!²⁰² Dies sollte bei der Entscheidung für einen Adhäsionsantrag stets im Auge behalten werden.

¹⁹⁰ BGH, Urt. v. 30.4.1996 – VI ZR 55/95, BGHZ 132, 341 (351 f.); Urt. v. 2.2.1999 – VI ZR 25/98, BGHZ 140, 335 (341 f.); vgl. ferner etwa BGH, Beschl. v. 24.3.2016 – III ZR 52/15, MDR 2016, 788 Rn 4 ff.

¹⁹¹ BGH, Urt. v. 2.2.1999 – VI ZR 25/98, BGHZ 140, 335 (341 f.).

¹⁹² BGH, Urt. v. 21.7.1998 – VI ZR 276/97, VersR 1998, 1565 (1566).

¹⁹³ BGH, Urt. v. 21.7.1998 – VI ZR 276/97, VersR 1998, 1565 (1566); darauf Bezug nehmend jetzt auch BGH, Urt. v. 15.2.2022 – VIZR 937/20, NJW 2022, 1953 Rn 27.

¹⁹⁴ BGH, Urt. v. 10.7.2018 – VI ZR 259/15, VersR 2018, 1462 Rn 6, m.w.N.

¹⁹⁵ BGH, Urt. v. 10.7.2018 – VI ZR 259/15, VersR 2018, 1462 Rn 7.

¹⁹⁶ BGH, Urt. v. 20.1.2004 – VI ZR 70/03, VersR 2004, 1334 (1335).

¹⁹⁷ BGH, Urt. v. 10.7.2018 – VI ZR 259/15, VersR 2018, 1462 Rn 6.

¹⁹⁸ BGH, Urt. v. 20.3.2001 – VI ZR 325/99, VersR 2001, 876.

¹⁹⁹ BGH, Urt. v. 20.1.2004 – VI ZR 70/03, VersR 2004, 1334 (1335).

²⁰⁰ BGH, Urt. v. 28.3.2006 – VI ZR 50/05, NJW 2006, 2110 Rn 10. Zur Möglichkeit, die Haftungsquote bereits im Grundurteil zu bestimmen, s.o. 5.b.aa.

²⁰¹ BGH, Urt. v. 20.1.2015 – VI ZR 27/14, VersR 2015, 772 Rn 8, m.w.N.

²⁰² BGH, Urt. v. 20.1.2015 – VI ZR 27/14, VersR 2015, 772 Rn 8 ff.

d) Berufung und Revision

Wird dem Kläger, der ein angemessenes Schmerzensgeld unter Angabe eines Mindestbetrags geltend gemacht hat, genau dieser Mindestbetrag zugesprochen, ist er nicht beschwert,²⁰³ ein Rechtsmittel mangels **Beschwer** somit unzulässig. Das gilt auch dann, wenn ihm das Gericht den Mindestbetrag unter Berücksichtigung eines Mitverschuldens zuerkannt hat, das es entgegen der Auffassung des Klägers bejaht hat.²⁰⁴ Ergeht erstinstanzlich ein Grundurteil über einen Schmerzensgeldanspruch, bei dem eine Mitverschuldensquote des Geschädigten festgesetzt wird (vgl. dazu oben 5.b.aa), ist diese bei der Bemessung der Beschwer des Rechtsmittelführers zu berücksichtigen.²⁰⁵

Das **Berufungsgericht** ist an die erstinstanzliche Schmerzensgeldbemessung nicht gebunden. Es darf und muss diese auf der Grundlage der nach § 529 ZPO maßgeblichen Tatsachen in vollem Umfang daraufhin überprüfen, ob sie überzeugt. Hält das Berufungsgericht sie zwar für vertretbar, letztlich aber bei Berücksichtigung aller Gesichtspunkte nicht für sachlich überzeugend, so darf und muss es einen eigenen, dem Einzelfall angemessenen Schmerzensgeldbetrag finden.²⁰⁶ Auch das Berufungsgericht ist Tatgericht; auch ihm kommt insoweit das volle tatrichterliche Ermessen zu.

Das **Revisionsgericht** kann die Höhe des Schmerzensgeldes nach ständiger Rechtsprechung des BGH dagegen nur daraufhin überprüfen, ob sie auf einem Rechtsirrtum beruht, insb. ob sich das Berufungsgericht mit allen für die Bemessung des Schmerzensgeldes maßgeblichen Umständen ausreichend auseinandergesetzt und sich um eine angemessene Beziehung der Entschädigung zu Art und Dauer der Verletzungen bemüht hat. Ob das vom Berufungsgericht ausgeurteilte Schmerzensgeld zu reichlich oder zu niedrig ist, wird in der Revision hingenommen grds. nicht untersucht.²⁰⁷ Hat das Revisionsgericht einen insoweit relevanten Rechtsfehler festgestellt und hebt es das Berufungsurteil deshalb auf, ist ihm ein „Durchentscheiden“ nicht möglich, weil die Bemessung der Höhe des Schmerzensgeldes auch dann noch dem Tatrichter vorbehalten ist.²⁰⁸ Der BGH ist damit der falsche Adressat für die immer wieder geäußerte Forderung, das Schmerzensgeldniveau in Deutschland ganz allgemein zu erhöhen. Eine solche Bewegung müsste – so man sie für wünschenswert hielte – von den Tatgerichten ausgehen.

e) Streitwert

Wurde die Höhe des Schmerzensgeldes vom Kläger völlig in das **Ermessen** des Gerichts gestellt, so ist der Streitwert der Betrag, der nach dem tatsächlichen Vortrag des Klägers als das angemessene Schmerzensgeld zu erachten ist. Erweisen sich die vom Kläger behaupteten klagebegründenden Tatsachen teilweise als unzutreffend und billigt ihm das Gericht aus diesem Grund einen niedrigeren Betrag zu, dann ist seine

Klage mit der entsprechenden Kostenfolge teilweise abzuweisen.

Hat der Kläger einen bestimmten Mindestbetrag gefordert, so wird das Gericht den Streitwert, sollte es im Urteil – wie unbegrenzt zulässig²⁰⁹ – einen den Mindestbetrag überschreitenden Schmerzensgeldbetrag aussprechen, auf den ausgesprochenen Betrag, ansonsten jedenfalls regelmäßig auf den angegebenen Mindestbetrag festsetzen.²¹⁰ Unterschreitet das ausgeworfene Schmerzensgeld den vom Kläger angegebenen Mindestbetrag, so ist die Klage mit der entsprechenden Kostenfolge teilweise abzuweisen.²¹¹

f) (Prozess- und Verzugs-)Zinsen

Der Schmerzensgeldanspruch entsteht mit dem Schadenserheignis. Der schließlich als angemessen zuerkannte Geldbetrag gilt als von Anfang an geschuldet. Deshalb ist auch ein mit unbeziffertem Klageantrag geltend gemachter Schmerzensgeldbetrag grds. von Rechtshängigkeit an gem. § 291 S. 1 BGB zu verzinsen.²¹²

Auch soll der Schmerzensgeldgläubiger im Rahmen einer Mahnung i.S.v. § 286 BGB nicht gehalten sein, den von ihm gewünschten Betrag zu beziffern. Vielmehr soll es ausreichen, dass hinreichend konkrete Tatsachen zur Höhe vorgetragen werden.²¹³ Überzeugend ist das nicht. Anders als im Rahmen einer Klage, bei der im Falle einer Zuwenigforderung der „Verlust“ eines weitergehenden (Haupt-)Anspruchs droht, gibt es bei einer Mahnung keinen Grund, den Gläubiger davon zu entlasten, einen konkreten Betrag zu benennen und den Schuldner dadurch erst in die Lage zu versetzen, sein Leistungsverlangen hinreichend sicher voll zu befriedigen.

g) Abfindungsvergleich

Der Großteil der Schadensfälle wird außergerichtlich erledigt. Dabei kommt es häufig auch zu einer Einigung der Parteien auf einen Schmerzensgeldbetrag. Aus Sicht des Verletzten ist zu beachten, dass Nachforderungen nur sehr eingeschränkt möglich sind. Handelt es sich – wie häufig – um einen **umfassenden und vorbehaltlosen Abfindungsvergleich**, so kommen Nachforderungen nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung nur dann in Betracht, wenn dem Verletzten ein Festhalten am Vergleich nach Treu und Glauben (§ 242 BGB) nicht mehr zumutbar ist, weil entweder die Geschäftsgrundlage (§ 313 BGB) für den Vergleich weggefallen ist oder sich geändert hat, so dass eine Anpassung an die veränderten Umstände erforderlich erscheint, oder weil nachträglich erhebliche Äquivalenzstörungen in den Leistungen der Parteien eingetreten sind, die für den Verletzten nach den gesamten Umständen des Falles eine ungewöhnliche Härte bedeuten würden.²¹⁴ Ob diese Voraussetzungen vorliegen, hängt entscheidend davon ab, welche (Zukunfts-)Risiken der Verletzte nach dem Inhalt der

²⁰³ Vgl. BGH, Urt. v. 24.3.2016 – III ZR 52/15, MDR 2016, 788 Rn 6; Urt. v. 2.10.2001 – VI ZR 356/00, VersR 2001, 1578 f.

²⁰⁴ BGH, Urt. v. 2.10.2001 – VI ZR 356/00, VersR 2001, 1578 f.

²⁰⁵ BGH, Beschl. v. 16.1.2024 – VI ZB 45/23, NJW-RR 2024, 474 Rn 14.

²⁰⁶ BGH, Urt. v. 28.3.2006 – VI ZR 46/05, VersR 2006, 710 Rn 30.

²⁰⁷ Vgl. nur BGH, Urt. v. 15.2.2022 – VI ZR 937/20, NJW 2022, 1953 Rn 11, m.w.N.; zu den – revisionsrechtlich überprüfbar – Grenzen des tatrichterlichen Ermessens vgl. auch BGH, Urt. v. 8.6.1976 – VI ZR 216/74, juris Rn 13.

²⁰⁸ BGH, Urt. v. 15.2.2022 – VI ZR 937/20, NJW 2022, 1953 Rn 29; v. 17.11.2009 – VI ZR 64/08, NJW 2010, 930 Rn 23.

²⁰⁹ Vgl. BGH, Urt. v. 30.4.1996 – VI ZR 55/95, BGHZ 132, 341 (350 ff.).

²¹⁰ Vgl. aber BGH, Urt. v. 30.4.1996 – VI ZR 55/95, BGHZ 132, 341 (352), wonach der Streitwert stets höher als die vom Kläger angegebene (Mindest-)Größenordnung festgesetzt werden kann; der tatgerichtlichen Praxis dürfte dies aber nicht entsprechen.

²¹¹ A.A. wohl OLG München, Urt. v. 23.2.2022 – 7 U 1195/21, juris Rn 55, das auch im Rahmen eines verlangten Mindestbetrags eine Zuvielforderung von bis zu 20 % kostenrechtlich nicht berücksichtigen will.

²¹² BGH, Urt. v. 5.1.1965 – VI ZR 24/64, NJW 1965, 531 (532).

²¹³ OLG Celle, Urt. v. 14.2.1963 – 5 U 22/62, NJW 1963, 1205; Grüneberg/Grüneberg, 82. Aufl., § 286 Rn 19.

²¹⁴ BGH, Urt. v. 12.2.2008 – VI ZR 154/07, NJW-RR 2008, 649 Rn 9; v. 19.6.1990 – VI ZR 255/89, NJW 1991, 1535.

Vereinbarung übernommen hat, was wiederum nur durch Auslegung ermittelt werden kann.²¹⁵ Trotz der grundsätzlichen Zurückhaltung der Rechtsprechung wurde eine **Nachforderung etwa zugelassen** bei

- Eintritt erheblicher körperlicher Spätschäden in Form epileptischer Anfälle nach Gesamtabgeltung auf der Grundlage des hälftigen, eher geringen materiellen Schadens in der irrgen Annahme, die körperlichen Beeinträchtigungen seien unbedeutend.²¹⁶
- Eintritt einer Beinverkürzung um 13,5 cm und dadurch erforderlich gewordenem „Stützapparat prothesenähnlicher Art“ nach Gesamtabgeltung auf der Grundlage der irrgen Annahme einer nur 1 bis 2 cm betragenden Beinverkürzung (Nachforderung von DM 15 000 im Jahr 1964 nach DM 1 200 zzgl. monatlicher Rente von DM 10 Gesamtabgeltung für materielle und immaterielle Schäden im Jahr 1953).²¹⁷
- Entwicklung einer schwerstgradigen Hüftkopfnekrose mit enormer Schmerzsymptomatik, die eine Hüfttotalendoprothese nötig machte und zu einer relativen Beinverlängerung (MdE mindestens 30 %) führte, nach Gesamtabgeltung auf der Grundlage eines nicht ausgeheilten Oberschenkelhalsbruchs, eines offenen Nasenbeinbruchs und eines Schädelhirntraumas (Nachforderung € 25 000 im Jahr 2003 nach DM 20 000 Schmerzensgeldabgeltung im Jahr 1999).²¹⁸
- Erhebliche Spätschäden an beiden Händen mit zehn jeweils mehrwöchigen stationären Behandlungen, Hauttransplantationen, Resektion beider Zeigefinger, Handverschmälerung und Versteifung zweier Finger nach Gesamtabgeltung auf der Grundlage von erheblichen Verbrennungen durch Röntgenbestrahlung von Warzen (pauschale Nachforderung von DM 125 000 für Haushaltführung und Schmerzensgeld im Jahr 2000 nach DM 30 000 Gesamtabgeltung im Jahr 1962).²¹⁹

Wird in den Vergleich ein **immaterieller Vorbehalt** aufgenommen, so sind die Voraussetzungen, unter denen auf der Grundlage dieses Vorbehalts Nachforderungen erhoben werden können, durch Auslegung der Vereinbarung zu ermitteln. In der Regel werden solche Nachforderungen dann möglich, wenn Verletzungsfolgen eintreten, mit denen bei Abschluss des Vergleichs nicht oder nicht ernsthaft zu rechnen war. Dies entspricht im Wesentlichen der Rechtslage nach rechtskräftiger Zuerkennung von Schmerzensgeld auf einen unbeschränkten Antrag (vgl. oben unter b). Es empfiehlt sich daher, den Vorbehalt möglichst präzise zu formulieren, etwa durch Bestimmung der abgefundenen oder umgekehrt der vorbehaltenen Risiken.²²⁰

Beim Abschluss einer Abfindungsvereinbarung ist daran zu denken, Ansprüche, die nur vorbehalten sind, gegen Verjährung abzusichern; andernfalls läuft in der Regel die dreijährige Verjährungsfrist.²²¹ Es ist deshalb eine Formulierung in den Vergleich aufzunehmen, die zumindest die verjährungsrechtliche Wirkung eines Feststellungsurteils herstellt. Formuliert werden kann etwa:

²¹⁵ BGH, Urt. v. 12.2.2008 – VI ZR 154/07, NJW-RR 2008, 649 Rn 11; vgl. ferner BGH, Urt. v. 19.6.1990 – VI ZR 255/89, NJW 1991, 1535.

²¹⁶ BGH, Urt. v. 28.2.1961 – VI ZR 95/60, DAR 1961, 165.

²¹⁷ BGH, Urt. v. 21.12.1965 – VI ZR 168/64, VersR 1966, 243.

²¹⁸ OLG Oldenburg, Urt. v. 28.2.2003 – 6 U 231/01, VersR 2004, 64.

²¹⁹ OLG Schleswig, Urt. v. 30.8.2000 – 4 U 158/98, VersR 2001, 983.

²²⁰ Formulierungsbeispiel bei Almeroth, NJW 2024, 1457 (1458).

²²¹ BGH, Urt. v. 28.1.2003 – VI ZR 263/02, NJW 2003, 1524 (1525); OLG Schleswig, Beschl. v. 9.8.2022 – 7 U 90/22, NJW 2023, 528.

Formulierungsbeispiel 1: „*Künftige materielle/immaterielle Schäden, wie zum Beispiel [...], bleiben vorbehalten. Bezuglich solcher Ansprüche wird sich die Beklagte so behandeln lassen, als sei gegen sie am heutigen Tage ein gerichtliches Feststellungsurteil ergangen.*“

Formulierungsbeispiel 2: „*Einem rechtskräftigen Feststellungsurteil in seiner Wirkung gleichgestellt, schließen die Parteien heute, (Datum), folgenden Abfindungsvergleich: (...).*“

Beim Abfindungsvergleich handelt es sich um einen gegenseitigen Vertrag i.S.v. § 779 BGB. Es gelten die allgemeinen Vorschriften über Rechtsgeschäfte. Besondere Vorsicht ist bei der Beteiligung von Minderjährigen oder Betreuten am Abfindungsvergleich geboten: **Vertretungsverbote** (z.B. gem. §§ 1629 Abs. 2 S. 1, 1824 BGB) und **Genehmigungsvorbehalte** (z.B. gem. § 1854 Nr. 6 BGB, wenn der Vergleichswert € 6 000 übersteigt oder der Vergleich nicht einem schriftlichen oder protokollierten gerichtlichen Vergleichsvorschlag entspricht; gilt gem. § 1643 Abs. 5 BGB nicht für die Eltern) sind zu beachten.

II. Entschädigung für immaterielle Schäden außerhalb des Schmerzensgeldes

1. Überblick

Nach § 253 Abs. 1 BGB kann wegen eines Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, Entschädigung in Geld nur in den durch das Gesetz bestimmten Fällen gefordert werden. Die materielle Entschädigung für immaterielle Schäden ist somit die Ausnahme, die grds. – zu einer wichtigen Ausnahme nachfolgend unter 2. – einer ausdrücklichen Anordnung durch den Gesetzgeber bedarf. Solche gesetzlichen Regelungen finden sich etwa in § 844 Abs. 3 BGB (Hinterbliebenengeld), § 651n Abs. 2 BGB (nutzlos aufgewendete Urlaubszeit), § 97 Abs. 2 S. 4 UrhG (Urheberpersönlichkeitsrecht), § 15 Abs. 2 AGG (Diskriminierung), Art. 82 Abs. 1 DSGVO (Verstöße gegen die Datenschutzgrundverordnung), § 198 GVG (Verfahrensverzögerung) oder § 7 Abs. 1 StrEG (unberechtigte Strafverfolgungsmaßnahme).

2. Geldentschädigung wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts

a) Rechtsgrundlagen

Nach ständiger **Rechtsprechung des BGH**²²² kann auch eine Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts einen Anspruch auf eine Geldentschädigung begründen. Voraussetzung ist, dass es sich um einen schwerwiegenden Eingriff handelt und die Beeinträchtigung nicht in anderer Weise befriedigend aufgefangen werden kann. Hat der BGH diesen Anspruch in der sog. **Herrenreiter-Entscheidung**²²³ noch auf eine analoge Anwendung von § 847 BGB a.F. gestützt, geht er nun davon aus, dass es sich bei der Zubilligung einer Geldentschädigung gerade nicht um ein Schmerzensgeld i.S.d. § 253 BGB han-

²²² Vgl. nur BGH, Urt. v. 22.2.2022 – VI ZR 1175/20, NJW 2022, 1751 Rn 44; v. 24.5.2016 – VI ZR 496/15, VersR 2016, 1001 Rn 9, m.w.N.

²²³ BGH, Urt. v. 14.2.1958 – I ZR 151/56, BGHZ 26, 349 (354 ff.).

delt.²²⁴ BVerfG²²⁵ und BGH²²⁶ begreifen den Anspruch auf Geldentschädigung als Recht, das auf den **Schutzauftrag aus Art. 1 und Art. 2 Abs. 1 GG** zurückgeht. Demgemäß wird der Anspruch auch aus § 823 Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 1 und Art. 2 GG hergeleitet. Er beruht auf dem Gedanken, dass ohne einen solchen Anspruch Verletzungen der Würde und Ehre des Menschen häufig ohne Sanktion blieben mit der Folge, dass der Rechtsschutz der Persönlichkeit verkümmern würde. Die staatliche Pflicht, den Einzelnen vor Gefährdungen seines Persönlichkeitsrechts durch Dritte zu schützen, kann sich daher bis zur **verfassungsrechtlichen Gebotenheit** einer Geldentschädigung verdichten.²²⁷

Der **Gesetzgeber** hat bislang davon abgesehen, den richterrechtlich geschaffenen Anspruch einfachrechtlich zu kodifizieren.²²⁸

Zuletzt hat das BVerfG²²⁹ unter Berufung auf die Rechtsprechung des EGMR²³⁰ eine Erstreckung des Geldentschädigungsanspruchs wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts auf das **Staatshaftungsrecht**, etwa im Rahmen des allgemeinen Aufopferungsanspruchs, angemahnt. Anlass hierfür war eine rechtswidrige, mit einer vollständigen Entkleidung verbundene körperliche Untersuchung eines Strafgefangenen.

b) Funktion

Anders als beim Schmerzensgeld steht bei der Zuerkennung einer Geldentschädigung im Falle einer schweren Persönlichkeitsrechtsverletzung nach der Rechtsprechung des BGH regelmäßig der **Genugtuungsgedanke** im Vordergrund.²³¹ Daneben dient der Anspruch der **Prävention**.²³²

c) Voraussetzungen

Zunächst bedarf es einer **schwerwiegenden Verletzung** des allgemeinen Persönlichkeitsrechts des Geschädigten,²³³ auch in Form einer Verletzung des Rechts am eigenen Bild. Ob die im Raum stehende Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts hinreichend schwer wiegt, ist aufgrund der gesamten Umstände des Einzelfalles zu beurteilen. Dabei sind nach

der Rechtsprechung des BGH²³⁴ insb. Bedeutung und Tragweite des Eingriffs, Anlass und Beweggrund des Handelnden und der Grad seines Verschuldens zu berücksichtigen.

Weiter darf die Beeinträchtigung **nicht in anderer Weise befriedigend aufgefangen** werden können. So kann bei der gebotenen Gesamtwürdigung etwa auch ein erwirkter Unterlassungstitel den Geldentschädigungsanspruch beeinflussen und ggf. sogar ausschließen.²³⁵

Bejaht wurde ein Geldentschädigungsanspruch wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, der nach der Rechtsprechung nur in engen Grenzen zu gewähren ist,²³⁶ etwa im Falle

- nicht erweislich wahrer Behauptungen im Zusammenhang mit der sog. sächsischen Korruptionsaffäre, der Geschädigte sei pädophil, habe eine Beziehung mit einer 14-Jährigen und sei korrupt,²³⁷
- der Veröffentlichung heimlich aufgenommener Bilder des minderjährigen Kindes einer Prominenten,²³⁸
- fortdauernder Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts durch unwahre Tatsachenbehauptung auf der Titelseite einer Zeitschrift (Caroline von Monaco).²³⁹

Verneint wurden die Voraussetzungen trotz Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts etwa

- im Falle der Bezeichnung des Geschädigten als „Arschloch“ als Reaktion auf ein Schreiben, in dem dieser Genugtuung über eine Krebserkrankung des Adressaten zum Ausdruck bringt,²⁴⁰
- bei groben Beleidigungen mittels SMS, wenn ein Unterlassungstitel erwirkt wurde,²⁴¹
- bei Verletzung des Rechts auf ungestörte kindgemäße Entwicklung durch Bezeichnung einer identifizierbaren Grundschülerin als „Möchtegernüberspringerin“ und Wiedergabe einer entsprechenden Begebenheit in einem Buch einer (ehemaligen) Lehrerin bei Unterlassungstitel und (dienstrechtlichem) Ordnungsmittelverfahren,²⁴²
- bei Verletzung des Rechts am eigenen Bild durch die identifizierbare Abbildung einer Frau, die zufällig im Bikini neben einem prominenten Fußballspieler am Strand von Mallorca aufgenommen worden war, in einer Tageszeitung.²⁴³
- im Falle einer Verdachtsberichterstattung, die nur deshalb unzulässig ist, weil dem Betroffen zuvor nicht ausreichend Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden war.²⁴⁴

d) Höhe

Wie beim Schmerzensgeld ist auch bei der Geldentschädigung wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts die Bemessung in erster Linie **Sache des Tatrichters**.²⁴⁵ Entschei-

²²⁴ Vgl. nur BGH, Urt. v. 12.3.2024 – VI ZR 1370/20, Rn 72; Beschl. v. 8.3.2022 – VI ZB 14/21, zfs 2022, 259 Rn 10; Urt. v. 5.10.2004 – VI ZR 255/03, BGHZ 160, 298 (302).

²²⁵ BVerfG, Beschl. v. 14.2.1973 – 1 BvR 112/65, BVerfGE 34, 269 (292) – Soraya.

²²⁶ BGH, Urt. v. 12.3.2024 – VI ZR 1370/20 Rn 70, 72; v. 12.12.1995 – VI ZR 223/94, VersR 1996, 341 (342); v. 5.12.1995 – VI ZR 332/94, VersR 1996, 339 (340); v. 15.11.1994 – VI ZR 56/94, BGHZ 128, 1 (15).

²²⁷ BVerfG, Beschl. v. 2.4.2017 – 1 BvR 2194/15, NJW-RR 2017, 879 Rn 10, 12.

²²⁸ Vgl. BT-Drucks 14/7752, 24f., 55; ferner Ahrens/Spickhoff, Deliktsrecht, § 45 Rn 47.

²²⁹ BVerfG, Beschl. v. 19.5.2023 – 2 BvR 78/22, NVwZ-RR 2023, 649 m. Bspr. Gietl/Amberger, NJW 2023, 3468.

²³⁰ EGMR, Urt. v. 22.10.2020 – Nr. 6780/18 und 30776/18, NJW 2022, 35 Rn 70 ff.

²³¹ Vgl. nur BGH, Urt. v. 29.11.2021 – VI ZR 258/18, BGHZ 232, 68 Rn 10; v. 29.4.2014 – VI ZR 246/12, BGHZ 201, 45 Rn 18, m.w.N.; ferner Urt. v. 29.11.2021 – VI ZR 258/18, NJW 2022, 868 Rn 10.

²³² BGH, Urt. v. 17.12.2013 – VI ZR 211/12, VersR 2014, 381 Rn 38; v. 6.12.2005 – VI ZR 265/04, BGHZ 165, 203 (207), m.w.N.; v. 5.10.2004 – VI ZR 255/03, BGHZ 160, 298 (302).

²³³ BGH, Urt. v. 22.2.2022 – VI ZR 1175/20, NJW 2022, 1751 Rn 44; v. 24.5.2016 – VI ZR 496/15, VersR 2016, 1001 Rn 9.

²³⁴ BGH, Urt. v. 12.3.2024 – VI ZR 1370/20 Rn 70; v. 22.2.2022 – VI ZR 1175/20, NJW 2022, 1751 Rn 44; v. 24.5.2016 – VI ZR 496/15, VersR 2016, 1001 Rn 9, m.w.N.

²³⁵ BGH, Urt. v. 22.2.2022 – VI ZR 1175/20, NJW 2022, 1751 Rn 44; v. 24.5.2016 – VI ZR 496/15, VersR 2016, 1001 Rn 9, m.w.N.

²³⁶ BGH, Urt. v. 14.5.2013 – VI ZR 269/12, BGHZ 197, 213 Rn 31.

²³⁷ BGH, Urt. v. 17.12.2013 – VI ZR 211/12, BGHZ 199, 237 Rn 13 ff.

²³⁸ BGH, Urt. v. 5.10.2004 – VI ZR 255/03, BGHZ 160, 298 (303 ff.).

²³⁹ BGH, Urt. v. 15.11.1994 – VI ZR 56/94, BGHZ 128, 1 (12 f.).

²⁴⁰ BGH, Urt. v. 14.11.2017 – VI ZR 534/15, juris Rn 18 ff.

²⁴¹ BGH, Urt. v. 24.5.2016 – VI ZR 496/15, VersR 2016, 1001 Rn 9 ff.

²⁴² BGH, Urt. v. 15.9.2015 – VI ZR 175/14, BGHZ 206, 347 Rn 37 ff.

²⁴³ BGH, Urt. v. 21.4.2015 – VI ZR 245/14, VersR 2014, 898 Rn 32 ff.

²⁴⁴ BGH, Urt. v. 22.2.2022 – VI ZR 1175/20, NJW 2022, 1751 Rn 45 ff.

²⁴⁵ Vgl. nur BGH, Urt. v. 5.10.2004 – VI ZR 255/03, BGHZ 160, 298 (307).

dend sind die konkreten Umstände des Einzelfalles. Bewirkt die Persönlichkeitsrechtsverletzende Handlung zugleich eine Gesundheitsverletzung des Betroffenen (z.B. Depression), führt dies allerdings nicht zu einer Erhöhung der Geldentschädigung, sondern muss zum Gegenstand eines gesonderten Schmerzensgeldanspruchs gemacht werden.²⁴⁶ Entsprechend müssen mit der Persönlichkeitsrechtsverletzung einhergehende wirtschaftliche Einbußen (z.B. Verlust von Kunden/Aufträgen) zum Gegenstand eines materiellen Schadensersatzanspruchs gemacht werden.²⁴⁷ Umgekehrt ist in Fällen, in denen der Schädiger die Verletzung der Persönlichkeit seines Opfers als Mittel zur Auflagensteigerung und damit zur Verfolgung eigener kommerzieller Interessen eingesetzt hat, die Erzielung von Gewinnen aus der Rechtsverletzung allerdings mit einzubeziehen. In solchen Fällen muss von der Höhe der Geldentschädigung ein echter **Hemmungseffekt** ausgehen. Ein weiterer Bemessungsfaktor ist natürlich die **Intensität der Persönlichkeitsverletzung**, etwa eine nachhaltige Störung des Privatlebens oder eine besondere Hartnäckigkeit entsprechender Rechtsverletzungen. Allerdings darf die Geldentschädigung in Pressesachen keine Höhe erreichen, die die **Pressefreiheit** unverhältnismäßig einschränkt.²⁴⁸

e) Sonstiges

Die Ausführungen zur Besteuerung (oben I. 7.), zur Anrechenbarkeit (oben I. 8.) und zum Prozessualen (oben I. 9.) des Schmerzensgeldanspruchs dürften weitgehend auf den Geldentschädigungsanspruch übertragbar sein.

Besonderheiten gelten hinsichtlich Übertragbarkeit und Vererblichkeit: Ob der Anspruch auf Gewährung einer Geldentschädigung wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts **abtretbar** (und damit pfändbar, § 851 Abs. 1 ZPO) ist, ist höchstrichterlich noch **nicht entschieden**.²⁴⁹ Entschieden ist dagegen, dass der Anspruch **nicht vererblich** ist, wenn er dem Berechtigten nicht noch zu Lebzeiten rechtskräftig zugesprochen wurde.²⁵⁰ An dieser maßgeblich auf die Genugtuungsfunktion des Anspruchs abstellenden Rechtsauffassung hat der BGH zuletzt in seiner Entscheidung zu den sog. „Kohl-Protokollen“ ausdrücklich festgehalten, weil einem Verstorbenen keine Genugtuung mehr verschafft werden könne.²⁵¹ In der Literatur wird die Annahme des BGH, der Anspruch sei grundsätzlich

unvererblich, ganz überwiegend abgelehnt.²⁵² Diese Kritik aufnehmend beabsichtigt der Gesetzgeber nunmehr, die als unlängst empfundene Schutzlücke zu schließen und die Vererblichkeit von Ansprüchen auf Geldentschädigung aufgrund von Persönlichkeitsrechtsverletzungen durch eine Ergänzung des § 1922 BGB klarzustellen.²⁵³

f) Sonderfall: Geldentschädigung wegen Verletzung des Selbstbestimmungsrechts?

In seinem Urteil vom 2.4.2019 (VI ZR 13/18, „Weiterleben als Schaden“)²⁵⁴ hat der VI. Zivilsenat des BGH angedeutet, es könnte einen Anspruch auf Geldentschädigung auch wegen einer Verletzung des Selbstbestimmungsrechts geben, wenn lebenserhaltende Maßnahmen gegen den Willen des Patienten aufrechterhalten werden. Letztlich konnte er dies aber offenlassen, weil ein gegen die im dortigen Fall durchgeführte Sondenernährung stehender Wille des inzwischen verstorbenen Patienten vom Berufungsgericht nicht festgestellt werden konnte. Obwohl das Selbstbestimmungsrecht des Patienten insoweit (auch) dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht entspringt, es sich auch bei einem solchen Anspruch also letztlich um einen Geldentschädigungsanspruch wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts handelt, wäre er vom vorstehend behandelten Anspruch zu unterscheiden. Insbesondere die Vererblichkeitsfrage dürfte hier nach Auffassung der Autoren der „SchmerzensgeldBeträge“ der Natur der Sache nach ohne Weiteres zu bejahen sein.

3. Hinterbliebenengeld

a) Grundsätzliches

Mit Wirkung zum 22.7.2017 wurde in Deutschland das sog. Hinterbliebenengeld eingeführt.²⁵⁵ § 844 Abs. 3 BGB und die entsprechenden Vorschriften in Spezialgesetzen (§ 86 Abs. 3 AMG, § 32 Abs. 4 S. 5 u. 6 GenTG, § 7 Abs. 3 ProdHaftG, § 12 Abs. 3 UmweltHG, § 28 Abs. 3 AtomG, § 10 Abs. 3 StVG, § 5 Abs. 3 HaftPfIIG, § 35 Abs. 3 LuftVG) sehen nun – unterhalb der Schwelle einer medizinisch fassbaren eigenen Gesundheitsverletzung und damit unabhängig von den Voraussetzungen der Schockschadensrechtsprechung – für den Fall der Tötung auch eine angemessene Entschädigung in Geld für das **seelische Leid** vor, das ein **Hinterbliebener** erleidet, der zur Zeit der Verletzung in einem besonderen Näheverhältnis zum Getöteten stand. Der Anspruch auf Hinterbliebenengeld ist Zeichen der Anerkennung für das seelische Leid der Hinterbliebenen, nicht Ausgleich für den Verlust des nahestehenden Menschen.²⁵⁶

²⁴⁶ BGH, Urt. v. 12.3.2024 – VI ZR 1370/20 Rn 72.

²⁴⁷ BGH, Urt. v. 22.2.2022 – VI ZR 1175/20, NJW 2022, 664 Rn 49.

²⁴⁸ Vgl. BGH, Urt. v. 15.11.1994 – VI ZR 56/94, BGHZ 128, 1 (16); ferner Urt. v. 17.12.2013 – VI ZR 211/12, BGHZ 199, 237 Rn 77.

²⁴⁹ Ausdrücklich offengelassen von BGH, Beschl. v. 18.6.2020 – IX ZB 11/19, NJW-RR 2020, 995 Rn 15; v. 22.5.2014 – IX ZB 72/12, NJW-RR 2014, 1009 Rn 16; Urt. v. 24.3.2011 – IX ZR 180/10, BGHZ 189, 65 Rn 36. Das zur alten Rechtslage (§ 847 Abs. 1 S. 2 BGB a.F., der Übertragbarkeit und Vererblichkeit ausschloss) erlangte Urteil des VI. Zivilsenats des BGH v. 25.2.1969 (VI ZR 241/67, VersR 1969, 519, juris Rn 33), das von Unübertragbarkeit ausging, ist dagegen mit Aufhebung des § 847 Abs. 1 S. 2 BGB a.F. zum 1.7.1990 (BGBl. I 1990, 428) überholt.

²⁵⁰ BGH, Urt. v. 23.5.2017 – VI ZR 261/16, BGHZ 215, 117 Rn 12 ff.; v. 29.11.2016 – VI ZR 530/15, NJW 2017, 800 Rn 8; v. 29.4.2014 – VI ZR 246/12, BGHZ 201, 45 Rn 4 ff; ebenso OLG Köln, Urt. v. 29.5.2018 – 15 U 64/17, juris Rn 709 ff. – „Kohl-Protokolle“.

²⁵¹ BGH, Urt. v. 29.11.2021 – 258/18, BGHZ 232, 68 Rn 10 ff.; die Verfassungsbeschwerde der unterlegenen Klägerin wurde nicht zur Entscheidung angenommen, BVerfG, Beschl. v. 24.10.2022 – 1 BvR 110/22, NJW 2023, 757.

²⁵² Vgl. statt vieler: Götting, GRUR 2022, 369 (373 f.); Gsell, NJW 2022, 868 (871); Hager, JA 2022, 338 (339); BeckOGK BGB/Brand, 1.3.2024, BGB § 253 Rn 43.

²⁵³ RegE eines Gesetzes zur Änderung des GVG und zur Vererblichkeit bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen, BT-Drucks 21/15.

²⁵⁴ BGHZ 221, 352 Rn 23; die Verfassungsbeschwerde des unterlegenen Klägers wurde nicht zur Entscheidung angenommen, BVerfG, Beschl. v. 7.4.2022 – 1 BvR 1187/19, juris.

²⁵⁵ BGBl I 2017, 2421; eine erste Bilanz ziehend Wagner, r+s 2025, 241.

²⁵⁶ Vgl. BGH, Urt. v. 6.12.2022 – VI ZR 73/21, NJW 2023, 1438 Rn 13 f.

b) Voraussetzungen

Hinterbliebenengeld kommt – anders als Schmerzensgeld auf der Grundlage der Rechtsprechung zum Schockschaden – nur im Falle der **Tötung** und nicht bei (bloß) schweren Verletzungen in Betracht. Voraussetzung ist ein besonderes **persönliches Näheverhältnis** zum Getöteten. Bei Ehegatten, Lebenspartnern, Eltern oder Kindern des Getöteten wird dieses Näheverhältnis gem. § 844 Abs. 3 S. 2 BGB vermutet. Die Vermutung ist – etwa im Falle der Entfremdung – widerlegbar.²⁵⁷ Auf der anderen Seite ist die Aufzählung nicht abschließend; auch sonstige Personen, die eine besondere soziale Bindung zum Getöteten haben, können anspruchsberechtigt sein. Sie müssen dann aber das besondere Näheverhältnis darlegen und ggf. beweisen.²⁵⁸

Nach Art. 229 § 43 EGBGB ist § 844 Abs. 3 BGB – ebenso wie die spezialgesetzlichen Parallelnormen – nur anwendbar, wenn die zum Tode führende Verletzung nach dem 22.7.2017 eingetreten ist.

c) Höhe

Die nach **§ 287 ZPO** vorzunehmende Bemessung der Hinterbliebenenschädigung darf **nicht schematisch** erfolgen. Maßgeblich ist vielmehr die konkrete seelische Beeinträchtigung des betroffenen Hinterbliebenen, es kommt folglich auf die Besonderheiten des jeweiligen Einzelfalles an. Ähnlich wie beim Schmerzensgeld ist sowohl der Ausgleichs- als auch der Genugtuungsgedanke in den Blick zu nehmen. Die Entschädigung soll dem Hinterbliebenen einen gewissen Ausgleich bieten für die seelischen Beeinträchtigungen, die durch den Tod einer geliebten Person eintreten; auch wenn ein echter Ausgleich nicht möglich ist, soll mit der Entschädigung das mit dem Verlust des Angehörigen verbundene seelische Leid wenigstens gelindert werden. Zugleich soll die Hinterbliebenenschädigung aber auch dem Gedanken Rechnung tragen, dass der Schädiger dem Hinterbliebenen für das, was er ihm durch die Herbeiführung des Todes einer geliebten Person angetan hat, Genugtuung schuldet.²⁵⁹

Maßgeblich sind im Wesentlichen die **Intensität und Dauer des erlittenen seelischen Leids** sowie der Grad des Verschuldens des Schädigers. Dabei lässt sich aus der Art des Näheverhältnisses, der Bedeutung des Verstorbenen für den Anspruchsteller und der Qualität der tatsächlich gelebten Beziehung auf die Intensität des seelischen Leids rückschließen.²⁶⁰ Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Hinterbliebenen sind nach der Rechtsprechung des BGH dagegen wie bei § 253 BGB nur dann zu berücksichtigen, wenn sie sich auf seine seelische Verfassung prägend ausgewirkt haben.²⁶¹ Der im Gesetzentwurf zur Einführung des Hinterbliebenengeldes genannte Betrag von **€ 10 000²⁶²** bietet im Ergebnis eine **Orientierungshilfe**, von der allerdings im Einzelfall sowohl nach unten als auch nach oben abgewichen werden kann.²⁶³ Ohnehin ist auch beim Hinterbliebenengeld der allgemeinen **Geldentwertung**

Rechnung zu tragen, weshalb die einschlägigen Vergleichsentscheidungen in den „SchmerzensgeldBeträgen“ ebenfalls **indexiert** ausgewiesen werden. Mittelbar und im Laufe der Zeit dürfte so auch die „Orientierungsmarke“ von € 10.000 an Bedeutung verlieren.

Zu beachten ist jedoch, dass der dem Hinterbliebenen im Einzelfall zuerkannte Betrag im Regelfall hinter demjenigen zurückbleiben muss, der ihm zusteände, wenn das von ihm erlittene seelische Leid die Qualität einer Gesundheitsverletzung hätte. Im **Verhältnis zum Anspruch auf Zahlung eines Schmerzensgeldes**, das mehr, nämlich eine eigene Gesundheitsverletzung voraussetzt, besteht folglich zur Vermeidung von Wertungswidersprüchen ein **Abstandsgebot**.²⁶⁴

d) Verhältnis zu anderen Vorschriften

aa) Verhältnis zum Schockschaden

Bei dem Hinterbliebenengeld nach § 844 Abs. 3 BGB und dem Schockschadensersatz handelt es sich im Hinblick auf deren Rechtsnatur, Anwendungsbereich und Voraussetzungen um **unterschiedliche materielle Rechtsinstitute**.²⁶⁵ Soweit entweder nur die Voraussetzungen des Anspruchs auf Schockschaden, nicht aber auf Hinterbliebenengeld (z.B. weil der Angehörige „nur“ schwer verletzt wurde) oder nur die Voraussetzungen des Anspruchs auf Hinterbliebenengeld, nicht aber auf Schockschaden (z.B. weil beim Hinterbliebenen keine Gesundheitsverletzung, sondern „nur“ Trauer festgestellt werden kann) vorliegen, stehen die Ansprüche nebeneinander. In diesem Fall ist lediglich das unter c) erläuterte **Abstandsgebot** zu beachten.

Im **Überschneidungsbereich**, also wenn sowohl die Voraussetzungen auf Ersatz eines Schockschadens als auch die auf Zahlung eines Hinterbliebenengeldes vorliegen, geht nach dem eindeutigen Willen des Gesetzgebers „der Anspruch auf Ersatz des Schockschadens dem Anspruch auf Hinterbliebenengeld vor, bzw. letzterer geht in erstgenanntem auf“.²⁶⁶ Es handelt sich insoweit um den seltenen Fall einer **Anspruchskonsumtion**, um eine Doppelkompensation zu vermeiden. Die Frage ist allerdings in der Literatur nicht unumstritten²⁶⁷ und höchststrichterlich noch nicht entschieden.

Prozessual dürfte es sich bei einem Antrag auf Zahlung eines Geldbetrages wegen des Verlustes eines Angehörigen im Überschneidungsbereich von Schockschaden und Hinterbliebenengeld in der Regel um einen **einheitlichen Streitgegenstand** (§ 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO) handeln, unabhängig davon, ob der Anspruch materiell letztlich aus § 823 BGB (Schockschaden) oder aus § 844 Abs. 3 BGB (Hinterbliebenengeld) hergeleitet wird; die Stellung eines Hilfsantrages²⁶⁸ dürfte daher in aller Regel prozessual entbehrlich sein.

²⁵⁷ Vgl. BGH, Beschl. v. 18.5.2020 – 6 StR 48/20, DAR 2020, 465 (466).

²⁵⁸ Müller, VersR 2017, 321 (323).

²⁵⁹ BGH, Urt. v. 6.12.2022 – VI ZR 73/21, NJW 2023, 1438 Rn 13 f., m.w.N.

²⁶⁰ BGH, Urt. v. 6.12.2022 – VI ZR 73/21, NJW 2023, 1438 Rn 15; vgl. auch Urt. v. 23.5.2023 – VI ZR 161/22, VersR 2023, 1036.

²⁶¹ BGH, Urt. v. 23.5.2023 – VI ZR 161/22, VersR 2023, 1036.

²⁶² Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Anspruchs auf Hinterbliebenengeld, BT-Drucks 18/11397, 11; OLG Köln, Urt. v. 5.5.2022 – 18 U 168/21, VersR 2022, 1109, juris Rn 52; LG Leipzig, Urt. v. 8.11.2019 – 5 O 758/19, DAR 2021, 95; LG Tübingen, Urt. v. 17.5.2019 – 3 O 108/18, NZV 2019, 626 (627); MüKoBGB/Wagner, 9. Aufl., § 844 Rn 112; Lang/Bucka, DAR 2020, 445 (450); Lang/Nugel, VersR 2023, 1416 (1421); jeweils m.w.N.

²⁶³ BGH, Urt. v. 6.12.2022 – VI ZR 73/21, NJW 2023, 1438 Rn 18.

²⁶⁴ Vgl. zur Gegenauuffassung etwa Staudinger, DAR 2019, 601 f.: kumulativer Anspruch; differenzierend: BeckOGK BGB/Eichelberger, BGB, Stand 1.10.2024, § 844 Rn 227; offengelassen: OLG Celle, NJW-RR 2022, 1472 Rn 46; jeweils m.w.N.

²⁶⁵ Vgl. dazu aber Quaisser, NZV 2025, 8 (11 in Fn 40).

bb) Haftungsbeschränkung im Unfallversicherungsrecht

Anders als im Fall des Schockschadens²⁶⁹ gilt das unfallversicherungsrechtliche Haftungsprivileg für **Arbeitsunfälle** (§§ 104 Abs. 1, 105 Abs. 1 SGB VII) auch für das Hinterbliebenengeld. Die Verlagerung des Schadensausgleichs in den sozialrechtlichen Bereich erfasst auch die Angehörigen, die in den Schutz des Betriebsfriedens einbezogen werden.²⁷⁰

4. Schadensersatz wegen Verstoßes gegen die DSGVO

a) Grundsätzliches

Nach Art. 82 Abs. 1 DSGVO hat jede Person, der wegen eines Verstoßes gegen die DSGVO, also wegen eines Fehlers bei der Verarbeitung **personenbezogener Daten** i.S.d. Art. 2 Abs. 1 DSGVO ein materieller oder immaterieller Schaden entstanden ist, **unmittelbar aus dem Unionsrecht** Anspruch auf Schadensersatz gegen den Verantwortlichen (Art. 4 Nr. 7 DSGVO) oder gegen den Auftragsverarbeiter (Art. 4 Nr. 8 DSGVO). Es handelt sich um eine **Haftung für vermutetes Verschulden**, bei der dem Verantwortlichen der Beweis obliegt, nicht für den Umstand, durch den der Schaden eingetreten ist, verantwortlich zu sein (Art. 82 Abs. 3, ErwG 146 S. 2 DSGVO).²⁷¹ Der Anspruch dient allein dem Ausgleich des entstandenen Schadens; ein darüber hinausgehender Straf- oder Sanktionscharakter wohnt dem Anspruch nicht inne (**Ausgleichsfunktion**).²⁷²

Der auszugleichende Schaden ist freilich nicht zu gering anzusetzen, ein Datenschutzverstoß nicht als lässliche Sünde einzurichten: Nach der maßgeblichen Rechtsprechung des EuGH wiegt der durch eine Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten entstandene Schaden vielmehr **seiner Natur nach nicht weniger schwer als eine Körperverletzung**.²⁷³

Zahlreiche Details der unionsrechtlichen Vorgaben bedürfen noch der Konturierung durch den EuGH und – soweit es wie etwa bezüglich der Anspruchshöhe innerstaatlichen Spielräume gibt – durch die Rechtsprechung von BGH und BAG. Angesichts der fortschreitenden Digitalisierung nahezu aller Lebensbereiche und der damit zwangsläufig einhergehenden Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten (Art. 4 Nr. 12 DSGVO) lässt sich aber schon jetzt vorhersagen, dass es sich bei dem Anspruch aus Art. 82 DSGVO um eine **zentrale Haftungsnorm der Zukunft** handelt.²⁷⁴

b) Voraussetzungen

Der Anspruch aus Art. 82 Abs. 1 DSGVO beruht auf den folgenden drei Voraussetzungen, die kumulativ vorliegen müssen und vom Anspruchsteller darzulegen und zu beweisen sind:²⁷⁵

1. Verstoß gegen die DSGVO
2. Entstehung eines Schadens, materiell oder immateriell
3. Kausalzusammenhang zwischen Verstoß und Schaden

Ein Verschulden des Verantwortlichen wird dagegen im Falle eines Datenschutzverstoßes grundsätzlich vermutet; die Be-

weislast fehlenden Verschuldens liegt daher beim Verantwortlichen (Beweislastumkehr).²⁷⁶ Im Einzelnen:

aa) Verstoß gegen die DSGVO

Haftungsgrundlegend kann jeder Verstoß gegen die DSGVO (Art. 82 Abs. 1 DSGVO), genauer: **jede nicht der DSGVO entsprechende Verarbeitung personenbezogener Daten** (Art. 82 Abs. 2, ErwG 146 S. 1 DSGVO) sein. „Verarbeitung“ ist nach Art. 4 Nr. 2 DSGVO das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, der Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung von personenbezogenen Daten; in Betracht kommen damit Verstöße z.B. gegen Art. 5, 6, 24 und 32 DSGVO.²⁷⁷ Eine Verletzung der Sicherheit der Daten (Art. 4 Nr. 12 DSGVO) muss mit dem Verstoß als solchem nicht notwendig verbunden sein, dies kann aber für die Frage eines ersatzfähigen Schadens relevant werden. Im Unterschied zum Anspruch auf Geldentschädigung wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts (dazu oben unter 2.c) muss der Verstoß auch **nicht von besonderer Schwere** sein.²⁷⁸

Eine **wichtige Ausnahme** gilt es dabei zu beachten: Die Datenverarbeitung zu **journalistischen Zwecken** unterfällt in Deutschland grundsätzlich nicht dem Anwendungsbereich der DSGVO und damit auch nicht dem Ersatzanspruch aus Art. 82 Abs. 1 DSGVO, weil die Länder insoweit von der Öffnungsklausel des Art. 85 Abs. 2 DSGVO Gebrauch gemacht haben (sog. **Medienprivileg**).²⁷⁹ Eine unrechtmäßige Presseberichterstattung kann daher, auch wenn sich ihre Rechtswidrigkeit gerade aus der Verwendung personenbezogener Daten (z.B. dem Namen oder einem Bild) des Betroffenen ergibt, weiterhin nur unter den strenger Voraussetzungen des Geldentschädigungsanspruchs (oben 2.c) zu einem Ausgleich immateriellen Schadens führen.

Im Anwendungsbereich der DSGVO kann der Betroffene nach Art. 82 Abs. 2 DSGVO nicht nur jeden für die Verarbeitung personenbezogener Daten Verantwortlichen (Art. 4 Nr. 7 DSGVO), sondern, soweit vorhanden, auch jeden Auftragsverarbeiter (Art. 4 Nr. 8 DSGVO) in Anspruch nehmen. Die Anspruchsverpflichteten haften als **Gesamtschuldner** (Art. 82 Abs. 4, ErwG 146 S. 7 ff. DSGVO).

Der Verstoß gegen die DSGVO muss von dem Verantwortlichen verschuldet sein. Dessen **Verschulden** wird aber im Sinne einer Beweislastumkehr zugunsten des Betroffenen so lange **vermutet**, bis der Verantwortliche nachgewiesen hat, dass er in keinerlei Hinsicht für den Umstand, durch den der Schaden entstanden ist, verantwortlich ist (Art. 82 Abs. 3, ErwG 74, 146 S. 2 DSGVO). Der **Entlastungsbeweis** ist geführt,

²⁶⁹ Hierzu BGH, Urt. v. 6.2.2007 – VI ZR 55/06, NJW-RR 2007, 1395.

²⁷⁰ BGH, Urt. v. 8.2.2022 – VI ZR 3/21, BGHZ 233, 1 Rn 12 ff.; krit. Huber, SVR 2025, 4 (9).

²⁷¹ EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 28; Urt. v. 21.12.2023 – C-667/21, EuZW 2024, 270 Rn 94.

²⁷² EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 22.

²⁷³ EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 39.

²⁷⁴ Im Arbeitsrecht gehört Art. 82 DSGVO schon jetzt zum Arsenal nahezu eines jeden Kündigungsschutzstreits.

²⁷⁵ EuGH, Urt. 11.4.2024 – C-741/21 Rn 34 f.

²⁷⁶ EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 28; Urt. v. 21.12.2023 – C-667/21, EuZW 2024, 270 Rn 94.

²⁷⁷ Vgl. EuGH, Urt. v. 25.1.2024 – C-687/21, EuZW 2024, 278 Rn 42 f.; v. 14.12.2023 – C-340/21, NJW 2024, 1091 Rn 52 f. Fraglich ist dagegen, ob auch eine Verletzung des Auskunftsrechts (Art. 15 DSGVO) bereits einen Anspruch aus Art. 82 DSGVO auslösen kann, s. dazu den EuGH-Vorlagebeschluss des BGH vom 20.5.2025 – VI ZR 53/23.

²⁷⁸ EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 30. Dies ist durchaus bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass das allgemeine Persönlichkeitsrecht das „Mutterrecht“ des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung ist (vgl. BVerfG, Urt. v. 15.12.1983 – 1 BvR 209/83 u.a., BVerfGE 65, 1), dessen Schutz die DSGVO dient.

²⁷⁹ BGH, Urt. v. 22.2.2022 – VI ZR 1175/20, NJW 2022, 1751 Rn 18.

wenn der Verantwortliche im konkreten Fall nachweist, alle nach Art. 24 und Art. 32 DSGVO gebotenen Maßnahmen technischer und organisatorischer Art getroffen zu haben.²⁸⁰ Hierfür gelten strenge Anforderungen. Für eine Haftungsbefreiung reicht es nicht aus, sich auf das Fehlverhalten nachgeordneter Personen zu berufen, die Weisungen nicht befolgt hätten.²⁸¹ Wurde die Verletzungshandlung von Dritten (Art. 4 Nr. 10 DSGVO), etwa Cyberkriminellen/Hackern begangen, muss der Verantwortliche zu seiner Entlastung nachweisen, dass das von ihm vorgehaltene Schutzniveau insb. unter Berücksichtigung des Stands der Technik (Art. 32 Abs. 1 DSGVO) angemessen war.²⁸²

bb) Schaden

Der unionsrechtliche Begriff des Schadens i.S.d. Art. 82 Abs. 1 DSGVO ist unabhängig von nationalen Vorstellungen, d.h. autonom und in der gesamten Union einheitlich²⁸³ „weit auf eine Art und Weise [auszulegen], die den Zielen [der DSGVO] in vollem Umfang entspricht“ (ErwG 146 S. 3). Maßgeblich ist letztlich die Rechtsprechung des EuGH. Danach handelt es sich – dem Wortlaut des Art. 82 Abs. 1 DSGVO folgend – beim Entstehen eines Schadens um eine **eigenständige Anspruchsvoraussetzung**. Das Vorliegen eines Datenschutzverstoßes reicht für sich genommen nicht für die Begründung des Anspruchs aus,²⁸⁴ der Eintritt eines **individuellen Schadens des Betroffenen** ist neben dem Datenschutzverstoß vielmehr zusätzlich zu prüfen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass insofern **keine Bagatellgrenze** existiert, der Schaden also keine wie auch immer geartete Erheblichkeitsschwelle überschreiten muss.²⁸⁵

Im Ergebnis kann auch die durch einen Verstoß gegen die DSGVO ausgelöste **Befürchtung** des Betroffenen, seine personenbezogenen Daten könnten von Dritten missbraucht werden, und damit der – auch nur kurzzeitige – **Verlust der Kontrolle** über personenbezogene Daten schon einen immateriellen Schaden i.S.d. Art. 82 Abs. 1 DSGVO darstellen (vgl. ErwG 75, 85).²⁸⁶ Zu einem darüberhinausgehenden Identitätsdiebstahl infolge des Kontrollverlustes muss es nicht gekommen sein.²⁸⁷ Der Kontrollverlust selbst ist aber vom Betroffenen nachzuweisen; die bloße Behauptung eines befürchteten Kontrollverlustes genügt ebenso wenig²⁸⁸ wie das nur hypothetisch gebliebene Risiko einer missbräuchlichen Verwendung in einem Fall, in dem der unbefugte Dritte nachweislich keine Kenntnis von den personenbezogenen Daten des Betroffenen genommen hat.²⁸⁹

cc) Kausalzusammenhang

Der haftungsbegründende Verstoß gegen die DSGVO muss **ursächlich** für den entstandenen individuellen Schaden des Betroffenen gewesen sein (vgl. Art. 82 Abs. 1 DSGVO: „wegen eines Verstoßes ... Schaden entstanden“).²⁹⁰ Eine **Mitursächlichkeit** reicht insoweit nach allgemeinen Grundsätzen aus; insbesondere hindert auch das vorsätzliche **Hinzutreten Dritter** (z.B. Hacker), die sich eine unzureichende Sicherung von personenbezogenen Daten zunutze machen und diese abgreifen, den Kausalzusammenhang zwischen unzureichender Sicherung der Daten durch den Verantwortlichen und dem durch den Datendiebstahl entstandenen Schaden nicht.²⁹¹

c) Höhe

Die Bemessung der Höhe des nach Art. 82 DSGVO geschuldeten Schadensersatzes richtet sich mangels einer unionsrechtlichen Bestimmung letztlich zwar nach **nationalem Recht**,²⁹² das **Unionsrecht** macht aber eine Reihe von **Vorgaben**:

- Nach dem **Äquivalenzgrundsatz** dürfen die verfahrensrechtlichen Modalitäten zur Durchsetzung des unionsrechtlichen Anspruchs nicht ungünstiger sein als die diejenigen zur Durchsetzung innerstaatlich begründeter Ansprüche; nach dem **Effektivitätsgrundsatz** darf die Ausübung des unionsrechtlichen Anspruchs diesen nicht praktisch unmöglich machen oder übermäßig erschweren.²⁹³
- Mit dem nach Art. 82 DSGVO zu gewährenden Betrag ist der konkrete (immaterielle) Schaden des Betroffenen **vollständig auszugleichen** (vgl. ErwG 146 S. 6); nicht weniger, aber auch nicht mehr (allein Ausgleichsfunktion). Das bedeutet nach unten, dass auch ein geringfügiger Schaden auszugleichen ist (**keine Bagatellgrenze**),²⁹⁴ und nach oben, dass der zuzusprechende Betrag nicht über den vollständigen Ersatz des Schadens des Betroffenen hinausgehen darf,²⁹⁵ auch wenn im Ergebnis nur ein geringer Betrag verbleibt.²⁹⁶ Insbesondere hat der Anspruch aus Art. 82 DSGVO **keine Straf- funktion**, die Zumessungskriterien der Art. 83 f. DSGVO finden folglich keine Anwendung.²⁹⁷ Die Schwere des Datenschutzverstoßes spielt daher für sich genommen ebenso wenig eine Rolle wie die Anzahl der Verstöße oder der Grad des Verschuldens (soweit dem Schädiger nicht der Entlastungsbeweis gelingt).²⁹⁸ Auch die Verletzung weiterer Vorschriften (etwa des Berufsrechts) außerhalb der DSGVO ist nicht geeignet, den Anspruch aus Art. 82 DSGVO zu erhöhen, sie kann allerdings zusätzliche Ansprüche auslösen.²⁹⁹

Bei Beachtung dieser Vorgaben obliegt die Bemessung des Schadens nach allgemeinen Grundsätzen des deutschen Rechts dem Tatrichter, es gilt **§ 287 ZPO**.³⁰⁰ Die bisherige Rechtsprechung ist freilich von einer großen Spannbreite ge-

²⁸⁰ EuGH, Urt. v. 25.1.2024 – C-687/21, EuZW 2024, 278 Rn 38 ff.; v. 21.12.2023 – C-667/21, EuZW 2024, 270 Rn 96; v. 14.12.2023 – C-340/21, NJW 2024, 1091 Rn 52.

²⁸¹ EuGH, Urt. v. 11.4.2024 – C-741/21, NJW 2024, 1561 Rn 51 ff.

²⁸² EuGH, Urt. v. 14.12.2023 – C-340/21, NJW 2024, 1091 Rn 71 ff.

²⁸³ EuGH, Urt. v. 4.5.2023 – C-300/21, NJW 2023, 1930 Rn 29 f.

²⁸⁴ EuGH, Urt. v. 4.5.2023 – C-300/21, NJW 2023, 1930 Rn 32 ff.

²⁸⁵ EuGH, Urt. v. 14.12.2023 – C-456/22, EuZW 2024, 166 Rn 12 ff.; v. 4.5.2023 – C-300/21, NJW 2023, 1930 Rn 45 ff.

²⁸⁶ EuGH, Urt. v. 4.10.2024 – C-200/23 Rn 145, 156, 137; v. 25.1.2024 – C-687/21, EuZW 2024, 278 Rn 66; v. 14.12.2023 – C-456/22, EuZW 2024, 166 Rn 22; v. 14.12.2023 – C-340/21, NJW 2024, 1091 Rn 82; BGH, Urt. v. 18.11.2024 – VI ZR 10/24, BGHZ 242, 180 Rn 27 ff.

²⁸⁷ EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 57.

²⁸⁸ EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-590/22 Rn 35.

²⁸⁹ EuGH, Urt. v. 25.1.2024 – C-687/21, EuZW 2024, 278 Rn 68 f.

²⁹⁰ EuGH, Urt. v. 4.5.2023 – C-300/21, NJW 2023, 1930 Rn 32 ff.

²⁹¹ Vgl. EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22.

²⁹² EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 27.

²⁹³ EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 32 f.

²⁹⁴ EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 44. Im Einzelfall kann allerdings eine Entschuldigung zum Ausgleich genügen, s. EuGH, Urt. v. 4.10.2024 – C-507/24, NJW 2025, 141 Rn 30 ff.

²⁹⁵ EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-590/22 Rn 41.

²⁹⁶ EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 45.

²⁹⁷ EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-182/22 u. 189/22 Rn 22; v. 11.4.2024 – C-741/21, NJW 2024, 1561 Rn 56.

²⁹⁸ EuGH, Urt. v. 11.4.2024 – C-741/21, NJW 2024, 1561 Rn 64; v. 21.12.2023 – C-667/21, EuZW 2024, 270 Rn 103.

²⁹⁹ EuGH, Urt. v. 20.6.2024 – C-590/22 Rn 45 ff.

³⁰⁰ Zu den insoweit bestehenden Vorgaben ausführlich BGH, Urt. v. 18.11.2024 – VI ZR 10/24, BGHZ 242, 180 Rn 98 ff.

prägt. Es wird Aufgabe von Arbeitshilfen wie dieser sein, für die Zukunft einen verlässlichen Rahmen zur Bemessung des immateriellen Schadens aus Art. 82 DSGVO zu schaffen. Hinsichtlich der **bis in die jüngere Vergangenheit zu Art. 82 DSGVO ergangenen Entscheidungen**³⁰¹ ist dagegen höchste **Vorsicht** geboten: Die vor der Konturierung durch die jüngsten EuGH-Entscheidungen ergangenen Entscheidungen deutscher Gerichte sind fast durchgehend (jedenfalls auch) von falschen Bemessungskriterien (z.B. Abschreckungsfunktion, Grad des Verschuldens) ausgegangen und dürften größtenteils überholt sein.

³⁰¹ Vgl. dazu etwa die lfd. Nrn. 3266, 3267, 3326, 3350, 3353, 3355, 3362, 3363, 3364, 3385, 3386, 3383, 3387 der Schmerzensgeldtabelle.

B. Entscheidungen deutscher Gerichte

Verzeichnis der Urteile	37	Zahnbeschädigung, Zahnverlust, Zahnschmerzen.....	252
		durch vorsätzliche Körperverletzung.....	254
		sonstige.....	256
I. Zusammenstellung nach Art der Verletzung	49	Hals	257
Arm	49	Allgemeine Verletzungen.....	257
Amputation.....	49	Hand, Handgelenk, Finger	258
Bruch.....	52	Amputation.....	259
Oberarmbruch.....	56	Bruch.....	261
Unterarmbruch.....	64	Sonstige Verletzungen.....	273
Ellenbogen.....	73	Verletzungen Bänder, Sehnen, Muskeln u. Ä.....	279
Sonstiger Armbuch.....	77	Hüfte	283
Sonstige Verletzungen.....	77	Bruch.....	283
Becken	83	Sonstige Verletzungen.....	289
Bruch.....	83	Arthrose.....	296
Sonstige Verletzungen.....	89	Innere Organe	296
Bein	90	Bauch und Magen.....	296
Prellungen, Blutergüsse und allg. Verletzungen.....	91	Darm.....	302
Knie.....	93	Herz und Kreislauf.....	311
Bruch.....	94	Leber, Galle.....	315
Sonstige Verletzungen.....	110	Lunge, Luftröhre, Zwerchfell.....	317
Verletzungen Bänder, Sehnen, Muskeln u. Ä.....	116	Milz.....	324
Arthrose.....	125	Niere, Blase, Harnröhre.....	327
Oberschenkel.....	125	Kopf	334
Amputation.....	126	Gehirnerschütterung.....	334
Bruch.....	130	Gehirnverletzungen.....	335
Sonstige Verletzungen.....	145	Schädelhirntrauma 1. Grades.....	359
Verletzungen Bänder, Sehnen, Muskeln u. Ä.....	147	Schädelhirntrauma 2. Grades.....	366
Unterschenkel.....	148	Schädelhirntrauma 3. Grades.....	370
Amputation.....	148	Kopfwunden.....	382
Bruch.....	152	durch vorsätzliche Körperverletzung.....	384
Sonstige Verletzungen.....	174	Schädelbruch.....	385
Verletzungen, Bänder, Sehnen, Muskeln u. Ä.....	176	Prellungen, Blutergüsse.....	390
Brust und Brustkorb	177	Haare.....	392
Bruch.....	177	Nerven	395
Quetschungen, Prellungen und sonstige Verletzungen.....	180	Epilepsie und sonstige Krampfanfälle.....	396
Rippenbruch.....	184	Lähmung.....	398
Fuß mit Sprunggelenk	186	Zerreißung, Durchtrennung, Reizung, Einklemmung u. Ä.....	411
Amputation.....	187	Sensibilitätsausfall und Sensibilitätsstörungen.....	418
Bruch (auch Knöchelbruch).....	188	Rücken	420
Sonstige Verletzungen.....	211	Allgemeine Verletzungen.....	420
Verletzungen Bänder, Sehnen, Muskeln u. Ä.....	216	Schulter.....	421
Arthrose.....	218	Bruch (auch Schlüsselbeinbruch).....	423
Zehe (Bruch und sonstige Verletzungen).....	218	Sonstige Verletzungen.....	432
Geschlechtsorgane/Sexualstörungen	221	Verletzungen Bänder, Sehnen, Muskeln u. Ä.....	435
männlich.....	221	Wirbelsäule mit Lendenwirbel.....	444
weiblich.....	224	Wirbelsäule (Brustwirbel, Lendenwirbel, Kreuzbein, Steißbein).....	448
Amputation Brust.....	230	HWS-Schleudertrauma und sonstige Verletzungen.....	465
Gesicht	233	Querschnittslähmung.....	512
Bruch.....	233	Sinnesorgane	530
durch vorsätzliche Körperverletzung.....	238	Auge.....	530
Allgemeine Verletzungen (Nase, Stirn, Lippen, Zunge, etc.).....	241	Verletzungen.....	530
durch vorsätzliche Körperverletzung.....	244	Verlust oder Beeinträchtigung des Sehvermögens.....	533
Gesichtsnarben und -entstellungen.....	246	Verlust des Auges.....	545
durch vorsätzliche Körperverletzung.....	247	Verlust und Beeinträchtigung von Geruchs- und Geschmackssinn.....	547
Kieferverletzungen und Kieferbrüche.....	248		
durch vorsätzliche Körperverletzung.....	251		

Ohr.....	548	Persönlichkeitsrechtsverletzung.....	777
Schwerhörigkeit oder Beeinträchtigung des Hörvermögens.....	548	Polytraumen.....	827
Sonstige Verletzungen.....	553	Produkthaftung.....	894
Stimmbänder, Kehlkopf und sonstige Sprachstörungen.....	555	Psychische Schäden.....	894
Thrombose.....	558	Psychische Primärschäden, insb. Schockschäden und Posttraumatische Belastungsstörung.....	896
Verbrennungen.....	560	durch Miterleben von Unfalltod, Erhalt der Unfallnachricht.....	919
Verätzungen, Vergiftungen, Strahlenschäden.....	567	durch Fehldiagnose.....	930
Verletzungen mit Todesfolge.....	570	Hinterbliebenengeld.....	932
		Psychische Folgeschäden nach physischem Primärschaden.....	942
II. Häufige Verletzungsarten.....	586	Schussverletzung.....	958
Distorsion.....	586	Sportunfälle.....	961
Entzündungen und Infektionen.....	586	Sterilisation u. Ä.....	962
Quetschungen.....	591	Ungewollte Schwangerschaft und Geburt.....	963
Quetschungen.....	591	Vergewaltigung, sexueller Missbrauch u. Ä.....	965
Risswunden.....	591	Erwachsene.....	965
Schnitt- und Platzwunden.....	592	Kinder.....	972
Verrenkungen.....	592	Verletzung der Verkehrssicherungspflicht.....	983
Versteifung.....	592	Verzögerliche Schadensregulierung.....	985
		Vorsätzliche Körperverletzung.....	986
III. Besondere Verletzungsarten, Verletzungsursachen und Verletzungsfolgen.....	593		
Aids.....	593		
Behandlungsfehler, Ärztlicher Kunst- und Aufklärungsfehler.....	594		
Behandlungsfehler.....	597		
bei Schönheitsoperationen.....	652		
mit Todesfolge.....	657		
Zahn.....	666		
Fehlende Aufklärung/Einwilligung.....	686		
Dekubitus.....	703		
Geburtsschäden.....	704		
Fehlgeburt, Totgeburt, vorzeitige Wehen u.Ä.....	704		
Hirnschäden.....	705		
Sonstige Schäden.....	736		
Freiheitsentziehung.....	739		
Hundebisswunden und sonstige Verletzungen durch Tiere.....	747		
Messerstich.....	767		
Mobbing/Diskriminierung.....	772		
Narbe (entstellend).....	775		

Verzeichnis der Urteile

Urteile 1–320

1	S. 49	57	S. 66	114	S. 80	167	S. 94	223	S. 111	275	S. 124
2	S. 50	58	S. 66	115	S. 80	169	S. 94	224	S. 111	276	S. 124
3	S. 50	59	S. 66	116	S. 80	170	S. 95	225	S. 112	277	S. 124
4	S. 50	60	S. 66	117	S. 80	171	S. 95	226	S. 112	279	S. 125
5	S. 51	61	S. 67	118	S. 81	172	S. 95	227	S. 112	280	S. 125
6	S. 51	63	S. 67	119	S. 81	173	S. 95	228	S. 112	281	S. 126
7	S. 51	64	S. 67	120	S. 81	174	S. 95	229	S. 112	282	S. 126
8	S. 52	65	S. 68	121	S. 81	176	S. 96	230	S. 112	283	S. 127
9	S. 53	66	S. 68	122	S. 82	177	S. 96	231	S. 113	284	S. 127
10	S. 54	67	S. 68	123	S. 83	178	S. 96	232	S. 113	285	S. 128
11	S. 55	68	S. 69	124	S. 83	179	S. 97	233	S. 113	286	S. 128
12	S. 56	69	S. 70	125	S. 83	181	S. 97	234	S. 113	287	S. 129
16	S. 56	71	S. 70	126	S. 84	182	S. 97	235	S. 113	288	S. 129
18	S. 56	72	S. 70	128	S. 84	183	S. 98	236	S. 114	289	S. 129
19	S. 57	73	S. 70	129	S. 84	184	S. 98	237	S. 114	290	S. 130
20	S. 57	74	S. 70	130	S. 84	185	S. 99	238	S. 114	291	S. 130
21	S. 57	75	S. 71	131	S. 84	186	S. 99	239	S. 114	292	S. 131
22	S. 57	76	S. 71	132	S. 84	187	S. 99	240	S. 115	293	S. 131
23	S. 57	77	S. 71	133	S. 85	189	S. 99	241	S. 115	294	S. 131
24	S. 57	78	S. 71	134	S. 85	190	S. 100	242	S. 115	295	S. 131
25	S. 57	79	S. 71	135	S. 85	191	S. 100	243	S. 116	296	S. 131
26	S. 58	80	S. 72	136	S. 85	192	S. 101	244	S. 116	297	S. 132
27	S. 58	81	S. 72	137	S. 86	193	S. 101	245	S. 116	298	S. 132
28	S. 58	82	S. 72	138	S. 86	194	S. 102	246	S. 116	299	S. 132
29	S. 58	83	S. 72	139	S. 86	195	S. 102	247	S. 116	300	S. 132
30	S. 58	84	S. 72	140	S. 87	196	S. 103	248	S. 116	301	S. 133
31	S. 59	85	S. 73	141	S. 87	197	S. 103	249	S. 117	302	S. 133
32	S. 59	86	S. 73	142	S. 87	198	S. 103	250	S. 117	303	S. 133
33	S. 59	87	S. 74	143	S. 88	199	S. 103	251	S. 117	304	S. 133
34	S. 59	88	S. 75	144	S. 88	200	S. 104	252	S. 117	305	S. 134
35	S. 59	90	S. 75	145	S. 89	201	S. 104	253	S. 117	306	S. 134
36	S. 60	91	S. 76	146	S. 89	202	S. 105	254	S. 118	307	S. 134
37	S. 60	92	S. 76	147	S. 89	203	S. 105	256	S. 118	308	S. 134
38	S. 60	93	S. 76	148	S. 90	204	S. 105	257	S. 118	309	S. 134
39	S. 61	94	S. 77	149	S. 90	205	S. 105	258	S. 119	310	S. 135
40	S. 61	95	S. 77	150	S. 90	206	S. 105	259	S. 119	311	S. 135
41	S. 62	96	S. 77	151	S. 90	207	S. 106	260	S. 119	312	S. 135
42	S. 62	97	S. 77	152	S. 91	208	S. 106	261	S. 119	313	S. 135
43	S. 62	98	S. 77	153	S. 91	209	S. 107	262	S. 120	314	S. 136
44	S. 63	99	S. 78	154	S. 91	210	S. 108	263	S. 120	315	S. 136
46	S. 63	100	S. 78	156	S. 92	211	S. 109	264	S. 120	316	S. 136
47	S. 63	101	S. 78	157	S. 92	212	S. 110	265	S. 121	317	S. 136
48	S. 64	102	S. 78	158	S. 92	213	S. 110	266	S. 121	318	S. 137
49	S. 64	103	S. 79	159	S. 92	214	S. 110	267	S. 121	319	S. 137
50	S. 65	104	S. 79	160	S. 92	215	S. 110	268	S. 122	320	S. 137
51	S. 65	107	S. 79	161	S. 92	217	S. 110	269	S. 122		
52	S. 65	109	S. 79	162	S. 92	218	S. 110	270	S. 122		
53	S. 65	110	S. 79	163	S. 93	219	S. 110	271	S. 123		
54	S. 65	111	S. 80	164	S. 93	220	S. 111	272	S. 123		
55	S. 65	112	S. 80	165	S. 93	221	S. 111	273	S. 123		
56	S. 66	113	S. 80	166	S. 94	222	S. 111	274	S. 123		

Urteile 321–648

321	S. 137	374	S. 153	427	S. 169	481	S. 181	538	S. 192	594	S. 206
322	S. 138	375	S. 153	428	S. 169	482	S. 182	540	S. 192	595	S. 207
323	S. 138	376	S. 153	429	S. 170	483	S. 182	541	S. 193	596	S. 207
325	S. 138	377	S. 154	430	S. 170	484	S. 182	542	S. 193	598	S. 208
326	S. 139	378	S. 154	431	S. 171	485	S. 182	544	S. 193	599	S. 208
327	S. 139	379	S. 155	432	S. 171	486	S. 182	545	S. 194	601	S. 209
328	S. 139	380	S. 155	433	S. 172	487	S. 182	546	S. 194	602	S. 209
329	S. 140	381	S. 155	434	S. 172	488	S. 182	547	S. 194	603	S. 209
330	S. 140	382	S. 155	435	S. 172	489	S. 182	548	S. 194	604	S. 210
331	S. 141	383	S. 155	436	S. 172	490	S. 183	549	S. 195	605	S. 210
332	S. 141	384	S. 156	437	S. 173	491	S. 183	551	S. 195	606	S. 210
333	S. 142	385	S. 156	438	S. 173	493	S. 184	552	S. 195	607	S. 211
334	S. 142	386	S. 156	439	S. 174	494	S. 184	553	S. 196	608	S. 211
335	S. 142	387	S. 156	440	S. 174	496	S. 184	554	S. 196	609	S. 211
336	S. 143	388	S. 157	441	S. 174	497	S. 184	555	S. 196	610	S. 211
337	S. 143	389	S. 157	442	S. 174	498	S. 184	557	S. 197	611	S. 211
338	S. 144	390	S. 158	443	S. 174	499	S. 185	558	S. 197	612	S. 212
339	S. 144	391	S. 158	444	S. 174	500	S. 185	559	S. 197	613	S. 212
340	S. 144	392	S. 159	445	S. 174	501	S. 185	560	S. 197	614	S. 212
341	S. 144	393	S. 159	447	S. 175	502	S. 185	561	S. 197	615	S. 212
342	S. 145	394	S. 160	448	S. 175	503	S. 185	562	S. 197	616	S. 212
343	S. 145	395	S. 160	449	S. 175	504	S. 185	563	S. 198	617	S. 212
344	S. 145	396	S. 160	450	S. 175	505	S. 185	564	S. 198	618	S. 212
345	S. 145	397	S. 161	451	S. 176	506	S. 185	565	S. 198	619	S. 212
346	S. 146	398	S. 161	452	S. 176	507	S. 186	566	S. 198	620	S. 213
347	S. 146	399	S. 161	453	S. 176	508	S. 187	567	S. 199	621	S. 213
348	S. 146	400	S. 161	454	S. 176	509	S. 187	568	S. 199	622	S. 213
349	S. 146	401	S. 162	456	S. 177	510	S. 187	569	S. 199	623	S. 214
350	S. 146	402	S. 162	457	S. 177	511	S. 188	570	S. 200	624	S. 214
351	S. 147	404	S. 162	459	S. 177	512	S. 188	571	S. 200	625	S. 214
352	S. 147	405	S. 162	460	S. 178	513	S. 188	573	S. 200	626	S. 215
353	S. 147	406	S. 163	461	S. 178	514	S. 188	574	S. 200	628	S. 215
354	S. 147	407	S. 163	462	S. 178	516	S. 188	575	S. 201	629	S. 215
355	S. 148	408	S. 163	463	S. 178	518	S. 189	576	S. 201	630	S. 216
356	S. 148	409	S. 164	464	S. 179	519	S. 189	577	S. 201	631	S. 216
358	S. 148	410	S. 164	465	S. 179	522	S. 189	579	S. 202	632	S. 216
359	S. 149	411	S. 164	466	S. 179	523	S. 189	580	S. 202	633	S. 216
360	S. 149	412	S. 165	467	S. 179	524	S. 190	581	S. 202	634	S. 217
361	S. 149	414	S. 165	468	S. 180	525	S. 190	582	S. 203	635	S. 217
362	S. 150	415	S. 166	469	S. 180	526	S. 190	583	S. 203	638	S. 218
363	S. 150	416	S. 166	470	S. 180	527	S. 190	584	S. 203	639	S. 218
364	S. 150	417	S. 166	471	S. 180	529	S. 190	585	S. 204	640	S. 218
366	S. 150	418	S. 166	472	S. 180	530	S. 190	586	S. 204	641	S. 218
367	S. 150	419	S. 167	473	S. 180	531	S. 191	587	S. 204	642	S. 218
368	S. 151	420	S. 167	474	S. 181	532	S. 191	588	S. 205	643	S. 219
369	S. 151	422	S. 167	475	S. 181	533	S. 191	589	S. 205	644	S. 219
370	S. 152	423	S. 168	476	S. 181	534	S. 191	590	S. 205	645	S. 219
371	S. 152	424	S. 168	477	S. 181	535	S. 192	591	S. 205	646	S. 220
372	S. 152	425	S. 169	478	S. 181	536	S. 192	592	S. 206	647	S. 220
373	S. 152	426	S. 169	479	S. 181	537	S. 192	593	S. 206	648	S. 220

Urteile 649–997

649	S. 221	708	S. 234	766	S. 244	824	S. 253	890	S. 263	944	S. 277
650	S. 221	709	S. 234	767	S. 244	825	S. 253	891	S. 263	945	S. 278
651	S. 221	711	S. 234	768	S. 245	826	S. 253	892	S. 264	946	S. 278
652	S. 222	712	S. 234	769	S. 245	827	S. 253	893	S. 264	947	S. 278
653	S. 222	715	S. 235	770	S. 245	828	S. 254	894	S. 265	948	S. 279
654	S. 222	716	S. 235	771	S. 245	829	S. 254	895	S. 265	949	S. 279
656	S. 223	717	S. 235	772	S. 245	830	S. 254	896	S. 265	950	S. 279
657	S. 223	718	S. 236	773	S. 245	831	S. 254	897	S. 265	951	S. 279
659	S. 223	719	S. 236	774	S. 245	832	S. 254	899	S. 265	952	S. 279
660	S. 223	720	S. 236	775	S. 245	833	S. 254	900	S. 265	953	S. 279
661	S. 223	721	S. 236	778	S. 246	836	S. 255	901	S. 266	954	S. 280
662	S. 224	722	S. 237	779	S. 246	837	S. 255	902	S. 266	955	S. 280
663	S. 224	723	S. 237	780	S. 246	840	S. 255	903	S. 266	956	S. 280
664	S. 224	724	S. 237	782	S. 246	841	S. 255	905	S. 267	957	S. 280
665	S. 225	725	S. 237	783	S. 246	842	S. 255	906	S. 267	958	S. 280
666	S. 225	727	S. 238	784	S. 246	843	S. 256	907	S. 268	959	S. 281
667	S. 225	728	S. 238	785	S. 246	844	S. 256	908	S. 268	960	S. 281
668	S. 225	729	S. 238	786	S. 246	845	S. 256	909	S. 268	961	S. 281
669	S. 226	730	S. 238	787	S. 247	846	S. 256	910	S. 268	962	S. 281
670	S. 226	731	S. 238	789	S. 247	847	S. 256	911	S. 269	963	S. 282
671	S. 227	733	S. 239	790	S. 247	848	S. 257	912	S. 269	964	S. 283
672	S. 227	734	S. 239	791	S. 247	849	S. 257	913	S. 270	967	S. 283
673	S. 227	735	S. 239	792	S. 247	850	S. 257	914	S. 270	968	S. 283
674	S. 227	736	S. 239	793	S. 247	852	S. 257	915	S. 271	970	S. 284
675	S. 227	739	S. 239	794	S. 248	853	S. 258	916	S. 271	971	S. 285
676	S. 228	740	S. 239	796	S. 248	854	S. 258	917	S. 271	972	S. 285
678	S. 228	741	S. 240	797	S. 248	855	S. 258	918	S. 272	973	S. 286
679	S. 228	742	S. 240	798	S. 248	858	S. 259	919	S. 272	974	S. 286
680	S. 229	743	S. 240	799	S. 248	859	S. 259	920	S. 272	975	S. 286
681	S. 229	744	S. 240	801	S. 249	860	S. 259	921	S. 273	976	S. 287
682	S. 229	745	S. 240	802	S. 249	865	S. 259	923	S. 273	977	S. 287
684	S. 229	746	S. 241	803	S. 249	867	S. 260	924	S. 273	978	S. 287
685	S. 230	747	S. 241	804	S. 249	868	S. 260	926	S. 273	979	S. 287
686	S. 230	748	S. 241	805	S. 250	869	S. 260	927	S. 274	980	S. 288
687	S. 231	749	S. 241	806	S. 250	870	S. 261	928	S. 274	981	S. 288
689	S. 231	751	S. 241	807	S. 250	874	S. 261	929	S. 274	982	S. 288
691	S. 231	752	S. 242	808	S. 251	875	S. 261	930	S. 274	983	S. 288
692	S. 231	753	S. 242	809	S. 251	877	S. 261	931	S. 274	984	S. 288
693	S. 232	754	S. 242	811	S. 251	878	S. 261	932	S. 274	985	S. 289
694	S. 232	755	S. 242	812	S. 251	879	S. 261	933	S. 275	986	S. 289
695	S. 232	756	S. 242	813	S. 251	880	S. 261	934	S. 275	987	S. 289
696	S. 235	757	S. 242	814	S. 251	881	S. 261	935	S. 275	988	S. 289
697	S. 233	758	S. 242	815	S. 252	882	S. 262	936	S. 275	989	S. 289
699	S. 233	759	S. 243	816	S. 252	883	S. 262	937	S. 275	990	S. 290
700	S. 233	760	S. 243	818	S. 252	884	S. 262	938	S. 275	991	S. 290
701	S. 233	761	S. 243	819	S. 252	885	S. 262	939	S. 276	992	S. 290
702	S. 233	762	S. 243	820	S. 252	886	S. 262	940	S. 276	993	S. 290
703	S. 233	763	S. 243	821	S. 252	887	S. 262	941	S. 276	995	S. 290
706	S. 234	764	S. 244	822	S. 253	888	S. 262	942	S. 276	996	S. 291
707	S. 234	765	S. 244	823	S. 253	889	S. 263	943	S. 277	997	S. 291

Urteile 998–1323

998	S. 291	1049	S. 307	1099	S. 320	1152	S. 333	1206	S. 348	1264	S. 366
999	S. 291	1050	S. 307	1100	S. 320	1153	S. 333	1207	S. 348	1265	S. 366
1000	S. 292	1051	S. 308	1101	S. 320	1155	S. 333	1208	S. 348	1266	S. 366
1002	S. 292	1052	S. 308	1102	S. 320	1156	S. 333	1209	S. 349	1268	S. 367
1003	S. 292	1053	S. 308	1103	S. 320	1157	S. 334	1210	S. 349	1269	S. 367
1004	S. 292	1054	S. 309	1104	S. 321	1158	S. 334	1211	S. 349	1271	S. 367
1005	S. 293	1055	S. 309	1105	S. 321	1159	S. 334	1213	S. 350	1272	S. 367
1006	S. 293	1056	S. 310	1106	S. 321	1160	S. 334	1214	S. 350	1273	S. 367
1007	S. 293	1057	S. 311	1107	S. 321	1161	S. 334	1215	S. 351	1274	S. 368
1008	S. 294	1058	S. 311	1108	S. 322	1162	S. 335	1216	S. 351	1275	S. 368
1009	S. 295	1059	S. 311	1109	S. 322	1164	S. 335	1217	S. 352	1276	S. 369
1010	S. 295	1060	S. 312	1110	S. 323	1165	S. 335	1218	S. 352	1277	S. 369
1011	S. 296	1061	S. 312	1112	S. 324	1166	S. 336	1219	S. 353	1278	S. 369
1012	S. 296	1062	S. 312	1113	S. 324	1167	S. 336	1220	S. 354	1279	S. 370
1013	S. 297	1063	S. 312	1114	S. 325	1168	S. 336	1221	S. 354	1281	S. 371
1014	S. 297	1064	S. 312	1115	S. 325	1169	S. 336	1223	S. 355	1283	S. 371
1015	S. 297	1065	S. 313	1116	S. 325	1170	S. 337	1224	S. 355	1284	S. 371
1016	S. 297	1066	S. 313	1117	S. 325	1171	S. 337	1225	S. 356	1285	S. 371
1017	S. 297	1067	S. 313	1118	S. 325	1173	S. 337	1226	S. 356	1286	S. 372
1018	S. 297	1068	S. 314	1119	S. 326	1174	S. 337	1227	S. 357	1288	S. 372
1019	S. 297	1069	S. 314	1120	S. 326	1175	S. 337	1228	S. 356	1290	S. 372
1020	S. 298	1070	S. 314	1121	S. 326	1176	S. 338	1229	S. 357	1291	S. 373
1021	S. 298	1071	S. 314	1122	S. 326	1177	S. 338	1230	S. 358	1293	S. 373
1022	S. 298	1072	S. 315	1123	S. 327	1178	S. 338	1231	S. 358	1294	S. 373
1023	S. 298	1073	S. 315	1124	S. 327	1179	S. 338	1232	S. 359	1295	S. 374
1024	S. 298	1074	S. 315	1125	S. 327	1180	S. 339	1233	S. 359	1297	S. 374
1025	S. 299	1075	S. 315	1126	S. 328	1181	S. 339	1234	S. 360	1299	S. 374
1026	S. 299	1076	S. 315	1127	S. 328	1182	S. 339	1235	S. 360	1300	S. 375
1027	S. 300	1077	S. 316	1128	S. 329	1184	S. 340	1238	S. 360	1301	S. 375
1028	S. 301	1078	S. 316	1130	S. 329	1185	S. 340	1239	S. 361	1302	S. 375
1029	S. 302	1079	S. 316	1131	S. 329	1186	S. 340	1240	S. 361	1303	S. 376
1030	S. 302	1080	S. 316	1132	S. 329	1187	S. 341	1242	S. 361	1304	S. 376
1031	S. 302	1081	S. 316	1134	S. 329	1188	S. 341	1243	S. 361	1305	S. 377
1032	S. 302	1082	S. 317	1135	S. 330	1189	S. 341	1245	S. 362	1306	S. 377
1033	S. 302	1083	S. 317	1136	S. 330	1190	S. 342	1246	S. 362	1307	S. 378
1034	S. 302	1084	S. 317	1137	S. 330	1191	S. 343	1247	S. 362	1308	S. 379
1035	S. 303	1085	S. 317	1138	S. 330	1192	S. 343	1248	S. 362	1309	S. 379
1036	S. 303	1086	S. 317	1139	S. 331	1193	S. 344	1249	S. 363	1310	S. 379
1037	S. 303	1087	S. 317	1140	S. 331	1194	S. 344	1250	S. 363	1312	S. 380
1038	S. 304	1088	S. 318	1141	S. 331	1195	S. 344	1252	S. 363	1313	S. 380
1039	S. 304	1089	S. 318	1142	S. 331	1196	S. 345	1253	S. 363	1314	S. 380
1040	S. 304	1090	S. 318	1143	S. 331	1197	S. 345	1254	S. 363	1315	S. 381
1041	S. 305	1091	S. 318	1144	S. 331	1198	S. 345	1255	S. 363	1316	S. 382
1042	S. 305	1092	S. 319	1145	S. 331	1199	S. 345	1256	S. 364	1317	S. 382
1043	S. 305	1093	S. 319	1146	S. 332	1200	S. 346	1257	S. 364	1318	S. 382
1044	S. 305	1094	S. 319	1147	S. 332	1201	S. 346	1258	S. 364	1319	S. 382
1045	S. 306	1095	S. 319	1148	S. 332	1202	S. 347	1259	S. 364	1320	S. 383
1046	S. 306	1096	S. 320	1149	S. 332	1203	S. 347	1260	S. 364	1321	S. 383
1047	S. 306	1097	S. 320	1150	S. 332	1204	S. 347	1261	S. 365	1322	S. 383
1048	S. 307	1098	S. 320	1151	S. 333	1205	S. 348	1263	S. 365	1323	S. 384

Urteile 1325–1669

1325	S. 384	1382	S. 398	1440	S. 412	1500	S. 425	1555	S. 440	1609	S. 456
1326	S. 384	1383	S. 398	1441	S. 412	1502	S. 425	1556	S. 441	1611	S. 456
1327	S. 384	1384	S. 398	1442	S. 413	1503	S. 426	1557	S. 442	1612	S. 456
1328	S. 385	1385	S. 398	1443	S. 413	1504	S. 426	1558	S. 443	1614	S. 456
1329	S. 385	1386	S. 399	1444	S. 413	1505	S. 426	1559	S. 443	1615	S. 456
1331	S. 385	1388	S. 399	1445	S. 413	1506	S. 426	1560	S. 444	1617	S. 457
1332	S. 385	1389	S. 399	1446	S. 414	1507	S. 427	1561	S. 444	1618	S. 457
1334	S. 385	1391	S. 399	1447	S. 414	1508	S. 427	1562	S. 444	1619	S. 457
1335	S. 385	1392	S. 399	1448	S. 414	1509	S. 427	1563	S. 445	1620	S. 457
1336	S. 386	1393	S. 400	1449	S. 414	1510	S. 427	1564	S. 445	1621	S. 458
1337	S. 387	1394	S. 400	1450	S. 415	1512	S. 427	1565	S. 446	1622	S. 458
1338	S. 387	1395	S. 400	1451	S. 415	1513	S. 428	1566	S. 446	1623	S. 458
1339	S. 387	1396	S. 400	1452	S. 415	1514	S. 428	1567	S. 446	1624	S. 458
1340	S. 387	1397	S. 401	1453	S. 415	1515	S. 428	1568	S. 446	1625	S. 458
1341	S. 388	1398	S. 401	1454	S. 416	1516	S. 428	1569	S. 447	1626	S. 459
1342	S. 388	1399	S. 401	1455	S. 416	1517	S. 429	1570	S. 447	1627	S. 459
1344	S. 388	1400	S. 401	1456	S. 416	1518	S. 430	1571	S. 448	1628	S. 459
1345	S. 388	1401	S. 402	1457	S. 417	1519	S. 430	1572	S. 448	1629	S. 459
1346	S. 389	1402	S. 402	1458	S. 417	1521	S. 430	1573	S. 448	1630	S. 460
1347	S. 389	1403	S. 402	1459	S. 418	1522	S. 431	1574	S. 448	1632	S. 460
1348	S. 389	1405	S. 403	1462	S. 418	1523	S. 431	1575	S. 448	1633	S. 460
1350	S. 390	1406	S. 403	1463	S. 418	1524	S. 431	1577	S. 449	1634	S. 460
1351	S. 390	1407	S. 404	1464	S. 418	1525	S. 431	1578	S. 449	1635	S. 461
1352	S. 390	1408	S. 404	1465	S. 419	1526	S. 432	1579	S. 449	1636	S. 461
1353	S. 390	1409	S. 404	1467	S. 419	1527	S. 432	1580	S. 449	1637	S. 461
1354	S. 391	1410	S. 405	1469	S. 419	1528	S. 432	1581	S. 450	1639	S. 461
1355	S. 391	1411	S. 405	1470	S. 419	1529	S. 432	1582	S. 450	1640	S. 462
1356	S. 391	1412	S. 405	1471	S. 420	1530	S. 432	1583	S. 450	1642	S. 463
1358	S. 391	1413	S. 406	1472	S. 421	1531	S. 432	1584	S. 450	1643	S. 464
1360	S. 391	1414	S. 406	1473	S. 421	1532	S. 432	1586	S. 450	1644	S. 464
1361	S. 391	1415	S. 406	1474	S. 421	1533	S. 433	1587	S. 450	1645	S. 464
1362	S. 392	1416	S. 406	1475	S. 421	1534	S. 433	1588	S. 451	1646	S. 465
1363	S. 392	1417	S. 407	1476	S. 421	1535	S. 433	1590	S. 451	1647	S. 465
1364	S. 392	1418	S. 407	1477	S. 422	1536	S. 434	1591	S. 451	1649	S. 465
1365	S. 392	1419	S. 407	1478	S. 422	1537	S. 434	1592	S. 451	1650	S. 466
1366	S. 393	1420	S. 408	1479	S. 422	1538	S. 434	1593	S. 451	1651	S. 466
1368	S. 393	1421	S. 408	1480	S. 423	1540	S. 434	1594	S. 452	1652	S. 466
1369	S. 393	1422	S. 408	1482	S. 423	1541	S. 435	1595	S. 452	1653	S. 466
1370	S. 393	1424	S. 409	1483	S. 423	1542	S. 435	1596	S. 452	1654	S. 466
1371	S. 394	1425	S. 409	1484	S. 423	1544	S. 436	1597	S. 452	1655	S. 466
1372	S. 394	1426	S. 409	1486	S. 423	1545	S. 436	1598	S. 452	1657	S. 467
1373	S. 395	1428	S. 410	1487	S. 424	1546	S. 436	1599	S. 453	1658	S. 467
1374	S. 395	1429	S. 410	1489	S. 424	1547	S. 437	1600	S. 453	1659	S. 467
1375	S. 396	1431	S. 410	1491	S. 424	1548	S. 437	1601	S. 453	1660	S. 468
1376	S. 396	1432	S. 411	1492	S. 424	1549	S. 438	1603	S. 453	1661	S. 468
1377	S. 396	1433	S. 411	1493	S. 424	1550	S. 438	1604	S. 454	1663	S. 468
1378	S. 396	1434	S. 411	1494	S. 424	1551	S. 439	1605	S. 454	1664	S. 468
1379	S. 397	1437	S. 412	1495	S. 424	1552	S. 439	1606	S. 454	1666	S. 468
1380	S. 397	1438	S. 412	1496	S. 425	1553	S. 439	1607	S. 454	1667	S. 469
1381	S. 397	1439	S. 412	1497	S. 425	1554	S. 440	1608	S. 455	1669	S. 469

Urteile 1670–2016

1670	S. 469	1730	S. 475	1791	S. 483	1850	S. 494	1904	S. 510	1961	S. 527
1671	S. 469	1731	S. 475	1792	S. 483	1851	S. 494	1905	S. 510	1962	S. 528
1672	S. 469	1732	S. 475	1793	S. 483	1852	S. 494	1906	S. 511	1963	S. 528
1673	S. 469	1733	S. 475	1794	S. 483	1853	S. 494	1907	S. 511	1964	S. 529
1674	S. 469	1734	S. 475	1795	S. 483	1854	S. 495	1908	S. 511	1965	S. 529
1675	S. 469	1735	S. 476	1796	S. 483	1855	S. 495	1909	S. 512	1966	S. 529
1676	S. 469	1736	S. 476	1798	S. 483	1856	S. 496	1910	S. 512	1967	S. 530
1677	S. 469	1737	S. 476	1799	S. 483	1857	S. 496	1911	S. 512	1968	S. 530
1678	S. 470	1738	S. 476	1801	S. 484	1859	S. 496	1912	S. 513	1969	S. 530
1679	S. 470	1739	S. 476	1802	S. 484	1860	S. 496	1913	S. 513	1970	S. 531
1680	S. 470	1740	S. 476	1803	S. 484	1861	S. 497	1914	S. 513	1971	S. 531
1682	S. 470	1742	S. 476	1804	S. 485	1863	S. 497	1915	S. 513	1972	S. 531
1683	S. 470	1743	S. 477	1805	S. 485	1864	S. 497	1916	S. 513	1973	S. 532
1684	S. 470	1744	S. 477	1806	S. 485	1865	S. 498	1917	S. 514	1974	S. 532
1685	S. 470	1745	S. 477	1807	S. 485	1866	S. 498	1919	S. 514	1975	S. 532
1686	S. 470	1746	S. 477	1808	S. 486	1867	S. 499	1920	S. 514	1976	S. 532
1687	S. 471	1748	S. 477	1809	S. 486	1869	S. 499	1921	S. 515	1978	S. 533
1688	S. 471	1749	S. 477	1810	S. 486	1870	S. 500	1923	S. 515	1980	S. 533
1689	S. 471	1750	S. 478	1811	S. 486	1871	S. 500	1924	S. 516	1982	S. 533
1691	S. 471	1752	S. 478	1812	S. 486	1872	S. 500	1925	S. 516	1983	S. 533
1692	S. 471	1753	S. 478	1813	S. 486	1873	S. 501	1926	S. 516	1984	S. 534
1694	S. 471	1754	S. 478	1814	S. 486	1874	S. 501	1927	S. 517	1985	S. 534
1695	S. 471	1755	S. 478	1816	S. 487	1875	S. 501	1928	S. 517	1986	S. 534
1697	S. 472	1757	S. 478	1817	S. 487	1876	S. 501	1930	S. 517	1987	S. 534
1698	S. 472	1758	S. 479	1818	S. 487	1877	S. 502	1931	S. 518	1989	S. 534
1699	S. 472	1759	S. 479	1821	S. 487	1878	S. 502	1933	S. 518	1990	S. 535
1700	S. 472	1760	S. 479	1822	S. 487	1879	S. 502	1934	S. 518	1991	S. 535
1701	S. 472	1761	S. 479	1823	S. 487	1880	S. 502	1935	S. 518	1992	S. 535
1702	S. 472	1762	S. 479	1825	S. 488	1881	S. 503	1936	S. 518	1993	S. 535
1703	S. 472	1763	S. 479	1826	S. 488	1883	S. 503	1937	S. 519	1994	S. 536
1704	S. 473	1764	S. 479	1827	S. 488	1884	S. 504	1938	S. 519	1995	S. 536
1705	S. 473	1765	S. 479	1829	S. 488	1885	S. 504	1939	S. 519	1996	S. 536
1707	S. 473	1767	S. 480	1830	S. 488	1886	S. 504	1940	S. 520	1998	S. 536
1708	S. 473	1768	S. 480	1831	S. 488	1887	S. 504	1942	S. 520	1999	S. 536
1709	S. 473	1769	S. 480	1832	S. 488	1888	S. 505	1943	S. 521	2000	S. 537
1710	S. 473	1770	S. 480	1833	S. 489	1889	S. 505	1944	S. 521	2001	S. 537
1712	S. 473	1771	S. 480	1834	S. 489	1890	S. 505	1945	S. 521	2002	S. 537
1713	S. 473	1773	S. 480	1835	S. 489	1891	S. 505	1946	S. 522	2003	S. 537
1714	S. 473	1774	S. 480	1836	S. 489	1892	S. 506	1947	S. 523	2004	S. 538
1715	S. 474	1776	S. 481	1837	S. 490	1893	S. 507	1948	S. 524	2006	S. 538
1716	S. 474	1777	S. 481	1838	S. 490	1894	S. 507	1949	S. 525	2007	S. 539
1721	S. 474	1778	S. 481	1839	S. 490	1895	S. 508	1950	S. 524	2008	S. 539
1722	S. 474	1779	S. 481	1840	S. 491	1896	S. 508	1951	S. 525	2009	S. 539
1723	S. 474	1780	S. 481	1841	S. 491	1897	S. 508	1952	S. 525	2010	S. 539
1724	S. 474	1781	S. 482	1843	S. 491	1898	S. 508	1953	S. 526	2011	S. 540
1725	S. 474	1782	S. 482	1844	S. 492	1899	S. 509	1954	S. 526	2012	S. 540
1726	S. 475	1785	S. 482	1845	S. 492	1900	S. 509	1955	S. 526	2013	S. 540
1727	S. 475	1786	S. 482	1846	S. 493	1901	S. 509	1957	S. 526	2014	S. 540
1728	S. 475	1787	S. 482	1847	S. 493	1902	S. 510	1959	S. 527	2015	S. 541
1729	S. 475	1788	S. 482	1848	S. 493	1903	S. 510	1960	S. 527	2016	S. 541

Urteile 2017–2321

2017	S. 541	2068	S. 553	2119	S. 563	2170	S. 578	2220	S. 597	2271	S. 610
2018	S. 541	2069	S. 553	2120	S. 563	2171	S. 578	2221	S. 597	2272	S. 610
2019	S. 541	2070	S. 553	2122	S. 563	2172	S. 579	2222	S. 597	2273	S. 610
2020	S. 542	2071	S. 553	2123	S. 563	2173	S. 579	2223	S. 597	2274	S. 610
2021	S. 542	2072	S. 553	2124	S. 564	2174	S. 579	2224	S. 598	2275	S. 611
2022	S. 542	2073	S. 554	2125	S. 564	2175	S. 579	2225	S. 598	2276	S. 611
2023	S. 543	2074	S. 554	2126	S. 564	2176	S. 580	2226	S. 598	2277	S. 611
2024	S. 544	2075	S. 554	2127	S. 564	2177	S. 580	2228	S. 599	2278	S. 612
2025	S. 544	2076	S. 554	2128	S. 565	2178	S. 580	2229	S. 599	2279	S. 612
2026	S. 544	2077	S. 555	2129	S. 565	2179	S. 581	2230	S. 599	2280	S. 613
2027	S. 544	2078	S. 555	2130	S. 565	2180	S. 581	2231	S. 599	2281	S. 613
2029	S. 545	2079	S. 555	2131	S. 566	2181	S. 581	2232	S. 599	2282	S. 613
2030	S. 545	2080	S. 556	2132	S. 566	2182	S. 582	2233	S. 600	2283	S. 613
2031	S. 545	2081	S. 556	2133	S. 567	2183	S. 582	2234	S. 600	2284	S. 614
2032	S. 546	2082	S. 556	2134	S. 567	2184	S. 583	2235	S. 600	2285	S. 614
2033	S. 546	2083	S. 556	2135	S. 567	2185	S. 583	2236	S. 600	2286	S. 614
2034	S. 546	2084	S. 556	2136	S. 567	2186	S. 583	2237	S. 600	2287	S. 614
2035	S. 547	2085	S. 557	2137	S. 567	2187	S. 584	2238	S. 601	2288	S. 615
2036	S. 547	2086	S. 557	2138	S. 567	2188	S. 584	2239	S. 601	2289	S. 616
2037	S. 547	2087	S. 558	2139	S. 567	2189	S. 584	2240	S. 601	2290	S. 616
2038	S. 547	2088	S. 558	2140	S. 567	2190	S. 585	2241	S. 601	2291	S. 616
2039	S. 547	2089	S. 558	2141	S. 568	2191	S. 585	2242	S. 602	2292	S. 617
2040	S. 547	2090	S. 558	2142	S. 568	2192	S. 586	2243	S. 602	2293	S. 617
2041	S. 548	2091	S. 559	2143	S. 568	2193	S. 586	2244	S. 602	2294	S. 617
2042	S. 548	2092	S. 559	2144	S. 569	2194	S. 587	2245	S. 603	2295	S. 618
2043	S. 548	2093	S. 559	2145	S. 569	2195	S. 587	2246	S. 603	2296	S. 618
2044	S. 548	2094	S. 559	2146	S. 569	2196	S. 588	2247	S. 603	2297	S. 618
2045	S. 548	2095	S. 559	2147	S. 570	2197	S. 588	2248	S. 603	2298	S. 619
2046	S. 548	2096	S. 559	2148	S. 570	2198	S. 588	2249	S. 604	2299	S. 619
2047	S. 549	2097	S. 560	2149	S. 570	2199	S. 589	2250	S. 604	2300	S. 619
2048	S. 549	2098	S. 560	2150	S. 570	2200	S. 589	2251	S. 604	2301	S. 620
2049	S. 549	2099	S. 560	2151	S. 571	2201	S. 590	2252	S. 604	2302	S. 620
2050	S. 549	2100	S. 560	2152	S. 571	2202	S. 590	2253	S. 604	2303	S. 620
2051	S. 549	2101	S. 560	2153	S. 571	2203	S. 591	2254	S. 604	2304	S. 621
2052	S. 550	2102	S. 560	2154	S. 571	2204	S. 592	2255	S. 605	2305	S. 622
2053	S. 550	2103	S. 560	2155	S. 571	2205	S. 592	2256	S. 605	2306	S. 622
2054	S. 550	2104	S. 560	2156	S. 572	2206	S. 592	2257	S. 606	2307	S. 623
2055	S. 550	2105	S. 561	2157	S. 572	2207	S. 593	2258	S. 606	2308	S. 623
2056	S. 550	2106	S. 561	2158	S. 572	2208	S. 593	2259	S. 607	2309	S. 623
2057	S. 550	2107	S. 561	2159	S. 573	2209	S. 593	2260	S. 607	2310	S. 624
2058	S. 550	2108	S. 561	2160	S. 575	2210	S. 593	2261	S. 607	2312	S. 625
2059	S. 551	2109	S. 561	2161	S. 576	2211	S. 594	2262	S. 607	2313	S. 625
2060	S. 551	2110	S. 561	2162	S. 576	2212	S. 594	2263	S. 607	2314	S. 626
2061	S. 551	2111	S. 562	2163	S. 576	2213	S. 594	2264	S. 608	2315	S. 626
2062	S. 551	2112	S. 562	2164	S. 576	2214	S. 595	2265	S. 608	2316	S. 626
2063	S. 551	2113	S. 562	2165	S. 577	2215	S. 595	2266	S. 608	2317	S. 626
2064	S. 552	2115	S. 562	2166	S. 577	2216	S. 596	2267	S. 609	2318	S. 627
2065	S. 552	2116	S. 562	2167	S. 577	2217	S. 596	2268	S. 609	2319	S. 627
2066	S. 552	2117	S. 563	2168	S. 578	2218	S. 596	2269	S. 609	2320	S. 627
2067	S. 553	2118	S. 563	2169	S. 578	2219	S. 597	2270	S. 609	2321	S. 628

Urteile 2322–2626

2322	S. 628	2373	S. 651	2425	S. 668	2476	S. 680	2526	S. 696	2577	S. 715
2323	S. 628	2374	S. 651	2426	S. 668	2477	S. 680	2527	S. 697	2578	S. 715
2324	S. 628	2375	S. 651	2427	S. 668	2478	S. 681	2528	S. 697	2579	S. 716
2325	S. 629	2376	S. 652	2428	S. 668	2479	S. 681	2529	S. 698	2580	S. 716
2326	S. 629	2377	S. 653	2429	S. 668	2480	S. 682	2530	S. 698	2581	S. 717
2327	S. 630	2379	S. 653	2431	S. 668	2481	S. 683	2531	S. 698	2582	S. 717
2328	S. 630	2380	S. 653	2432	S. 669	2482	S. 683	2532	S. 699	2583	S. 717
2329	S. 630	2381	S. 653	2433	S. 669	2483	S. 683	2533	S. 700	2584	S. 718
2330	S. 631	2382	S. 653	2434	S. 669	2484	S. 683	2534	S. 701	2585	S. 718
2331	S. 631	2383	S. 654	2435	S. 669	2485	S. 683	2535	S. 701	2586	S. 719
2332	S. 631	2384	S. 654	2436	S. 669	2486	S. 684	2536	S. 701	2587	S. 719
2333	S. 632	2385	S. 654	2437	S. 670	2487	S. 684	2537	S. 702	2588	S. 720
2334	S. 632	2386	S. 654	2438	S. 670	2488	S. 685	2538	S. 702	2589	S. 720
2335	S. 633	2387	S. 655	2439	S. 670	2489	S. 685	2539	S. 703	2590	S. 721
2336	S. 634	2388	S. 655	2440	S. 670	2490	S. 686	2540	S. 703	2591	S. 721
2337	S. 635	2389	S. 655	2441	S. 671	2491	S. 686	2541	S. 703	2592	S. 721
2338	S. 635	2390	S. 655	2442	S. 671	2492	S. 686	2542	S. 703	2593	S. 722
2339	S. 636	2391	S. 656	2443	S. 671	2493	S. 687	2543	S. 704	2594	S. 722
2340	S. 636	2392	S. 656	2444	S. 672	2494	S. 687	2544	S. 704	2595	S. 722
2341	S. 637	2393	S. 657	2445	S. 672	2495	S. 687	2545	S. 704	2596	S. 723
2342	S. 637	2394	S. 657	2446	S. 673	2496	S. 688	2546	S. 705	2597	S. 723
2343	S. 637	2395	S. 657	2447	S. 673	2497	S. 688	2547	S. 705	2598	S. 724
2344	S. 637	2397	S. 658	2448	S. 673	2498	S. 688	2548	S. 705	2599	S. 724
2345	S. 638	2398	S. 658	2449	S. 673	2499	S. 689	2549	S. 705	2600	S. 725
2346	S. 638	2399	S. 658	2450	S. 673	2500	S. 689	2550	S. 705	2601	S. 725
2347	S. 639	2400	S. 659	2451	S. 674	2501	S. 689	2551	S. 706	2602	S. 726
2348	S. 639	2401	S. 659	2452	S. 674	2502	S. 689	2552	S. 706	2603	S. 727
2349	S. 640	2402	S. 660	2453	S. 674	2503	S. 689	2553	S. 706	2604	S. 728
2350	S. 640	2403	S. 661	2454	S. 674	2504	S. 690	2554	S. 706	2605	S. 729
2351	S. 642	2404	S. 661	2455	S. 675	2505	S. 690	2555	S. 707	2606	S. 730
2352	S. 642	2405	S. 662	2456	S. 675	2506	S. 690	2556	S. 707	2607	S. 731
2353	S. 642	2406	S. 662	2457	S. 675	2507	S. 690	2557	S. 707	2608	S. 732
2354	S. 643	2407	S. 663	2458	S. 675	2508	S. 690	2558	S. 707	2609	S. 732
2355	S. 643	2408	S. 663	2459	S. 676	2509	S. 691	2559	S. 708	2610	S. 734
2356	S. 644	2409	S. 663	2460	S. 676	2510	S. 691	2560	S. 708	2611	S. 733
2357	S. 644	2410	S. 664	2461	S. 676	2511	S. 691	2561	S. 709	2612	S. 733
2358	S. 644	2411	S. 664	2462	S. 676	2512	S. 692	2562	S. 709	2613	S. 735
2359	S. 645	2412	S. 665	2463	S. 676	2513	S. 692	2563	S. 710	2614	S. 735
2360	S. 645	2413	S. 665	2464	S. 677	2514	S. 692	2564	S. 710	2615	S. 736
2361	S. 645	2414	S. 665	2465	S. 677	2515	S. 693	2565	S. 711	2616	S. 736
2362	S. 646	2415	S. 666	2466	S. 677	2516	S. 693	2566	S. 711	2617	S. 737
2363	S. 646	2416	S. 666	2467	S. 678	2517	S. 693	2567	S. 712	2618	S. 737
2364	S. 646	2417	S. 666	2468	S. 678	2518	S. 693	2568	S. 712	2619	S. 737
2365	S. 647	2418	S. 666	2469	S. 678	2519	S. 693	2569	S. 712	2620	S. 738
2366	S. 647	2419	S. 666	2470	S. 679	2520	S. 694	2570	S. 713	2621	S. 738
2367	S. 647	2420	S. 666	2471	S. 679	2521	S. 694	2571	S. 713	2622	S. 738
2368	S. 648	2421	S. 667	2472	S. 679	2522	S. 695	2572	S. 714	2623	S. 738
2370	S. 649	2422	S. 667	2473	S. 679	2523	S. 695	2573	S. 714	2624	S. 738
2371	S. 650	2423	S. 667	2474	S. 679	2524	S. 695	2575	S. 714	2625	S. 739
2372	S. 650	2424	S. 667	2475	S. 680	2525	S. 696	2576	S. 715	2626	S. 739

Urteile 2627–2928

2627	S. 739	2678	S. 752	2728	S. 764	2779	S. 786	2829	S. 808	2879	S. 833
2628	S. 739	2679	S. 752	2729	S. 764	2780	S. 786	2830	S. 809	2880	S. 834
2629	S. 739	2680	S. 752	2730	S. 765	2781	S. 786	2831	S. 809	2881	S. 835
2630	S. 740	2681	S. 752	2731	S. 765	2782	S. 786	2832	S. 809	2882	S. 836
2631	S. 740	2682	S. 752	2732	S. 765	2783	S. 787	2833	S. 810	2883	S. 836
2632	S. 740	2683	S. 753	2733	S. 765	2784	S. 787	2834	S. 810	2884	S. 837
2633	S. 740	2684	S. 753	2734	S. 766	2785	S. 787	2835	S. 810	2885	S. 837
2634	S. 741	2685	S. 753	2735	S. 767	2786	S. 787	2836	S. 811	2886	S. 837
2635	S. 742	2686	S. 753	2736	S. 767	2787	S. 789	2837	S. 812	2887	S. 838
2636	S. 742	2687	S. 754	2737	S. 768	2788	S. 789	2838	S. 812	2888	S. 838
2637	S. 742	2688	S. 754	2738	S. 768	2789	S. 789	2839	S. 813	2889	S. 839
2638	S. 743	2689	S. 754	2739	S. 768	2790	S. 789	2840	S. 814	2890	S. 840
2639	S. 743	2690	S. 755	2740	S. 768	2791	S. 789	2841	S. 815	2891	S. 841
2640	S. 743	2691	S. 755	2741	S. 769	2792	S. 790	2842	S. 816	2892	S. 842
2641	S. 744	2692	S. 755	2742	S. 769	2793	S. 790	2843	S. 816	2893	S. 842
2642	S. 744	2693	S. 755	2743	S. 769	2794	S. 790	2844	S. 816	2894	S. 843
2643	S. 745	2694	S. 756	2744	S. 770	2795	S. 790	2845	S. 816	2895	S. 843
2644	S. 745	2695	S. 756	2745	S. 770	2796	S. 790	2846	S. 817	2896	S. 843
2645	S. 746	2696	S. 756	2746	S. 770	2797	S. 792	2847	S. 817	2897	S. 843
2646	S. 746	2697	S. 757	2747	S. 771	2798	S. 793	2848	S. 818	2898	S. 844
2647	S. 747	2698	S. 757	2748	S. 771	2799	S. 793	2849	S. 818	2899	S. 844
2649	S. 747	2699	S. 757	2749	S. 771	2800	S. 793	2850	S. 819	2900	S. 844
2650	S. 747	2700	S. 757	2750	S. 772	2801	S. 794	2851	S. 819	2901	S. 845
2651	S. 747	2701	S. 758	2751	S. 772	2802	S. 794	2852	S. 819	2902	S. 845
2652	S. 747	2702	S. 758	2752	S. 772	2803	S. 794	2853	S. 819	2903	S. 845
2653	S. 747	2703	S. 758	2753	S. 772	2804	S. 796	2854	S. 820	2904	S. 846
2654	S. 747	2704	S. 758	2754	S. 773	2805	S. 796	2855	S. 820	2905	S. 846
2655	S. 747	2705	S. 758	2755	S. 773	2806	S. 797	2856	S. 821	2906	S. 847
2656	S. 748	2706	S. 759	2756	S. 774	2807	S. 797	2857	S. 821	2907	S. 847
2657	S. 748	2707	S. 759	2757	S. 774	2808	S. 798	2858	S. 822	2908	S. 848
2658	S. 748	2708	S. 759	2758	S. 775	2809	S. 798	2859	S. 822	2909	S. 849
2659	S. 749	2709	S. 759	2759	S. 775	2810	S. 798	2860	S. 822	2910	S. 849
2660	S. 749	2710	S. 759	2760	S. 775	2811	S. 801	2861	S. 823	2911	S. 850
2661	S. 749	2711	S. 760	2761	S. 775	2812	S. 801	2862	S. 823	2912	S. 851
2662	S. 749	2712	S. 760	2762	S. 775	2813	S. 802	2863	S. 824	2913	S. 851
2663	S. 749	2713	S. 760	2763	S. 776	2814	S. 803	2864	S. 824	2914	S. 852
2664	S. 749	2714	S. 760	2764	S. 777	2815	S. 803	2865	S. 825	2915	S. 854
2665	S. 750	2715	S. 760	2765	S. 778	2816	S. 804	2866	S. 825	2916	S. 854
2666	S. 750	2716	S. 761	2766	S. 778	2817	S. 804	2867	S. 826	2917	S. 855
2667	S. 750	2717	S. 761	2768	S. 779	2818	S. 804	2868	S. 826	2918	S. 855
2668	S. 750	2718	S. 761	2769	S. 779	2819	S. 804	2869	S. 826	2919	S. 855
2669	S. 750	2719	S. 761	2770	S. 779	2820	S. 805	2870	S. 827	2920	S. 856
2670	S. 751	2720	S. 761	2771	S. 779	2821	S. 805	2871	S. 827	2921	S. 856
2671	S. 751	2721	S. 762	2772	S. 779	2822	S. 805	2872	S. 829	2922	S. 857
2672	S. 751	2722	S. 762	2773	S. 779	2823	S. 806	2873	S. 830	2923	S. 858
2673	S. 751	2723	S. 762	2774	S. 782	2824	S. 807	2874	S. 831	2924	S. 859
2674	S. 751	2724	S. 763	2775	S. 784	2825	S. 807	2875	S. 831	2925	S. 859
2675	S. 751	2725	S. 763	2776	S. 785	2826	S. 807	2876	S. 831	2926	S. 860
2676	S. 752	2726	S. 763	2777	S. 786	2827	S. 807	2877	S. 831	2927	S. 860
2677	S. 752	2727	S. 764	2778	S. 786	2828	S. 808	2878	S. 832	2928	S. 861

Urteile 2929–3231

2929	S. 862	2980	S. 894	3030	S. 913	3082	S. 932	3132	S. 950	3182	S. 967
2930	S. 863	2981	S. 894	3031	S. 914	3083	S. 933	3133	S. 950	3183	S. 968
2931	S. 863	2982	S. 895	3032	S. 914	3084	S. 933	3134	S. 950	3184	S. 968
2932	S. 864	2983	S. 896	3033	S. 914	3085	S. 934	3135	S. 950	3185	S. 969
2933	S. 864	2984	S. 897	3034	S. 914	3086	S. 934	3136	S. 951	3186	S. 970
2934	S. 865	2985	S. 897	3035	S. 915	3087	S. 935	3137	S. 951	3187	S. 970
2935	S. 865	2986	S. 897	3036	S. 915	3088	S. 935	3138	S. 952	3188	S. 970
2936	S. 865	2987	S. 897	3037	S. 915	3089	S. 936	3139	S. 952	3189	S. 970
2937	S. 866	2988	S. 898	3038	S. 915	3090	S. 937	3140	S. 952	3190	S. 971
2938	S. 867	2989	S. 898	3039	S. 916	3091	S. 937	3141	S. 952	3191	S. 971
2939	S. 867	2990	S. 898	3040	S. 917	3092	S. 937	3142	S. 953	3192	S. 971
2940	S. 868	2991	S. 899	3041	S. 918	3093	S. 938	3143	S. 953	3193	S. 972
2941	S. 868	2992	S. 899	3042	S. 919	3094	S. 938	3144	S. 953	3194	S. 972
2942	S. 869	2993	S. 899	3043	S. 919	3095	S. 938	3145	S. 954	3195	S. 972
2943	S. 869	2994	S. 900	3044	S. 919	3096	S. 939	3146	S. 954	3196	S. 972
2944	S. 870	2995	S. 900	3045	S. 920	3097	S. 940	3147	S. 955	3197	S. 972
2945	S. 870	2996	S. 900	3046	S. 920	3098	S. 941	3148	S. 955	3198	S. 973
2946	S. 871	2997	S. 900	3047	S. 920	3099	S. 941	3149	S. 955	3199	S. 973
2947	S. 871	2998	S. 901	3048	S. 920	3100	S. 942	3150	S. 956	3200	S. 973
2948	S. 872	2999	S. 901	3050	S. 921	3101	S. 942	3151	S. 956	3201	S. 973
2949	S. 872	3000	S. 902	3051	S. 921	3102	S. 942	3152	S. 957	3202	S. 973
2950	S. 872	3001	S. 902	3053	S. 921	3103	S. 943	3153	S. 958	3203	S. 974
2951	S. 873	3002	S. 902	3054	S. 921	3104	S. 943	3154	S. 958	3204	S. 974
2952	S. 874	3003	S. 902	3055	S. 922	3105	S. 943	3155	S. 958	3205	S. 974
2953	S. 874	3004	S. 902	3056	S. 922	3106	S. 943	3156	S. 958	3206	S. 974
2954	S. 875	3005	S. 903	3057	S. 923	3107	S. 943	3157	S. 958	3207	S. 974
2955	S. 876	3006	S. 903	3058	S. 923	3108	S. 944	3158	S. 958	3208	S. 974
2956	S. 877	3007	S. 903	3059	S. 923	3109	S. 944	3159	S. 959	3209	S. 974
2957	S. 878	3008	S. 903	3060	S. 924	3110	S. 944	3160	S. 959	3210	S. 975
2958	S. 879	3009	S. 904	3061	S. 924	3111	S. 944	3161	S. 959	3211	S. 975
2959	S. 880	3010	S. 904	3062	S. 924	3112	S. 945	3162	S. 960	3212	S. 975
2960	S. 880	3011	S. 904	3063	S. 925	3113	S. 945	3163	S. 960	3213	S. 975
2962	S. 881	3012	S. 905	3064	S. 925	3114	S. 945	3164	S. 961	3214	S. 975
2963	S. 881	3013	S. 905	3065	S. 925	3115	S. 945	3165	S. 961	3215	S. 976
2964	S. 882	3014	S. 905	3066	S. 926	3116	S. 945	3166	S. 962	3216	S. 976
2965	S. 883	3015	S. 905	3067	S. 926	3117	S. 946	3167	S. 962	3217	S. 977
2966	S. 885	3016	S. 906	3068	S. 926	3118	S. 946	3168	S. 963	3218	S. 977
2967	S. 885	3017	S. 906	3069	S. 926	3119	S. 946	3169	S. 963	3219	S. 978
2968	S. 886	3018	S. 906	3070	S. 927	3120	S. 946	3170	S. 963	3220	S. 978
2969	S. 886	3019	S. 907	3071	S. 927	3121	S. 947	3171	S. 964	3221	S. 978
2970	S. 886	3020	S. 907	3072	S. 927	3122	S. 947	3172	S. 964	3222	S. 978
2971	S. 887	3021	S. 907	3073	S. 928	3123	S. 947	3173	S. 964	3223	S. 979
2972	S. 888	3022	S. 907	3074	S. 928	3124	S. 947	3174	S. 965	3224	S. 979
2973	S. 889	3023	S. 908	3075	S. 930	3125	S. 947	3175	S. 965	3225	S. 979
2974	S. 890	3024	S. 909	3076	S. 930	3126	S. 948	3176	S. 965	3226	S. 979
2975	S. 890	3025	S. 910	3077	S. 931	3127	S. 948	3177	S. 966	3227	S. 979
2976	S. 891	3026	S. 910	3078	S. 931	3128	S. 948	3178	S. 966	3228	S. 980
2977	S. 892	3027	S. 911	3079	S. 931	3129	S. 948	3179	S. 966	3229	S. 980
2978	S. 893	3028	S. 912	3080	S. 932	3130	S. 949	3180	S. 967	3230	S. 980
2979	S. 893	3029	S. 913	3081	S. 932	3131	S. 949	3181	S. 967	3231	S. 980

Urteile 3232–3521

3232	S. 981	3280	S. 76	3329	S. 425	3377	S. 929	3425	S. 61	3473	S. 858
3233	S. 981	3281	S. 466	3330	S. 835	3378	S. 201	3426	S. 462	3474	S. 898
3234	S. 981	3282	S. 429	3331	S. 448	3379	S. 135	3427	S. 543	3476	S. 700
3235	S. 981	3283	S. 474	3332	S. 490	3380	S. 420	3428	S. 731	3479	S. 682
3236	S. 981	3284	S. 244	3333	S. 936	3381	S. 616	3429	S. 660	3480	S. 830
3237	S. 982	3285	S. 373	3334	S. 495	3382	S. 324	3430	S. 361	3481	S. 828
3238	S. 982	3286	S. 478	3335	S. 505	3383	S. 806	3431	S. 884	3482	S. 390
3239	S. 982	3287	S. 868	3336	S. 462	3384	S. 323	3432	S. 275	3483	S. 556
3240	S. 982	3288	S. 58	3337	S. 462	3385	S. 794	3433	S. 480	3484	S. 589
3241	S. 983	3289	S. 478	3338	S. 940	3386	S. 804	3434	S. 243	3485	S. 449
3242	S. 983	3290	S. 244	3339	S. 861	3387	S. 780	3435	S. 917	3486	S. 202
3243	S. 983	3291	S. 463	3340	S. 795	3388	S. 492	3436	S. 800	3487	S. 60
3244	S. 984	3292	S. 463	3341	S. 434	3389	S. 62	3437	S. 549	3488	S. 734
3245	S. 984	3293	S. 184	3342	S. 75	3390	S. 549	3438	S. 452	3489	S. 838
3246	S. 984	3294	S. 180	3343	S. 74	3391	S. 246	3439	S. 784	3490	S. 492
3247	S. 984	3295	S. 119	3344	S. 130	3392	S. 643	3440	S. 594	3491	S. 267
3248	S. 985	3296	S. 107	3345	S. 163	3393	S. 476	3441	S. 780	3492	S. 99
3249	S. 985	3297	S. 948	3346	S. 111	3394	S. 477	3442	S. 495	3493	S. 781
3250	S. 985	3298	S. 75	3347	S. 276	3395	S. 175	3443	S. 335	3494	S. 783
3251	S. 986	3299	S. 343	3348	S. 132	3396	S. 568	3444	S. 184	3495	S. 486
3252	S. 987	3300	S. 69	3349	S. 441	3397	S. 834	3445	S. 815	3496	S. 832
3253	S. 987	3301	S. 82	3350	S. 781	3398	S. 756	3446	S. 266	3497	S. 781
3254	S. 988	3302	S. 300	3351	S. 710	3399	S. 877	3447	S. 58	3498	S. 781
3255	S. 988	3303	S. 677	3352	S. 455	3400	S. 696	3448	S. 543	3499	S. 100
3256	S. 360	3304	S. 221	3353	S. 788	3401	S. 386	3449	S. 355	3500	S. 277
3257	S. 809	3305	S. 552	3354	S. 467	3402	S. 216	3450	S. 49	3501	S. 729
3258	S. 896	3306	S. 788	3355	S. 789	3403	S. 98	3451	S. 574	3502	S. 783
3259	S. 782	3307	S. 263	3356	S. 189	3404	S. 284	3452	S. 577	3503	S. 225
3260	S. 109	3308	S. 140	3357	S. 437	3405	S. 381	3453	S. 284	3504	S. 803
3261	S. 171	3309	S. 273	3358	S. 886	3406	S. 193	3454	S. 160	3505	S. 730
3262	S. 461	3310	S. 81	3359	S. 491	3407	S. 506	3455	S. 226	3506	S. 835
3263	S. 485	3311	S. 899	3360	S. 798	3408	S. 443	3456	S. 898	3507	S. 66
3264	S. 481	3312	S. 76	3361	S. 264	3409	S. 472	3457	S. 177	3508	S. 195
3265	S. 92	3313	S. 112	3362	S. 792	3410	S. 160	3458	S. 940	3509	S. 641
3266	S. 808	3314	S. 939	3363	S. 785	3411	S. 378	3459	S. 785	3510	S. 629
3267	S. 802	3315	S. 836	3364	S. 797	3412	S. 467	3460	S. 591	3511	S. 782
3268	S. 52	3316	S. 101	3365	S. 257	3413	S. 220	3461	S. 866	3512	S. 657
3269	S. 296	3317	S. 73	3366	S. 70	3414	S. 875	3462	S. 914	3513	S. 281
3270	S. 722	3318	S. 471	3367	S. 453	3415	S. 438	3463	S. 173	3514	S. 739
3271	S. 932	3319	S. 325	3368	S. 918	3416	S. 370	3464	S. 342	3515	S. 551
3272	S. 471	3320	S. 270	3369	S. 83	3417	S. 64	3465	S. 90	3516	S. 782
3273	S. 183	3322	S. 470	3370	S. 776	3418	S. 445	3466	S. 929	3517	S. 835
3274	S. 867	3323	S. 470	3371	S. 853	3419	S. 799	3467	S. 969	3518	S. 785
3275	S. 218	3324	S. 118	3372	S. 779	3420	S. 697	3468	S. 383	3519	S. 791
3276	S. 238	3325	S. 825	3373	S. 615	3421	S. 154	3469	S. 299	3520	S. 204
3277	S. 714	3326	S. 785	3374	S. 494	3422	S. 827	3470	S. 608	3521	S. 827
3278	S. 524	3327	S. 426	3375	S. 65	3423	S. 895	3471	S. 899		
3279	S. 198	3328	S. 641	3376	S. 359	3424	S. 806	3472	S. 933		

I. Zusammenstellung nach Art der Verletzung

In dieser Zusammenstellung wird im Allgemeinen das volle Schmerzensgeld genannt.

Mitverschulden:

Wurde es jedoch wegen Mitverschuldens des Verletzten oder wegen Anrechnung der Betriebsgefahr gekürzt, so enthält die vorletzte Spalte „Besondere Umstände, die für die Entscheidung maßgeblich waren“ einen entsprechenden Hinweis. Außerdem wurde in der zweiten Spalte „Betrag“ das Zeichen ● als Hinweis angebracht.

Schmerzensgeldanpassung:

Das ausgeurteilte Schmerzensgeld kann nur eine Bewertungshilfe für einen Entschädigungsanspruch sein. Ggf. ist der Zeitablauf seit Entscheidung zu berücksichtigen. Der in Klammern (Anp.2025) angegebene Betrag ist mit Hilfe des Verbraucherpreisindexes auf die aktuelle Ausgabe der SchmerzensgeldBeträge indiziert worden (vgl. ausführlich hierzu Seite 18).

Nr.	Betrag DM Euro (Anp.2025)	Verletzung	Dauer und Umfang der Behandlung; Arbeitsunfähigkeit	Person des Ver- letzten	Dauerschaden	Besondere Umstände, die für die Entscheidung maßgebend waren	Gericht, Datum der Entscheidung, Az., Veröffentlichung bzw. Einsender
-----	------------------------------------	------------	---	----------------------------------	--------------	--	--

Arm

Weitere Urteile zur Rubrik »Arm« siehe auch:

bis € 5000: 2687 (S. 754)

ab € 25 000: 2329 (S. 630), 2345 (S. 638)

Arm - Amputation

3450	€ 12 000 + immat. Vorbehalt (€ 12 251)	Armamputation	Zunächst mehrfache Operationen zur Erhaltung des Arms, der schließlich nach einem nicht rechtzeitig erkannten Gefäßverschluss amputiert werden musste	Frau	Verlust eines Arms	Die Klägerin hat durch die Amputation ihren rechten Arm verloren. Dieser Verlust hat nach Überzeugung des Senats erhebliche Auswirkungen auf alle Lebensbereiche der noch jungen Klägerin, die sie das ganze Leben begleiten werden. Allerdings kann hier nicht von der Amputation eines gesunden Armes ausgegangen werden. Bereits durch das Unfallgeschehen und im Ergebnis des ersten Versuchs einer Rettung des Armes war der Arm schwergeschädigt und hat Merkmale einer subtotalen Amputation aufgewiesen. Damit hat ein nicht mehr heilbarer Arm vorgelegen, der auch bei durchgehend korrektem ärztlichen Handeln in seinem Zustand einer „Bioprothese“ gleichzusetzen wäre. Für das Schmerzensgeld relevant bleibt mithin allein die kosmetische Beeinträchtigung durch den Verlust des Armes statt eines funktionslosen Armes	Brandenburgisches OLG 16.5.2024 12 U 139/23 juris
1	80 000 € 40 000 + immat. Vorbehalt (€ 61 360)	Amputation des rechten Unterarms auf Grund einer unzureichenden Primärversorgung einer Schnittwunde an der Beugeseite (Beugesehne) des rechten distalen Unterarms, die zu einem posttraumatischen Kompartiment-Syndrom geführt hat		44-jähr. Versi- che- rungs- vertre- ter	Verlust des rechten Unterarms; Erwerbsunfähigkeitsrente	Grober ärztlicher Behandlungsfehler; Kläger litt 2 1/2 Jahre unter Schmerzen, mehrere operative Eingriffe, dann Amputation des rechten Unterarms erforderlich	Saarländisches OLG 28.1.2004 1 U 45/02-10 RAe Meinecke & Meinecke, Köln

Arm

Nr.	Betrag DM Euro (Anp. 2025)	Verletzung	Dauer und Umfang der Behandlung; Arbeitsunfähigkeit	Person des Ver- letzten	Dauerschaden	Besondere Umstände, die für die Entscheidung maßgebend waren	Gericht, Datum der Entscheidung, Az., Veröffentlichung bzw. Einsender
-----	-------------------------------------	------------	---	----------------------------------	--------------	--	--

Fortsetzung von »Arm - Amputation«

2	€ 50 000 + immat. Vorbehalt (€ 63 109)	Amputation des rechten Unterarmes wegen verspäteten Erkennens eines Kompartmentsyndroms	Umfangreiche Krankenhausbehandlung, die schließlich zur Amputation mit Wundheilungsstörungen führte. Daraus resultierte ein ca. 10-tägiger Krankenhausaufenthalt, bei dem eine operative Nachresektion des distalen Radiusendes, eine Neurolyse des Nervus ulnaris und eine Neuromexstirpation erfolgten. Ein weiterer Krankenhausaufenthalt wurde erforderlich, um eine neoelektrische Unterarmprothese anzupassen, eine schmerztherapeutische Konsiliarbehandlung und eine neurologische Konsiliarbehandlung durchzuführen. Daneben sind fortlaufende ambulante Vorstellungen zur Kontrolle notwendig	48-jähr. Mann	Phantomschmerzen und sonstige zeitweilige Beschwerden am Arrostumpf	Bei der Ermittlung des konkreten Schmerzensgeldes hat der Senat die unter d. ausgeführten Umstände und bislang eingetretene Nachteile berücksichtigt. Insbesondere fällt aber ins Gewicht, dass der 1963 geborene Kläger vorhersehbar lebenslang mit den aus der Amputation resultierenden Beeinträchtigungen wird leben müssen. Der Senat befindet sich bei der Bemessung des Schmerzensgeldes auch im Rahmen dessen, was andere Gerichte ausgeurteilt haben (vgl. OLG Saarbrücken, Urt. v. 28.1.2004 – 1 U 45/02-10)	OLG Hamm 13.6.2017 26 U 59/16 juris
3	120 000 € 60 000 (€ 102 930)	Totale Oberarmamputation rechts; Dünndarmperforation; Rückenfrakturen	Über 4 Monate stationär; 5 Operationen; immer noch arbeitsunfähig	52-jähr. Rentner	Vermutlich MdE: 100%	Beim Kläger hat sich ein ausgeprägtes depressives Syndrom entwickelt. Darüber hinaus ist er gezwungen, andauernd Medikamente zu nehmen, um die Phantomschmerzen halbwegs erträglich zu gestalten. Der Senat, im Berufungsverfahren vor dem OLG München, wies darauf hin, dass es gerade die psychischen Folgen gebieten, hier vom Normalfall abzuweichen. Der Senat hält ein Schmerzensgeld von DM 120 000 (€ 60 000) für angemessen. Daraufhin wurde ein entsprechender Vergleich geschlossen	OLG München 2.6.1995 10 U 2259/95 RA Truxa, Haag
4	135 000 ● € 67 500 + immat. Vorbehalt (€ 119 499)	Amputation des linken Arms im Schultergelenk, Bruch des linken Ober- und Unterschenkels mit Verlust der linken Kneescheibe und einer Zerstörung des Streckapparats des linken Kniegelenks	Nahezu 4 Monate Krankenhaus, die ersten 3 Wochen Intensivstation (Lebensgefahr)	29-jähr. Pro-grammierer	Beinverkürzung links um 3,4 cm, starke Bewegungseinschränkung im linken Kniegelenk und oberen Sprunggelenk; 100% schwerstbehindert, MdE: 90%	10% Mitverschulden; die physischen und psychischen Beeinträchtigungen (z. B. Verhinderung beruflicher Aufstiegsmöglichkeiten und sportlicher Betätigungen) sind schmerzensgeld erhöhend, ebenso die Tatsache, dass die Beklagten nicht einmal eine Abschlagszahlung geleistet haben	OLG Frankfurt am Main 19.1.1994 7 U 189/92 zfs 1994, 82

Nr.	Betrag DM Euro (Anp.2025)	Verletzung	Dauer und Umfang der Behandlung; Arbeitsunfähigkeit	Person des Ver- letzten	Dauerschaden	Besondere Umstände, die für die Entscheidung maßgebend waren	Gericht, Datum der Entscheidung, Az., Veröffentlichung bzw. Einsender
-----	------------------------------------	------------	---	----------------------------------	--------------	--	--

Fortsetzung von »Arm - Amputation«

5	€ 75 000 + immat. Vorbehalt (€ 103 571)	Ausriss des linken Arms mit Öffnung der linksseitigen Achselregion, Wundheilungsstörung, Schädelhirntrauma 1. Grades mit Kopfplatzwunde, Thoraxtrauma, Hämatopneumothorax links, Fraktur der linken Großzehe	7 Tage Intensivstation, anschließend 96 Tage stationärer Aufenthalt, anschließend weitere 6 Monate Reha, insgesamt 9 ½ Monate AU zu 100%	Mann, CNC-Dreher	MdE 80%; Verlust des linken Arms mit kurzem Oberarmstumpf, Lähmung der Schultermuskulatur links, verschiedene Narben am Körper, Sensibilitätsverlust der linken Oberarmspitze, deutliche Schmerzüberempfindlichkeit; Kläger leidet zudem unter starken psychischen sowie sozialen Einschränkungen	Für den Kläger bestand Lebensgefahr; er muss infolge des Armverlustes mit massiven Einschränkungen im beruflichen und privaten Bereich leben	LG Lübeck 9.7.2010 9 O 265/09 RA Klotmann, Hamburg
6	€ 85 000 (€ 120 104)	Amputation des linken Unterarmes nach dreieckig offener Unterarmfraktur links mit schwerstem Decollement im Handbereich und Radiusluxation links; Schädelkontusion mit frontaler Kopfplatzwunde, Verletzung der Ohrmuschel links, stumpfes Bauchtrauma mit zentraler Milzruptur und kapsulärem hilusseitigem Hämatom sowie subkapsulärem Nierenhämatom links	5 Wochen Krankenhaus, anschließend 2 Monate stationäre Reha-Maßnahme, 3 Jahre danach nochmals 3 Wochen stationär	60-jähr. Hausfrau	MdE: 100%	Schmerztherapie wegen starker Schmerzen am Amputationsstumpf sowie Phantomschmerzen, begleitet von psychologischer Betreuung; Wundheilungsstörungen am Unterarmstumpf verbunden mit täglicher Wundbehandlung; die Klägerin wird weiterhin psychologisch betreut und medikamentös behandelt. Die Klägerin war Linkshänderin. Der Stumpf kann nicht mit einer myoelektrischen Prothese versorgt werden, lediglich Schmuckprothese. Sie leidet an schweren Depressionen. Ihr Erscheinungsbild ist beeinträchtigt durch die Unterarmprothese, Narbe nach Stirn- und Kopfplatzwunde sowie narbig verheilter Ohrmuschelverletzung. Die Klägerin ist nicht in der Lage, ihren Haushalt zu organisieren und ist ständig auf fremde Hilfe angewiesen	Thüringer OLG 20.2.2008 4 U 903/06 RAe Röschert & Junkert, Bamberg

Kapitalabfindung mit Schmerzensgeldrente

7	€ 70 000 und € 200 Rente monatlich ab 1.12.2000 (€ 106 045)	Abriss des rechten Arms, Ausriss des oberen Plexus brachialis und vena subclavia, Ausriss des Schlüsselbein- und Schulterblattgelenks, Fraktur Ober- und Unterschenkel, Ruptur des hinteren Kreuzbandes am rechten Knie	4 Monate stationäre Behandlung mit mehreren Operationen	17-jähr. Schüler	Funktions-, Kraft- und Gefülsverlust des rechten Schultergelenks und des rechten Arms, Instabilität des rechten Kniegelenks; MdE: 80%	Kläger musste die 11. Schulklasse wiederholen	OLG Celle 7.10.2004 14 U 27/04 SP 2004, 407
---	---	---	---	------------------	---	---	--

Arm

Nr.	Betrag DM Euro (Anp.2025)	Verletzung	Dauer und Umfang der Behandlung; Arbeitsunfähigkeit	Person des Ver- letzten	Dauerschaden	Besondere Umstände, die für die Entscheidung maßgebend waren	Gericht, Datum der Entscheidung, Az., Veröffentlichung bzw. Einsender
-----	------------------------------------	------------	---	----------------------------------	--------------	--	--

Fortsetzung von »Arm - Amputation«

3268	€ 90 000 und € 160 Rente mon- atlich (€ 104 699)	Traumatische Oberarm- amputation links mit Hu- merusschaft-Spiralfraktur bei Rechtshändigkeit, postoperative Phantomschmerzen sowie rezidi- vierende depressive Stö- rung	Notärztliche Stabi- lisierung, danach stationäre Behand- lung. Replantation des abgerissenen Armes war nicht möglich. Oberarm- stumpf von ca. 10 cm; Kompre- sionsbehandlung und Schmerzbe- handlung. Lange Reha	46-jähr. Frau	Oberarmamputation links, Phantomschmer- zen, Psych. Schaden	Angesichts der insgesamt ganz erheblichen, ihre gesamte Le- bensgestaltung ganz wesentlich beeinträchtigenden Belastungen einschließlich der zwangsläufig eintretenden Überlastung des anderen Arms sowie der erlit- tenen Schmerzen und massi- ven psychischen Belastungen erachtet der Senat das zuer- kannte Schmerzensgeld als an- gemessen, das ihre Belastun- gen, wie beantragt, bis zum Eintritt der Rechtshändigkeit be- rücksichtigt. Für die nachfolgen- de Zeit steht der Klägerin ne- ben dem bestimmten Schmer- zensgeldbetrag zusätzlich eine Schmerzensgeldrente in Höhe von € 160 monatlich zu. Da- mit liegen außergewöhnliche Umstände vor, die sich in dem irreversiblen Dauerschaden ma- nifestiert haben, der durch den Verlust des Arms eingetreten ist und der zu einer permanenten Lebensbeeinträchtigung der Klä- gerin führt, die sie immer wie- der neu als schmerhaft empfin- det, einhergehend mit Einschrän- kungen der Lebensfreude auf- grund des Fehlens eines wichti- gen Gliedes, so dass die Gewähr- ung einer Rente mit einem No- minalwert ca. € 30 000 gerech- tfertigt ist, so dass sich ein Ge- samtschmerzensgeldbetrag von € 120 000 ergibt	OLG Frankfurt am Main 30.12.2021 2 U 28/21 juris
------	--	---	---	------------------	---	--	--

Arm - Bruch

8	€ 1500 ● + immat. Vorbehalt (€ 1919)	Olekranonfraktur der proxi- malen Ulna mit Gelenks- beteiligung sowie Narben- bildung (Armnarbe mit ei- ner Länge von 10 cm). (Ei- ne Olekranonfraktur ist ein Bruch des Olekranon, d. h. der Oberkante der Elle am Unterarm, dort wo die Sehne des Armstreckers [Musculus triceps brachii] ansetzt)	Operation, 6 Ta- ge stationärer Auf- enthalt, ambulan- te Entfernung der Fäden, insgesamt 8 Wochen arbeits- unfähig	Frau		Wegen der erwiesenen Unfall- folgen hält der Senat unter Berücksichtigung des nur leich- ten Verschuldens der Beklag- ten und des erheblichen Mit- verschuldens der Klägerin unter Berücksichtigung vergleich- barer Entscheidungen anderer Gerichte und der danach ausge- urteilten Schmerzensgeldbeträ- ge unter Berücksichtigung de- ren Fortschreibung nach dem jeweiligen Lebenshaltungsindex ein Schmerzensgeld von € 1500 für angemessen. Das der Klä- gerin zuzusprechende Schmer- zensgeld liegt deutlich unterhalb der Beträge, die sich aus der von ihr angeführten Vergleichsrecht- sprechung ergeben	OLG Hamm 6.6.2016 6 U 203/15 juris
---	---	---	---	------	--	--	---